

Stenographischer Bericht

über die

Verhandlungen des Bayerischen Landtags

Fünfte öffentliche Sitzung

Nr. 5

Donnerstag, den 30. Januar 1947

I. Band

	Seite:
Geschäftliches	73
Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Staatshaushalt zu der Besprechung der be- sonderen Notstände (Beilage 10) Hierzu weiterer Antrag des Abg. Baur Valentin	77
Redner:	
Dr. Schwalber (CSU) [Berichterstatter]	73
Baur Valentin (SPD)	77
Katzer (CSU)	78
Maderer (CSU)	78
Fortsetzung der Aussprache zu der Erklärung der Staatsregierung vom 10. Januar 1947. Hierzu Antrag der Fraktionen der CSU, SPD und WUB	80
Redner:	
Höllner (WUB)	79
Dr. Ehnert (SPD)	80
Staatsminister Loritz	92
Dr. Schögl (CSU)	95
(Die Aussprache wird abgebrochen.)	
Geschäftliche Behandlung des Entwurfs eines Gesetzes zur Behebung der Notstände im Flüchtlingswesen	103
(Die Sitzung wird vertagt.)	

Die im Theater am Brunnenhof stattfindende Sitzung wird um 9 Uhr 6 Minuten durch den Präsidenten Dr. Horlacher eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Meine verehrten Damen und Herren! Wenn ich die Sitzung jetzt schon eröffne, so ist das ein Signal, daß der Präsident gewillt ist, die Sitzungen möglichst pünktlich zu beginnen.

(Zustimmung.)

Denn Abgeordnete, die zu spät kommen, begehen eine Rücksichtslosigkeit gegenüber denen, die rechtzeitig da sind.

(Sehr richtig!)

Für die heutige Sitzung sind entschuldigt die Abgeordneten Simon Vogl, Arno Behrisch, Josef Braun, Dr. Kindt, Josef Fischer wegen Krankheit, Dr. Wuglhofer wegen Erledigung dienstlicher Geschäfte beim Länderrat. Dazu kommen noch diejenigen, die gestern wegen Krankheit entschuldigt waren, deren Entschuldigung sich auf die ganze Periode der gegenwärtigen Sitzungen erstreckt.

Das Haus nimmt davon Kenntnis.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Sie enthält insofern einen Irrtum, als Ziffer III an letzter Stelle steht. Dieser Gegenstand kommt an erster Stelle; dann folgt die politische Aussprache zur Erklärung der Staatsregierung und an letzter Stelle die Beratung der Anträge der Abgeordneten Stock und Genossen. Das ist gestern so beschlossen worden.

Ich rufe also auf:

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Staatshaushalt zu der Besprechung der besonderen Notstände (Beilage 10.)

Berichterstatter ist Abgeordneter Dr. Schwalber; ich erteile ihm das Wort.

Dr. Schwalber (CSU) [Berichterstatter]: Meine Damen und Herren! Die Sitzung des Haushaltsausschusses vom 22. Januar ist, wie Ihnen der Herr Präsident gestern schon mitgeteilt hat, an die Stelle einer Vollversammlung getreten. Mit Rücksicht auf verschiedene wirtschaftliche und technische Schwierigkeiten mußte von einer Vollversammlung Abstand genommen werden. Auf Wunsch der Militärregierung wurde lediglich der Haushaltsausschuß einberufen.

Zu Beginn der Sitzung gab Staatsminister der Finanzen Dr. Kraus dem Ausschuß einen gedrängten Bericht über die gegenwärtige Lage des bayerischen Staatshaushalts und der Staatsfinanzen. Diesen möchte ich, mit Rücksicht auf seinen bedeutenden Inhalt, dem hohen Haus nicht vorenthalten.

In einem kurzen Rückblick auf den Staatshaushalt für 1945 stellte der Minister fest, daß die vorläufige Staatshaushaltsrechnung für 1945 mit einem Fehlbetrag von 546 Millionen Mark abgeschlossen hat. Nur infolge der hohen Steuereingänge als Wirkung der Kontrollratsgesetzgebung war es möglich, diesen Fehlbetrag kassentechnisch ohne Schuldenaufnahme zu überwinden. Nach der Haushaltsordnung muß spätestens im zweitfolgenden Jahr, also im Haushaltsjahr 1947, für die Deckung des Fehlbetrags gesorgt werden.

(Dr. Schwalber [CSU])

Der Haushaltplan für 1946 schließt den ordentlichen Haushalt bei der Landesverwaltung mit 699,3 Millionen Reichsmark ab. Der Haushalt der fortgeführten früheren Reichsverwaltung bilanziert mit Einnahmen und Ausgaben mit 138 Millionen Mark. Der außerordentliche Haushalt verzeichnet einen Ausgabenbetrag von insgesamt 1140 Millionen Mark. Für diese ungewöhnlich hohen Ausgaben ist kennzeichnend, daß fast der ganze Betrag zur Deckung der Kosten vorgesehen ist, die unmittelbar mit dem Krieg zusammenhängen, so für Besatzungskosten 650 Millionen Mark, für Ausländerversorgung, insbesondere für die DP's, 100 Millionen Mark, für die Versorgung der Flüchtlinge 300 Millionen Mark. Der Fehlbetrag des außerordentlichen Haushalts von 697,5 Millionen Mark ist auf die Deckung durch Zuweisungen der Militärregierung oder im Wege der Kreditaufnahme angewiesen. Solche Zuweisungen sind bis jetzt nicht erfolgt und auch nicht in Aussicht gestellt. An Besatzungskosten sind in der Zeit vom Mai 1945 bis zum 19. Januar 1947 723.474.800 Mark, an Kosten für Ausländerlager und Verpflegung 187.998.600 Mark erwachsen. Gelingt es nicht, diese Kosten zu senken oder durch Sonderzuweisungen der Besatzungsmacht zu decken, so ist ein finanzieller Zusammenbruch in absehbarer Zeit die unausbleibliche Folge. Diese Befürchtung wird noch verstärkt durch die Vorbelastung des Staates, durch die ausgegebenen Besatzungsgelder und die Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen, die dem bayerischen Staat auf Dollarbasis in Rechnung gestellt werden.

Für die Aufstellung des Haushaltplans für 1947 werden gegenwärtig die Vorbereitungen getroffen. So steht zu erwarten, daß der Haushaltplan für 1947 dem Landtag noch im Laufe des Monats März vorgelegt werden kann.

Der Minister beleuchtete sodann die Finanzlage des bayerischen Staates von verschiedenen Gesichtspunkten aus. Zunächst führte die große Geldflüssigkeit dazu, daß die Grundsätze der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit nicht nur in den Privathaushalten, sondern ebenso sehr im öffentlichen Haushalt vielfach leichtfertig mißachtet werden. Jede Mark, die im öffentlichen Haushalt ausgegeben werde, werde der Wirtschaft in Form einer Steuer oder einer sonstigen Belastung entzogen.

Die überhöhten Steuersätze, die nicht selten die Substanz angreifen, werden von der Wirtschaft als drückende Last empfunden. Sie führen zwangsläufig zu einer Verminderung der Arbeitsmoral, zur Lähmung der Unternehmerinitiative und zu einem dauerlichen Absinken der Steuermoral. Die große Not werde erst dann über uns kommen und unsere Armut erst dann nackt in die Erscheinung treten, wenn einmal die Währungsreform durchgeführt sein werde. So müsse es jetzt schon das erste und ernste Bestreben jeder sorgfältigen Finanzverwaltung sein, dem Grundsatz der Sparsamkeit auf allen Gebieten staatlicher Verwaltung wieder Geltung zu verschaffen und so den Staatshaushalt im Gleichgewicht zu halten. Man müsse den Staatsapparat vor jeder ungefunten Aufblähung bewahren. Jeder Aufwand müsse auf seine Notwendigkeit hin geprüft werden. Dies sei wichtig namentlich jetzt, wo die Staatsverwaltung an manchen Stellen erst im Aufbau begriffen sei und vielfach eine bedenkliche Neigung zu unangebrachter Großzügigkeit zeige.

Bei allem Bestreben, die notwendigen Mittel für die Fortführung des Staatshaushalts aufzubringen, werde man sich doch vor einem übertriebenen Fiskalismus hüten müssen. Denn aus wohlwogendem fiskalischem Interesse müsse der Staat darauf bedacht sein, das Funktionieren der Wirtschaft nicht durch überhöhte Steuern zu gefährden. In Form von Anlaufkrediten usw. seien Mittel bereitzustellen, um die Wirtschaft wieder in Gang zu setzen. Die Ankurbelung der Wirtschaft und die Hebung des Produktionsvolumens bilden eine unerläßliche Voraussetzung für jede Währungsreform. Ohne Auslandskapital werde es aber nicht möglich sein, unserer ausgebluteten Wirtschaft entscheidend zu helfen. Der Minister schätzte die Chance des bayerischen Staates, Auslandskredite zu erhalten, nicht ungünstig ein. Der bayerische Staat hat sich in der Vergangenheit seinen Auslandsgläubigern gegenüber als ein zuverlässiger und loyaler Schuldner erwiesen. Die Kreditwürdigkeit des Staates darf aber nicht durch voreilige Manipulationen erschüttert werden. Wir müssen uns vor wirtschaftlichen Experimenten hüten, die geeignet sein könnten, die Kreditwürdigkeit des Auslands zu gefährden, und dies erst recht dann, wenn damit zugleich eine Minderung der Steuerkraft verbunden ist. Der Minister hat die Absicht, bei der Vorlage des Haushaltplans für 1947 noch ausführlicher auf die Gedankengänge einzugehen. Dann schloß er wörtlich: Die Not der Zeit schreit zum Himmel. Es gilt, alle Kräfte einzusetzen, alle Erfahrung, alles Können zu mobilisieren, um wenigstens die größten Notstände zu beheben und so das Volk einer besseren Zeit zuzuführen.

Der Vorsitzende eröffnete die Aussprache mit einem Überblick über die Notstände wirtschaftlicher und sozialer Art. Man stehe aber auch einer geistigen Not gegenüber. Einer der größten Notstände sei die Brennstoffnot. Kohlenmangel und Einschränkung der Stromversorgung bedingen eine gefährliche Störung des Wirtschaftslebens. Vielfach sei die Bevölkerung schutzlos der Kälte ausgesetzt. Dieser Zustand sei um so gefährlicher, als große Teile des Volkes in ihrer Widerstandskraft ohnehin geschwächt seien.

Der Vorsitzende beklagte weiter das vielfach unverständliche Gebaren der Wirtschaftsämter und Verteilungszentralen. Die Kohlen- und Energieversorgungskrise wirke sich bedauerlicherweise auch auf dem kulturellen Sektor aus. Besonders bedenklich erschienen diese Folgen bei den Schulen, die in den letzten zwei Jahren aus den Störungen ohnehin nicht mehr herausgekommen seien. Man sollte alles tun, um eine Schließung von Schulen hintanzuhalten. Die Entnazifizierung der Lehrkräfte schreite bedauerlicherweise nur langsam voran. Auch die Krankenhäuser seien zum Teil ohne Kohle.

Angeichts der ungeheueren Kohlen- und Energiekrise regte der Redner an, mit allen Mitteln zu versuchen, daß der Export bayerischen Kraftstroms nach Österreich alsbald eingestellt oder wenigstens eingeschränkt werde.

Zu den großen Forderungen auf sozialem Gebiet gehöre auch die Versehrtenfürsorge. Die geistige Not sei riesengroß. Die Zahl der jugendlichen Kriminellen sei in ständigem Steigen begriffen. Bedenklich sei, daß Jugendliche, die wegen eines leichten Vergehens, Grenzübertritt usw. in Haft seien, mit schweren Verbrechern zusammengesperret würden.

(Dr. Schwalber [CSU])

Dr. Rindt hielt es für seine Pflicht als Volksvertreter, auf die verheerenden Auswirkungen der Demontagen hinzuweisen. Er nahm vor allem Bezug auf gewisse Absichten der Militärregierung, wesentliche Teile der MAN in Augsburg als Reparationsbetriebe in Aussicht zu nehmen. Er stellte den Antrag:

Der Ausschuß wolle beschließen:

Die bayerische Staatsregierung wird ersucht, umgehend die Militärregierung von Bayern um Auskunft über die geplanten Maßnahmen hinsichtlich der MAN Augsburg zu bitten, und gegebenenfalls Antrag auf Absetzung dieses Werkes von der Liste der Reparationsbetriebe zu stellen.

Der Redner schilderte mit Nachdruck die tiefgreifende Beunruhigung und Verwirrung innerhalb der Augsburger Arbeiterschaft im Hinblick auf den geplanten Abbau der MAN. Namentlich die Beschlagnahme der Abteilung Buchdruckmaschinenbau müßte sich auf die Augsburger und weiterhin die bayerische und deutsche Wirtschaft verhängnisvoll auswirken. Eine Demontage der Abteilung Buchdruckmaschinenbau müßte die MAN auf lange Zeit zu völliger Bedeutungslosigkeit und wirtschaftlicher Verstückelung verurteilen. Darüber hinaus würden zahlreiche Handwerks- und Handelsbetriebe, die bisher Lieferanten der MAN waren, in ihrer Existenz aufs schwerste betroffen. Ohne Übertreibung könne man davon ausgehen, daß durch die Demontage bei der MAN in Augsburg ein Personenkreis von 200 000 bis 250 000 Menschen in Mitleidenschaft gezogen würde.

Der Redner erörterte sodann die wichtige technische und wirtschaftliche Funktion der MAN. So arbeite die Abteilung Dieselmotoren ausschließlich für den Ernährungs-, Energie- und Verkehrssektor. Bei einem Ausfall der MAN auf diesem Gebiet wäre wegen der mangelnden Reparaturmöglichkeit der verschiedenen landwirtschaftlichen Maschinen, Dampfkessel für Molkeereien usw. die gesamte Fettwirtschaft Bayerns mit einem Schlag an die Wand gedrückt. Der Bau von Holzbearbeitungsmaschinen erscheine unentbehrlich für den gesamten Bausektor. Der Transmissionbau sei wichtig für die Textilindustrie und damit für den künftigen Export. Die Abteilung Buchdruckmaschinenbau sei eine Lebensnotwendigkeit für die Presse und das gesamte graphische Gewerbe. Die MAN Augsburg exportierte in den Friedensjahren vor 1933 bis zu 73% ihrer Produktion. Auch heute noch würde sie vernünftigerweise imstande sein, die nötige Einfuhr durch Export auszugleichen. Jeder Deutsche wisse, daß wir Reparationen zu leisten haben. Es müsse aber eine Möglichkeit der Reparationsleistung gefunden werden, die das Volk vor der Verelendung bewahrt und ihm einen zwar mühevollen, aber doch sicheren Weg in die Zukunft offen läßt. Sonst würde Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit das Volk erfassen, nationalistische Tendenzen würden neu erstehen oder ein alles verneinendes nihilistisches Kollektivdenken würde sich zu einem unvorstellbaren Radikalismus verdichten.

Der Abgeordnete Hagen Lorenz hielt eine Sicherung des Hausbrandes für unbedingt geboten. Was

die Demontagen angehe, so sei es ein Gebot der Vernunft, die Wirtschaftsbetriebe nicht völlig betriebsunfähig zu machen. Deutschland soll und will Reparationen leisten; dazu hat es den totalen Krieg zu total verloren. Niemand kann etwas gegen den Abbau der gesamten Kriegswirtschaft einwenden. Aber die Friedensindustrie sollte nach Möglichkeit erhalten bleiben.

Die Abgeordneten Raifer, Schwingenstein und Baumeister brachten darauf folgenden Ergänzungsantrag ein:

Der Ausschuß wolle beschließen:

Die bayerische Staatsregierung wird ersucht, umgehend die Militärregierung von Bayern um Auskunft über die geplanten Maßnahmen hinsichtlich der Fahrradfabrik Renk AG., Augsburg, zu bitten und gegebenenfalls Antrag auf Absetzung dieses Werkes von der Liste der Reparationswerke zu stellen.

Die weiteren Redner wandten sich gegen eine namentliche Aufzählung der einzelnen Werke. Die Sprecher der SPD wiesen insbesondere auch auf das gefährdete Werk Krauß-Massei in München, Rugefischer und Fichtl & Sachs in Schweinfurt und weitere Betriebe hin.

Der Abgeordnete Wimmer besprach sodann die Brennstoffnot und ihre katastrophalen Auswirkungen. Um dieser Not zu steuern, müsse man mit allen zu Gebote stehenden Mitteln versuchen, aus der Kohlenproduktion des Ruhrgebiets einen größeren Anteil als bisher für den bayerischen Staat und die bayerische Wirtschaft abzugewinnen. Ob das bayerische Wirtschaftsministerium bisher immer richtig gehandelt habe, zog der Redner in Zweifel. Weiter schilderte er die Schwierigkeiten der Versorgung mit Brennholz und führte sie vor allem auf den Mangel an Arbeitskräften zurück. Schließlich wies er auf die etwa 400 000 Ausländer in Bayern hin. Nach einer Zusammenstellung vom letzten August sind 250 000 Ausländer noch von der UNRRA in Lagern betreut. Wenn die UNRRA die Betreuung dieser Leute einstelle, so sei es nicht mehr als recht und billig, diese Menschen, falls sie nicht freiwillig arbeiten wollen, rechtlich genau so zu behandeln wie Einheimische.

(Sehr richtig!)

Der Abgeordnete Herrmann behandelte weiterhin das Kohlenproblem, besonders in seiner Auswirkung auf den Verkehr.

Der Abgeordnete Raifer stellte ein bedenkliches Ansteigen der Einbrüche auf dem Lande fest und führte sie auf den Umstand zurück, daß die UNRRA die Verpflegung der Ausländer eingestellt hat. Die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit namentlich auf dem Lande erscheine dringend geboten. Eine nachdrückliche Bekämpfung des Schwarzhandels durch geeignete gesetzliche Maßnahmen sei notwendig. Die Einweisung in Arbeitslager und der Einsatz bei produktiven Arbeiten seien geeignete Mittel. Die Versehenfürsorge für Kriegsverletzte und die Fürsorge für Witwen und Waisen müsse so rasch als möglich gesetzlich geregelt werden.

Dr. Böck lenkte das Augenmerk des Ausschusses auf die verschleierten Reparationsleistun-

(Dr. Schwalber [CSU])

gen. Vielfach fordern Ämter und Dienststellen der Militärregierung die Einrichtung von Dienststellen und Abteilungen durch deutsche Behörden mit deutschem Personal, ohne daß eine absolute Notwendigkeit hierfür zu erkennen wäre. Es wäre eine vordringliche Aufgabe der Staatsregierung, diese Frage im Benehmen mit der Militärregierung zu klären.

Der Redner forderte sodann eine klare Unterscheidung der verschiedenen Kategorien von Ausländern und wies insbesondere auf eine große Anzahl von Russen hin, die der ehemaligen Wlassow-Armee angehörten. Man müßte, meinte er, diese Elemente, die in Wahrheit Faschisten sind, auch als solche behandeln und bei der Militärregierung entsprechende Vorstellungen erheben.

Der Abgeordnete Biehler besprach sodann in eingehender Darlegung die Kohlennot, ihre Ursachen und die Wege, die zu ihrer Beseitigung führen könnten. Der Redner hatte schon in einer Sitzung des Vorparlaments dringend den Ausbau des bayerischen Kohlenbergbaues gefordert. Eine der Hauptursachen der Brennstoffkrise sei der Mangel an Arbeitern, Baggern, Feldbahnen, Geräten usw. In Bayern stünden zahlreiche Bagger und Feldbahngeräte herum und verrosteten. Der Redner hatte schon früher die Beschlagnahme empfohlen, um das ganze Material im Kohlenbergbau einzusetzen. Es sei aber nichts geschehen. Rasche Maßnahmen seien notwendig, sonst werde man im nächsten Winter der gleichen Not gegenüberstehen wie diesmal.

Der Redner stellte ferner fest, daß die bayerischen Bergarbeiter ihre freiwilligen Sonntagschichten bis jetzt pünktlich verfahren hätten; dagegen hätten die Ruhrbergarbeiter sich geweigert, die Kohle zu verfahren. Man könne es ihnen nicht verdenken. Wer die Not kenne, die im Ruhrgebiet herrsche, sei sich auch klar darüber, daß die dortigen Bergarbeiter einfach nicht mehr arbeiten können.

Er rügte die schlechte Organisation der Kohlenverteilung. Vielfach liegen größere Kohlenmengen, bis zu 1000 Tonnen, auf Lager, ohne abgefahren zu werden. Diese Zustände seien unhaltbar, Abhilfe sei dringend geboten.

Der Redner beklagte schließlich die Kohlenpreise, die ungenügend seien und mit denen die Werke unmöglich auskommen können. Unter diesen Umständen müsse der bayerische Staat Geldmittel zur Verfügung stellen, um die Betriebe auszubauen. Seit Jahren müsse der bayerische Kohlenbergbau Raubbau treiben. Jetzt stehen die Werke vor dem Zusammenbruch. Der bayerische Braunkohlenbergbau müsse mit aller Energie aufgeschlossen werden. Abbaumwürdig sei zunächst das Braunkohlenfeld bei Aschaffenburg. Es handle sich hier um 12 Millionen Tonnen. Unterfranken habe dringenden Bedarf an dieser Kohle. Leider sei bisher in dieser Angelegenheit nicht das Geringste geschehen. In der Oberpfalz, zwischen Amberg und Schwandorf, liege ebenfalls ein Braunkohlenlager mit der besten Braunkohle der Oberpfalz. Auch hier sei die Arbeit über Pläne noch nicht hinausgediehen. Der Landtag trage hier eine schwere Verantwortung.

Der bayerische Braunkohlenbergbau sei zu einem erheblichen Teil preußischer Besitz. Die Oberbayerische Aktiengesellschaft für Kohlenbergbau habe einen

Staatskredit von 6 Millionen Mark in Anspruch nehmen müssen. Es erscheine unzweckmäßig, Staatskredite zu geben und die Bergwerke dann an den preußischen Staat zurückzugeben. Es bleibe nichts anderes übrig, als den Besitz der Hibernia so schnell wie möglich in das Eigentum des bayerischen Staates zu überführen. Spätestens im März müsse mit den Planungsarbeiten begonnen werden, damit die Hilfe schon im nächsten Winter wirksam werden könne.

Der Abgeordnete Bickler bedauerte als eine besonders verhängnisvolle Folge der Kohlennot, die Stilllegung der Ziegeleien, und wies auf den Bedarf der Landwirtschaft und insbesondere auf das Fehlen an geeignetem Personal bei den Forstämtern hin. Die Forstbeamten seien größtenteils als ehemalige Nazis entlassen, die Spruchkammern sollten diese Fälle nun mit Beschleunigung durchführen, um wieder geeignete Leute für die Brennholzbeschaffung einstellen zu können.

Staatssekretär Geiger nahm namens des Wirtschaftsministeriums zu den in der Aussprache aufgeworfenen Fragen und Problemen Stellung. Nach seiner Auffassung ist es notwendig, eine gewisse Vorratswirtschaft zu betreiben, denn das Fehlen jeglicher Vorräte sei eine Hauptursache der gegenwärtigen Krise. Es seien Pläne in Ausarbeitung, wonach schon während des Sommers die Ruhrkohle nach dem Oberrhein verfrachtet werden solle, von wo sie dann während des Winters leichter abgefahren werden kann.

Was den Hausbrand angeht, so erhofft sich der Staatssekretär gewisse Erleichterungen für den nächsten Winter. Im allgemeinen aber werde die Kohlenknappheit, so führte er aus, auch weiterhin, vielleicht für alle Zukunft fühlbar sein.

Der Staatsminister des Innern gab einen gedrängten Überblick über die Entwicklung der öffentlichen Sicherheit seit seinem Amtsantritt. Das Hauptübel besteht nach seiner Auffassung nicht so sehr in der ungenügenden Ausrüstung der Polizei als in der unzureichenden Bewegungsfreiheit der Sicherheitsorgane. Trotz aller Bemühungen sei es bisher nicht gelungen, deutschen Sicherheitsorganen Zugang zu den Ausländerlagern zu verschaffen. Die Stimmung diesem Plan gegenüber sei aber neuerdings günstiger. Zur Zeit entfällt ein Landpolizist auf 1000 Einwohner. Dies sei in der heutigen Situation naturgemäß viel zu wenig. Auch diese Verbesserung habe man bis jetzt nicht durchsetzen können. Unter diesen Umständen habe das Innenministerium die Regierungspräsidenten und den Bauernverband ermächtigt, eine zugelassene Selbsthilfe zu organisieren und den Einbau von Alarmgeräten usw. vorzusehen. In den Gemeinden solle ein gewisser Wachdienst eingerichtet und im Bedarfsfall auch sofort Alarm gegeben werden. Der Minister betrachte die Sicherheit des Landes als eine seiner Haupt Sorgen.

Der Vorsitzende empfahl die Verstärkung der Landpolizei durch sogenannte Hilfspolizisten oder Wächter, vor allem zum Schutz abgelegener Gehöfte. Aber diese Leute seien ohne Waffen und so gegenüber dem Verbrechertum ohnmächtig. Er begrüßte ferner das immer enger werdende Zusammenwirken der bayerischen Polizei mit der MP. Schließlich stellte der Vorsitzende folgenden Antrag, der einstimmig angenommen wurde:

(Dr. Schwalber [CSU])

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung sei zu ersuchen, in Erwägung zu ziehen, ob nicht im Hinblick auf die Krise in der Kohlenversorgung, die eine ausreichende Beheizung der Unterrichtsräume unmöglich macht, und im Interesse der Kohlenersparnis für die nicht vor einer Abschlußprüfung stehenden Schüler und Studenten eine Unterrichtspause von längerer Dauer angeordnet und zum Ersatz die Sommerferien gekürzt werden könnten.

Es handelt sich hier um den Antrag, der Ihnen in den Drucksachen des Landtags bereits vorgelegt wurde.

Der Antrag Dr. Rindt, Kaiser und Genossen wurde schließlich in folgender Fassung einstimmig angenommen:

Der Landtag wolle beschließen:

Die bayerische Staatsregierung wird ersucht, umgehend die Militärregierung von Bayern um Auskunft über die geplanten Maßnahmen hinsichtlich der MAN-Augsburg, sowie der Zahnradfabrik Renk AG., Augsburg, zu bitten und gegebenenfalls den Antrag auf Absetzung dieser Werke von der Liste der Reparationsbetriebe zu stellen.

Die bayerische Staatsregierung wird außerdem ersucht, bei den Besatzungsmächten alles aufzubieten, um auch andere Demontagen im Interesse der für Erzeuger und Verbraucher unentbehrlichen Friedensproduktion zu verhüten.

Als Berichterstatter bitte ich Sie, den Beschlüssen des Haushaltsausschusses zuzustimmen.

I. Vizepräsident: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Baur.

Baur Valentin (SPD): Meine Damen und Herren! Es ist selbstverständlich, daß wir dem Antrag Rindt, Kaiser und Genossen unsere volle Zustimmung geben, nicht zuletzt als Angehörige der Freien Gewerkschaften, der Augsburger Gewerkschaften.

Ich bin ebenfalls der Meinung, daß alles versucht werden muß, die Demontage dieser beiden wichtigsten Werke zu verhindern, nicht zuletzt deshalb, weil die Belegschaft der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg stets gezeigt hat, daß sie nicht nur gewerkschaftlich ganz ausgezeichnet organisiert war, sondern daß sie auch stets einen Sinn für wirkliche politische Realitäten hatte. Ich erinnere an die Haltung der Belegschaft der MAN im Sommer 1928, als sie durch ihre Betriebsvertretung in einer großen Protestkundgebung der Sozialdemokratischen Partei gegen den Bau von Panzerkreuzern sich mit aller Entschiedenheit dafür einsetzte, daß dieser Bau verhindert werde, obwohl es gerade die MAN war, die von der Wehrmacht aus-ersehen war, diese Panzerkreuzer zu bauen. Die Belegschaft hat damit wie auch in anderen Fällen bewiesen, daß sie einen Sinn für die Tatslichkeiten hat, die die damalige Zeit erfordert hat und die heutige Zeit erfordert.

Wir sind aber darüber hinaus der Auffassung, daß es Zeit ist, einmal sehr deutlich zu sagen, worauf es heute ankommt. Wir sind der Meinung, daß die Alliierten aufzufordern und zu ersuchen sind, die Demontagen völlig einzustellen,

(sehr richtig!)

mindestens so lange, bis der kommende Friedensvertrag die Probleme und Fragen der Wiedergutmachung geregelt hat. Diese Forderung liegt nicht nur im Interesse des deutschen Volkes, sie liegt ebenso sehr im Interesse der internationalen Welt. Internationale Vollbeschäftigung, das ist die Schlussfolgerung, die die Welt außerhalb Deutschlands im Laufe des letzten Jahrzehnts gezogen hat. Wenn das Wort des verstorbenen amerikanischen Staatsbürgers Wendell Wilkie, das er nach seinem Flug um die Welt 1943 geprägt hat: „unteilbare Welt, unteilbarer Frieden“ einen Sinn hat, dann hat es auch einen Sinn, daß eine internationale Vollbeschäftigung nur möglich ist, wenn sie unteilbar über die ganze Welt organisiert ist. Aber in einem Deutschland, dem die Maschinen und die Werkzeuge weggenommen sind, in einem Deutschland, in das man Millionen Ausgewiesener und Flüchtlinge hineintransfertierte, ist es unmöglich, eine dauernde Vollbeschäftigung zu organisieren. Ein solches Deutschland ist auch kein zahlungsfähiger Käufer auf dem internationalen Weltmarkt.

(Sehr richtig!)

Ein wirtschaftlich gelähmtes Volk, wie es in diesem Falle das deutsche Volk sein müßte, muß, ob es will oder nicht, ganz unfreiwillig zum Störfaktor der internationalen Zirkulation des Welthandels werden.

(Sehr wahr!)

Das zu sagen halten wir als Gewerkschaftler für unsere Pflicht, nicht zuletzt deshalb, weil wir glauben, daß wir damit der ganzen Welt dienen.

Aus diesem Grunde richten wir insbesondere auch an die Gewerkschaftler der ganzen Welt den Appell, uns nicht nur mit Besuchen zu erfreuen, sondern mit der praktischen Solidarität zur Seite zu stehen

(lebhafteste Zustimmung)

und damit zum Ausdruck zu bringen, daß sie zu dem Worte stehen, das einer ihrer bedeutendsten Führer im Jahre 1944 auf einem Kongreß in Nordamerika gesprochen hat — es war Green —, indem er sagte, wir Gewerkschaftler müssen darauf achten, daß nach dem Kriege der deutsche Arbeiter nicht zum Kuli herabsinkt und zum Lohnsklaven für die ganze Welt wird. Gerade deshalb sprechen wir diese Dinge so deutlich aus.

Nicht zuletzt aus diesen Gründen halten wir es für dringend notwendig, bei der Frage der kommenden Wiedergutmachung und all der damit verknüpften Probleme vor allem auch Deutsche hinzuzuziehen. Es kann nicht angehen, daß man in diesem Falle nur daran denkt, die Sache einseitig zu beschließen und festzulegen. Wir sind vielmehr der Auffassung, daß zum mindesten die Vertreter des wichtigsten Teils des deutschen Volkes, der deutschen Arbeitskräfte auf allen Gebieten, die Gewerkschaftler bei der Regelung der Frage der weiteren Demontagen, der Frage der weiteren Reparationsverpflichtungen durch Ablieferung von Werken und Werkzeugen herangezogen werden sollen.

Ich bitte daher, zu beschließen: Der Landtag möge den Kontrollrat und die alliierten Regierungen ersuchen, die noch vorgesehenen Demontagen von Betrieben der Friedensproduktion völlig einzustellen, bis die Fragen der Wiedergutmachung durch den kommenden Friedensvertrag für das gesamte Deutschland festgelegt sind.

(Beifall bei der SPD.)

I. Vizepräsident: Das Wort hat der Abgeordnete Raifer.

Raifer (CSU): Abgeordnete! Meine Damen und Herren! Wie mein Vorredner mit Recht schon hervorgehoben hat, haben die Belegschaften ganz besonders der Augsburger Betriebe, der MAN wie der Firma Renk, in der Vergangenheit bewiesen, daß sie zu den geschultesten Arbeitnehmerbelegschaften gehörten. Diese Betriebe waren in der Geisteshaltung der Mehrheit der Belegschaften auch während der 13 Jahre der Herrschaft des Nationalsozialismus am wenigsten in der Irrlehre des Nationalsozialismus befangen. In dieser Augsburger Arbeitnehmerschaft war immer ein gesunder Sinn für die Realitäten und den wirklichen, zukunfts-trächtigen Weg, den ein Volk wie das deutsche zu gehen hat. Wenn heute gerade in diesen Betrieben eine Belegschaft von etwa 8000 Arbeitnehmern von den drohenden Demontagemassnahmen betroffen wird, so ist nach unserer Auffassung dieses Vorgehen nicht geeignet, das unter den gegenwärtigen Verhältnissen kümmerliche demokratische Wachstum zu fördern.

(Sehr wahr!)

Wir müssen durch die Beziehungen, die wir als Arbeitnehmer wie auch als christliche Union aufweisen, mit allen Mitteln dahinwirken und bei jeder Gelegenheit verlangen, die wirtschaftliche Sticklufte, wie sie gewisse Maßnahmen im Gefolge haben, unter allen Umständen zu beseitigen, dem deutschen und bayerischen Volk die Möglichkeit zum Arbeiten zu geben und ihm nicht das Handwerkszeug, die Maschinen usw. zu nehmen.

(Sehr gut!)

Wir wollen kein Almosen. Was wir wollen, ist das Recht auf Arbeit, das Recht auf Verdienst. Nur dann werden wir auch all das erfüllen können, was wir gutzumachen haben. Mit leer stehenden Betrieben werden wir das Problem der Ernährung unserer Bevölkerung in seiner Gesamtheit, das Problem der Millionen Flüchtlinge nicht lösen können.

(Sehr richtig!)

Hierzu brauchen wir unsere voll installierten Betriebe und Werkstätten und dazu unsere Belegschaften, um durch Arbeit zu verdienen, damit die zusätzliche Einfuhr von Nahrungsmitteln von uns auch bezahlt werden kann.

(Sehr gut!)

Die Welt hat diese Dinge doch schon einmal durchgezogen. Nach dem ersten Weltkrieg hatten wir wohl zuerst in Deutschland die Arbeitslosenwelle; sie erfaßte dann aber auch die damaligen sogenannten Siegerstaaten. Auch dort sind Millionen von Arbeitslosen wie Pilze aus dem Boden gewachsen. Friedensmäßige Zustände bedingen in erster Linie eine vernunftgemäße Regelung der wirtschaftlichen Verhältnisse in den einzelnen Ländern, um wieder zu einer gesunden weltwirtschaftlichen Wechselwirkung zu gelangen.

Aus all den Erwägungen der Weltbefriedung heraus müssen wir auch von dieser Stelle aus gegen den Irrsinn weitgehenden Abbaues von friedensmäßigen Produktionsapparaturen ankämpfen. Ich bitte Sie, dem vorliegenden Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

(Bravo!)

I. Vizepräsident: Wünscht noch jemand das Wort? — Das Wort hat der Abgeordnete Maderer.

Maderer (CSU): Meine Damen und Herren! Ich möchte einige Worte zum Antrag meines Fraktionskollegen Dr. Stang — Schulangelegenheiten — sagen. Ich bin selbst Leiter einer höheren Lehranstalt und weiß, wie die Verhältnisse bei den Schulen augenblicklich liegen. Wir sind gezwungen, seit 20. Januar die Schule geschlossen zu halten und nur einen Behelfsunterricht zu erteilen in der Weise, daß wir die Schüler täglich hereinkommen lassen, um Aufgaben in Empfang zu nehmen und die gefertigten Arbeiten wieder abzugeben. Dadurch ist wenigstens eine Möglichkeit geschaffen, die Schüler einigermaßen zu beschäftigen und dafür zu sorgen, daß der Wissensstand nicht absinkt. Man kann natürlich in der eigenen Schule in der Weise dafür sorgen, daß die Kinder ein Fundament legen, um später auf diesem etwas gefestigten Fundament sicherer und rascher aufzubauen. Aber so Unterricht zu erteilen, ist natürlich kein voller Ersatz für den Unterricht.

(Sehr richtig!)

Es ist zu bedenken, daß die jetzt bestehende Kohlenknappheit im heurigen Winter auf keinen Fall mehr beseitigt werden kann. Wenn vorhin gesagt worden ist, daß die Kohlenknappheit auch noch im nächsten Jahre, vielleicht sogar noch für lange, lange Zeit bestehen wird, dann müssen wir uns, wenn auch schweren Herzens, als Lehrer damit vertraut machen, daß in der Festsetzung der Ferienzeit eine Änderung eintritt. Ich würde es zwar persönlich sehr bedauern, wenn mir die schönen Sommerferien genommen würden. Aber im Interesse der Kinder — bedenken Sie die Unmöglichkeit, Schuhwerk und Kleidung zu beschaffen! — wäre es wünschenswert, wenn im Sommer möglichst durchgehend Unterricht gehalten würde. Hier können die Kinder die ganze Zeit ungestört von Kälte und Frost arbeiten. Wenn Sie einmal gesehen haben, wie die Kinder schlotternd in den Bänken sitzen, dann haben Sie eine Ahnung davon, daß dabei eine gedeihliche Arbeit nicht geleistet werden kann.

Darum würde ich also den Antrag des Herrn Kollegen Stang wärmstens unterstützen. Ich würde vorschlagen, die Schulen jetzt generell bis Ende Februar zu schließen, dafür aber die Sommerferien weitgehend zum Unterricht zu verwenden. Eine generelle Regelung ist schon deswegen notwendig, weil der Schüleraustausch, der immer wieder vorkommt, erfordert, daß alle Kinder ziemlich auf gleichem Wissensstand gehalten sind.

(Dr. Stang: Auf dem Lande ist es aber etwas anders!)

Ja, bei den Volksschulen auf dem Lande liegt es etwas anders. Ich spreche jetzt hauptsächlich für die höheren Lehranstalten. Für die Volksschulen auf dem Lande liegt es anders; denn die Landschulen sind ja zum großen Teil in der Lage, sich mit Holz zu behelfen. Ich spreche also hier nur für die höheren Lehranstalten, für die aber diese wichtige Sache geregelt werden muß.

Also: Ich unterstütze den Antrag des Kollegen Stang auf das wärmste. Wir sind bereit — ich glaube, ich kann für alle Berufskameraden sprechen —, das Opfer zu bringen, unsere Sommerferien zum großen Teil hinzugeben, um den Kindern im Sommer einen gedeihlichen Unterricht zu erteilen zum Ersatz für den Ausfall, der im Winter automatisch eintreten muß,

(Maderer [CSU])

nicht nur heuer, sondern wahrscheinlich auch noch in den nächsten Jahren.

(Beifall.)

I. Vizepräsident: Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Ich lasse zuerst über den Antrag Dr. Kindt, Raifer und Genossen abstimmen.

Wer für den Antrag ist, wolle sich erheben. — Ich danke. — Wer ist gegen den Antrag? — Niemand. Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrags Dr. Kindt, Raifer und Genossen fest.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag Dr. Stang. Wer für diesen Antrag ist, wolle sich erheben. — Ich danke. — Wer ist gegen den Antrag? — Ich stelle fest, daß auch dieser Antrag einstimmig angenommen ist.

Ich lasse über den Antrag Baur Valentin abstimmen. Er lautet:

Der Landtag ersucht den Kontrollrat und die alliierten Regierungen, die noch vorgesehenen Demontagen von Betrieben der Friedensproduktion völlig einzustellen, bis die Fragen der Wiedergutmachung durch den kommenden Friedensvertrag für das gesamte Deutschland festgelegt werden.

Wer für den Antrag ist, wolle sich erheben. — Ich danke. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Ich danke und stelle die einstimmige Annahme des Antrags fest.

Wir kommen nunmehr zu Ziffer II der Tagesordnung:

Fortsetzung der Aussprache zu der Erklärung der Staatsregierung vom 10. Januar 1947.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Höllerer.

Höllerer (WV): Meine verehrten Damen und Herren! Die neue Regierung wurde zweifelsohne unter schwierigen Umständen gebildet. Wir alle müssen uns darüber im klaren sein, daß die Aufgaben, die der derzeitigen Regierung zukommen, nicht sehr leicht zu meistern sein werden. Wir müssen uns darüber auch im klaren sein, daß uns schwere und schwerste Aufgaben bevorstehen und daß Nöte und Probleme gemeistert werden müssen, die bestimmt nicht leicht sein werden. Wir müssen daran denken, daß die Not in unserem gesamten Volk außerordentlich groß ist. Wir müssen uns dessen bewußt sein, daß die Schwierigkeiten auf dem Gebiet des Transportwesens, der Kohlenversorgung und der gesamten Wirtschaft äußerst brennend geworden sind. Wenn die WV in die Koalition eingetreten ist, so deshalb, weil sie sich bewußt war, daß es notwendig ist, an diesen schwierigen Aufgaben mitzuhelfen, und auch deshalb, weil sie sich darüber im klaren gewesen ist, daß ihr Eintritt mit beitragen kann, großes Unheil zu vermeiden. Die WV hat sich bereit erklärt, eines der schwierigsten, wenn nicht das schwierigste Ministerium zu übernehmen. Die WV erklärt ausdrücklich, daß sie volles und restloses Vertrauen zu Staatsminister Lorig hat und absolut die Überzeugung behält, daß er diese schwierige Aufgabe lösen und meistern wird.

(Zurufe von der FDP.)

— Sagten Sie Orden? Ich erinnere an einen Aus-

spruch im Zirkus Krone: „Der Blechorden kann nur in einem blechernen Gehirn erfunden worden sein!“

(Beifall bei der WV.)

Meine Damen und Herren! Es wäre wünschenswert, daß alle diejenigen, die den Ernst der Zeit erfasst haben und sich der Schwere der zu lösenden Aufgaben bewußt sind, uns und die gesamte Regierung darin unterstützen möchten. Es wäre auch zu wünschen, daß die Presse, zu der ich hier besonders reden möchte, in ihrer oft sehr unsachlichen Kritik aufhören möchte. Es ist dem Volk und uns allen damit nicht gedient, daß unsachliche Kritik an diesem und jenem geübt wird, sondern es wäre nur notwendig und wünschenswert, daß wir uns alle flützen, um endlich bessere Voraussetzungen zu schaffen.

(Sehr richtig!)

Gerade wir von der WV begrüßen es, daß ein Teil der ausländischen Presse uns mit einem besseren Beispiel vorangeht und daß die ausländische Presse auf so viel demokratischem Boden steht, um zu sagen: Gebt einer Regierung zuerst einmal Zeit und Möglichkeit, etwas zu tun, und stellt euere unsachliche Kritik etwas zurück; kritisiert dann, wenn ihr dieser Regierung die Gelegenheit gegeben habt, zu zeigen, was sie tun will und tun kann.

Meine Damen und Herren! Die WV hat auf alle Fälle den Beweis erbracht, daß sie sich nicht, wie man früher so oft behauptet hat, vor der Verantwortung fürchtet. Die WV ist in diese Koalition eingetreten auf schwerstem Posten und ist damit bestimmt gewillt und entschlossen — sie hat das eindeutig zum Ausdruck gebracht —, ihr Aufgabengebiet auch zu meistern und zu lösen. Sie hat erklärt, daß sie bereit ist, die Voraussetzungen für den kommenden Wiederaufbau mitzuschaffen zu helfen.

Zur Regierungserklärung hat die WV zu sagen, daß sie bereit ist, mit der Regierung zu arbeiten und die Regierung zu unterstützen, daß sie aber die Ansicht vertritt, daß endlich einmal neue Wege gegangen werden müssen. In einer Zeit der größten Not geht es nicht an, daß wir uns mit bürokratischen Maßnahmen aufhalten, daß wir noch und noch Zeit verlieren mit der Schaffung von Ausschüssen, Unterausschüssen und dergleichen. Es ist notwendig und wird nicht zu vermeiden sein, daß wir uns über den ganzen Bürokratismus etwas mehr hinwegsetzen, daß wir uns etwas mehr hinwegsetzen über die Fragen der Kompetenzen und daß wir schnell und entscheidend handeln. Die Probleme des Augenblicks, die uns allen bekannt sind, sind so groß und so erschütternd, daß es wirklich nur eine Möglichkeit der Hilfe gibt. Diese Möglichkeit heißt: Schnell und entschlossen Maßnahmen ergreifen, auch dann, wenn irgendeine Kompetenzfrage dabei berührt oder sogar überschritten wird. (Zuruf: Was sagt Dr. Lacherbauer zu dieser Ansicht?) — Das ist keine Sache!

(Zuruf: Er sagt genau das Gegenteil!)

— Es ist keine Sache, sich dazu zu äußern. Wir sind der Überzeugung, daß vor allem in den Verwaltungen ein neuer Geist einziehen muß. Das hängt mit dem zusammen, was ich eben die Ehre hatte, Ihnen zu sagen. Nur ein neuer Geist wird auf vielen Gebieten es ermöglichen, schnellere Maßnahmen zu treffen und damit raschere Abhilfe von Mißständen oder Notständen zu schaffen.

(Höllner [WAB])

Unter diesen Voraussetzungen ist die Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung bereit mitzuhelfen. Sie wird alles tun, um ihren Beitrag zu leisten, damit wir doch wieder auf bessere Zeiten hoffen können.

Meine Damen und Herren! Wir alle sind verpflichtet, in dieser schweren Stunde geschlossen zusammenzustehen und für ein Ziel zu arbeiten, ganz unabhängig von parteipolitischen Richtungen. Wollen wir uns letzten Endes darüber im klaren sein, daß nur die geschlossene Zusammenarbeit von uns allen uns dem einen Ziel nahebringt, das wir uns setzen müssen, nämlich zu vermeiden, daß unser Vaterland zugrunde geht. Bei der Lösung dieser Aufgabe will die WAB mithelfen, und wir alle, alle hoffen, daß es uns gelingen wird, dieses Ziel zu erreichen. Wir alle wollen hoffen und mit dazu beitragen, eine bessere Zukunft für uns alle zu schaffen.

(Beifall bei der WAB.)

I. Vizepräsident: Ich möchte noch bekanntgeben, daß mittlerweile ein Antrag der Fraktionen der CSU, der SPD und der WAB eingelaufen ist, der mit zur Debatte steht:

Der Landtag billigt die Regierungserklärung und erklärt sich zur verantwortlichen Zusammenarbeit mit der Regierung bereit.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Einnert.

(Zuruf von der SPD: Hoffentlich treffen Sie den Nerv. — Heiterkeit.)

Dr. Einnert (SPD): — Ich hoffe, daß ich den Nerv treffe! Ich werde Ihnen keine billigen Sprüche vormachen.

Hohes Haus! Der Herr Präsident hat gestern mahnende Worte an uns gerichtet, daß wir, wie es in der Geschäftsordnung des Landtags vorgeesehen ist, frei sprechen möchten. Dieser Wunsch ist durchaus berechtigt; aber ich glaube, wenn man nach 13 oder 14 Jahren zum erstenmal wieder eine Regierungserklärung hört, die das ganze Gebiet, das wirklich schwierige Gebiet der heutigen Politik und Wirtschaft umfaßt, ist es doch nicht so einfach, nur nach Stichworten zu sprechen. So mögen Sie es verzeihen, wenn ich dieses Mal, entgegen unseren sonstigen Gepflogenheiten, mich auch des Papiers als Unterlage bediene.

Nach einer Pause von 13 Jahren hat sich die Bevölkerung Bayerns zum erstenmal wieder in freier unbeeinflusster Wahl eine Volksvertretung geschaffen, deren Aufgabe es sein soll, die politischen Geschicke des Landes nach dem Willen des Volkes zu lenken. Nach 13 Jahren der politischen und geistigen Diktatur, der Verkümmern des Denkens und des politischen Wissens und unter dem Einfluß der übergroßen Not ist eine klare politische Willensbildung bei der Mehrzahl der Wähler nicht möglich gewesen. Wenn Landtag und Regierung zum wahrhaft demokratischen Denken unseres Volkes beitragen wollen, wenn Minister und Abgeordnete bereits demokratisch handeln würden, so müßten sie aus der gegenwärtigen geistigen Situation ihrer Wähler und den Bedingungen des ihnen erteilten Auftrags folgern, daß sie von der Regierungsgewalt nur in steter enger Fühlung mit der Wählerschaft Gebrauch machen und ihre Wahl

nicht als eine Blankovollmacht für vier Jahre ansehen. Ganz abgesehen davon, glaube ich nicht, daß der Herr Abgeordnete Dr. Lacherbauer recht behält mit seiner vierjährigen Dauer. Je klarer Regierung und Regierungsparteien die Grundzüge aufzeigen, nach denen sie handeln, je eindeutiger sie die Verantwortung für jeden Schritt übernehmen und je mehr sie bereit sind, ihr Handeln öffentlich zu erklären oder auch zu rechtfertigen, desto mehr werden sie durch ihr Beispiel zur politischen Erziehung beitragen und den Prozeß der politischen Reife beschleunigen helfen. Wir begrüßen daher den Wunsch der Regierung, daß durch das Verhalten des Landtags die Weltöffentlichkeit mit Vertrauen zur demokratischen Entwicklung unseres Volkes erfüllt werden möge. Denn nur so können wir das Ansehen wieder zurückgewinnen, das uns durch die letzten Jahre verloren gegangen ist. Wir hoffen, daß die Regierung durch ihre Taten und das Zusammenwirken mit der ganzen Bevölkerung und ihrer Vertretung einen entscheidenden Beitrag für diese demokratische Entwicklung leisten wird.

Die Regierung ruft zu verantwortungsbewußter Mitarbeit aller zum Wohle des Ganzen auf. Sie wünscht, daß der Landtag durch Sachlichkeit, fördernde Kritik und würdige Form ein Beispiel hierzu gebe. Dies wünschen auch wir freien Demokraten voll und ganz und wollen wie die Regierung nicht das Trennende zwischen den Parteien in den Vordergrund rücken, sondern mithelfen, das Beste für unser Land zu erreichen.

(Beifall.)

Es ist ja zu billig, allgemeine Phrasen, wie wir sie schon gehört haben, hier zu bringen, von der Not, daß wir alle zusammenhelfen müssen usw. Derartige Selbstverständlichkeiten Ihnen als den verantwortlichen Vertretern des Landes vorzusetzen, halten wir unter der Würde dieses hohen Hauses.

(Sehr richtig! bei der SPD.)

Dieser Aufruf aller Gutwilligen darf aber nicht ein Lippenbekenntnis bleiben, sondern muß die Grundlage für das Zusammenwirken zwischen Regierung und Volksvertretung darstellen, wenn die Bevölkerung darin nicht bloße Worte sehen soll. Deswegen müssen wir mit großem Bedauern und ernster Besorgnis feststellen, daß die Regierung jetzt schon gegen ihre eigene Aufforderung verstoßen hat. Sie behauptet, daß hinter ihr 171 Abgeordnete stünden und daß diese die aufbauwilligen Kräfte vertreten. Diese Behauptung ist doppelt unrichtig. Einmal stehen, wie jedes Kind weiß, nicht alle 171 Abgeordneten dieses Hauses hinter der Regierung. Das haben alle Abstimmungen und alle Entschließungen der Parteien der letzten Zeit bewiesen. Gerade die größte Partei hat, wie Sie doch alle wissen, mit einer sehr knappen Stimmenmehrheit sich dazu entschlossen, dieser von ihr verantwortlich getragenen Regierung ihre Zustimmung zu geben.

Aber die Erklärung birgt auch die Behauptung in sich, daß diejenigen Parteien oder Abgeordneten, welche ihrer Zusammensetzung nicht zustimmen, nicht aufbauwillig seien. Diese gänzlich unbegründete Behauptung weisen wir auf das schärfste zurück

(Beifall bei der SPD)

und bedauern, daß die Regierungserklärung so wenig Kenntnis eines demokratischen Gestaltungswillens hat.

(Dr. Eimmert [SPD])

In dieser Behauptung zeigt sich ein bedauerlicher Mangel an Achtung der persönlichen Meinungs-freiheit, die doch eine Grundforderung moderner Demokratie ist. Man wird in peinlicher Weise an die Methoden der vergangenen tausend Jahre erinnert, wo auch eine Regierung behauptete, daß nur die hinter ihr stehenden Kreise am Aufbau des deutschen Volkes beteiligt seien, und alle anderen als Staatsfeinde erklärte. Dieser Versuch der Regierungserklärung, von vornherein eine Minderheit mit einem Makel zu bedenken, muß als gänzlich undemokratisch schärfstens zurückgewiesen werden.

(Zuruf: Hat kein Mensch behauptet.)

— Soweit sich dieser Vorwurf gegen unsere Fraktion richtet, haben wir schon bewiesen und werden es weiter tun, daß es sich für uns nicht um eine Opposition um der Opposition willen handelt, sondern wir werden genau so wie die anderen Parteien versuchen, unser Bestes zu tun, um die Schwierigkeiten der heutigen Zeit überwinden zu helfen. Gerade an der Behandlung einer zur Mitarbeit bereiten Opposition wird sich zeigen, ob die Demokratie, von der heute alle Schichten sprechen und von der an allen Plakatsäulen zu lesen steht, auch wirklich Fuß bei uns gefaßt hat. Dann muß sie eine Opposition und eine Kritik vertragen können, dann müßte sie diese nicht nur vertragen können, sondern sie sogar begrüßen. Es kann niemand und auch keine Partei von sich behaupten, daß sie allein die Weisheit in sich trage. Es gibt viele Meinungen über die verschiedenen Dinge, und die muß man in irgendeiner Form zur Geltung bringen.

Wir haben ja schon das traurige Beispiel solcher Mißachtung demokratischen Gedankengutes erfahren in der Einfügung des Abs. 4 des Art. 14 der Verfassung, worin man mit der berüchtigten 10 Prozent-Klausel versucht hatte, die heute noch kleinen Parteien abzuwürgen. Die Kommunistische Partei hat man auf diese Weise schon hinausgedrängt, obwohl sich doch jedes Kind darüber klar sein muß, daß der in der ganzen Welt vorhandene kommunistische Gedanke damit ganz bestimmt nicht beseitigt wird. Die Partei des Herrn Loritz und uns selbst hätte beinahe das gleiche Schicksal getroffen; denn auch die großsprecherischen Behauptungen des Herrn Loritz in seinen Aufsätzen und Wahlreden, daß er bestimmt in zwei Wahlkreisen die 10 Prozent überschreiten würde, haben sich mit knapper Not im Wahlkreis Oberbayern verwirklicht. Wir hätten also das gewiß nicht demokratische Beispiel erleben können, daß 20 Prozent der abgegebenen Stimmen nicht einen einzigen Vertreter im Bayerischen Landtag gehabt hätten. Wenn heute die Sozialdemokratische Partei mit einigen Krokodilstränen über die unerwünschten Folgen dieser 10 Prozent-Klausel versucht, eine neue Bestimmung in die Verfassung hineinzubringen, wonach nicht mehr 10 Prozent in einem Wahlkreis, sondern 5 Prozent im ganzen Lande notwendig sein müßten, um Abgeordnete abzustellen, so erscheint uns diese Bestimmung genau so undemokratisch wie die vorherige Klausel und wird daher von uns abgelehnt. Wir werden den Antrag einbringen, Abs. 4 des Art. 14 restlos zu streichen, und werden bei der Behandlung dieses Antrags sicherlich erleben, daß auch die Regierung bereit ist, sämtlichen aufbauwilligen Kräften die Möglichkeit zur Mitarbeit zu geben. In keinem anderen Land, mit Ausnahme

von Deutschland, gibt es eine derartige Bestimmung. Aber es ist echt deutsch — —

(Zuruf: Amerika, Mehrheitswahl!)

— Wir fürchten die Mehrheitswahl nicht, weil uns einige wenige Köpfe lieber sind als irgendeine Masse undefinierbarer Herkunft.

(Unruhe und Zurufe von der SPD: Das ist interessant!)

— Was ist interessant?

(Zuruf von der SPD: Daß das Volk ausgeschaltet werden soll!)

— Das Volk? Wir verzichten auf die Masse! Das Volk wird niemals ausgeschaltet werden dadurch, daß man eine Mehrheitswahl einführt, sondern dadurch, daß man es nur nach Parteifunktionären und Gewerkschaftssekretären ausrichtet und das Volk selbst nicht zu Wort kommen läßt. So liegen die Dinge. Das Volk wird nicht gefragt. Aber warten Sie doch ab, bis dieser Antrag kommt. Warten Sie ab, dann können wir uns über diesen Punkt unterhalten. Wer werden dann sehen, wer wirklich demokratisch denkt.

Es ist echt deutsch, zu versuchen, durch Polizeibestimmungen und Paragraphen etwas zu verwicklichen, was gar nicht abgemürgt werden kann.

(Dr. Hoegner: Das ist eine ganz verkehrte staatsrechtliche Darstellung.)

— Es ist gut, daß es auch eine andere Meinung gibt. Dann können Sie Ihren Marxismus besser leuchten lassen.

(Zuruf des Präsidenten Dr. Horlacher.)

— Herr Präsident, wenn Sie schon hier als Abgeordneter sitzen, dann will ich die Gelegenheit benutzen, um auf etwas einzugehen, weil Sie sonst als Präsident sakrosankt sind, so daß ich Sie sozusagen nicht rügen darf. Wir haben hier ein andermal gesehen — —

(Dr. Horlacher: Sie sollten vernünftig sein!)

— Herr Präsident! Wären Sie vor 14 Jahren vernünftig gewesen, vielleicht wären wir heute nicht so weit, wie wir sind.

(Zustimmung bei der SPD.)

— Es ist plötzlich so still da drüben!

(Unruhe. — Glocke.)

— Ich werde schon fertig, Herr Vizepräsident; ich brauche keine Unterstützung.

Genau wie die bayerische Verfassung selbst, zeigt auch die Erklärung der Regierung deutlich auf, daß einander widerstreitende Kräfte versuchen, einen gemeinsamen Nenner zu finden, obwohl dies nach den wiederholt in der Öffentlichkeit abgegebenen Erklärungen der einzelnen Parteien überhaupt nicht möglich ist. Es scheint, daß die eine Partei die andere über den Löffel zu barbieren versucht und dabei trotzdem ihren Wählern weismachen will, sie vertrete unentwegt die Forderungen, auf Grund deren die Wähler die Kandidaten gewählt haben.

Dabei ist doch diese ganze Koalitionspolitik unnötig und nach unserer Auffassung sogar gänzlich undemokratisch, denn die bayerische Wählerschaft hat eindeutig einer einzigen Partei mit Stimmenmehrheit den Auftrag gegeben, die Geschicke Bayerns zu lenken. Hier besteht eine ganz unabsehbbare Verantwortung, die durch keinerlei Erklärungen über eine sogenannte

(Dr. Linnert [SPD])

Konzentrationspolitik — Fremdwörter sind halt Glücksfahne! — tragbar abgeändert werden kann. Wenn in anderen Ländern innerhalb und außerhalb Deutschlands Koalitionen gebildet wurden, so geschah dies entweder in Kriegszeiten oder es hatte keine Partei die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erlangt. Daher die Koalitionsregierungen in Baden-Württemberg oder Frankreich. Aber in Ländern, die wir eigentlich als Vorbilder einer demokratischen Entwicklung ansehen, in England und Amerika, wäre es eine Selbstverständlichkeit gewesen — und niemand hätte den geringsten Zweifel daran gehabt —, daß eine Partei, die 52% der abgegebenen Stimmen erhalten hat und 58% der Abgeordneten stellt, auch die Pflicht hat, die Regierung zu übernehmen. Wir brauchen keine Koalition! Wir können uns des Eindrucks nicht erwehren, daß es der Christlich-Sozialen Union selbst bange vor ihrer Machtfülle geworden ist!

(Zurufe: oho!)

— bis jetzt haben wir noch nicht eine Begründung für die Koalition gehört! — und daß der Bruderstreit in dieser Union die Ursache davon ist, daß eine Partei, die letzten Endes nur 28% der abgegebenen Stimmen erhalten hat, die Staatsregierung so maßgeblich beeinflusst, wie das bei uns der Fall ist. Die häßlichen Begleiterscheinungen, welche der Bildung dieser Koalition vorangingen, haben unseren Zweifel bestärkt, daß es selbst in führenden politischen Kreisen Bayerns noch weit bis zu einer würdigen, verantwortungsbewußten Demokratie ist.

Das Wahlergebnis hat doch zweifelsfrei gezeigt, daß eine Zweidrittelmehrheit des bayerischen Volkes das Programm und die Ziele der Sozialdemokratischen Partei ablehnt. Trotzdem haben sich gewisse Kreise der CSU bereitgefunden, gerade die umstrittensten Posten in der Regierung einer Minderheitspartei zu übertragen. Es ergibt sich die merkwürdige und in der demokratischen Geschichte sicher einzige Tatsache, daß Innenministerium und Wirtschaftsministerium, also die beiden wichtigsten Ministerien überhaupt, einer Partei überantwortet werden, deren Politik gerade auf diesem Gebiet von der überwältigenden Mehrheit des bayerischen Volkes abgelehnt wird.

(Zurufe: Oho! — Schauen Sie das Haus an!)

— Machen Sie doch keine solchen blöden Zwischenrufe!

Wie man unter solchen Umständen von einer „Konzentrationsregierung“ reden kann, erscheint uns unerfindlich, es sei denn, man wolle mit diesem Fremdwort verschleiern, daß es sich in Wirklichkeit um eine Regierung handelt, bei der ein Teil versucht, dem andern Teil die Verantwortung zuzuschieben, ohne sich dabei um den Willen der Wähler zu kümmern. Das ist gerade die Art von Abgeordnetenwillkür, die der Herr Lorig überall bekämpft und gegen die er den Volksentscheid in allen Gesetzesfragen verlangt hat. Davon hören Sie heute keinen Ton mehr!

(Zurufe von der WVB.)

Welche politischen Grundsätze liegen nun dieser Zusammenarbeit mehrerer Parteien zu Grunde? Ist es die von der CSU und SPD so warm empfohlene Verfassung, oder gelten die Programme der Parteien, also die 30 Punkte der CSU oder die 35 des sogenannten Aktionsprogramms der SPD? Sehen wir

uns nun einmal einige Forderungen dieser Programme an.

Nach Art. 135 Abs. 1 der Verfassung sind die öffentlichen Volksschulen Bekenntnis- oder Gemeinschaftsschulen, Gemeinschaftsschulen jedoch nur an Orten mit bekenntnismäßig gemischter Bevölkerung. Im Aktionsprogramm der SPD heißt es:

„Die Partei steht nach wie vor auf dem Boden der Gemeinschaftsschule.“

Die CSU sagt in ihrem Grundsatzprogramm: „Wir stehen ein für die Konfessionsschule.“ Wird nun das Kultusministerium sich mit Herrn Minister Hundhammer für die Bekenntnisschule oder mit dem von der SPD gestellten Staatssekretär für die Gemeinschaftsschule entscheiden?

(Ministerpräsident Dr. Ehard: Auf die Verfassung wird sich die Schule gründen!)

— Die Verfassung soll ja nach den Behauptungen der SPD angeblich die Gemeinschaftsschule als gleichberechtigt ansehen, was gar nicht der Fall ist.

(Ministerpräsident Dr. Ehard: Lesen Sie die Verfassung!)

— Darin steht, daß die Konfessionsschule die gegebene Schule ist, und nur dort, wo die Erziehungsberechtigten mit Namen und Unterschrift sie verlangen, kann eine Gemeinschaftsschule überhaupt eingeführt werden.

(Ministerpräsident Dr. Ehard: Aber bitte, lesen Sie doch die Verfassung!)

Ich habe bei den Beratungen über die Schulfrage schon das vorausgesagt, was heute eingetreten ist: daß man in einer Zeit, in der in einer Stadt wie Nürnberg und München zwei Drittel aller Schulhäuser zerstört sind, in der mehr als die Hälfte — wie der Herr Kultusminister in Nürnberg ausgeführt hat — der Lehrkräfte fehlen, diese theoretische Forderung bezüglich der Konfessionsschule gar nicht stellen darf. Trotzdem ist es geschehen!

(Unruhe. — Ministerpräsident Dr. Ehard: Es liegen auch Vereinbarungen vor, die schon mitgeteilt worden sind!)

— Vereinbarungen sind keine Verfassung; Vereinbarungen sind keine Programme! Ich weiß nicht, wozu man in der Öffentlichkeit über Programme diskutiert und sie kundgibt, wenn sie dann irgendwo und irgendwann wieder abgelehnt werden!

(Ministerpräsident Dr. Ehard: Nicht „irgendwo und irgendwann“!)

In Art. 151 Abs. 2 Satz 2 der Verfassung heißt es:

Die Freiheit der selbständigen Betätigung des Einzelnen in der Wirtschaft wird grundsätzlich anerkannt.

Das Aktionsprogramm der SPD fordert eine echte, sozialistische Planwirtschaft. In den 30 Punkten der CSU lesen wir — man höre:

Das marxistisch-sozialistische Planwirtschaftsprogramm gehört einem vergangenen Jahrhundert an;

(Zurufe von der CSU: sehr richtig!)

— ja, der Ansicht sind wir auch; es ist arg staubig geworden! —

die sozialdemokratische Planwirtschaft führt ebenso naturnotwendig zum Kollektivismus und Staatskapitalismus, der stets totalitär und expansiv ist.

(Dr. Linnert [FDP])

— Das ist genau unsere Auffassung! Und die Minister von zwei solchen Parteien sitzen zusammen in einer Regierung! Wird nun im Wirtschaftsministerium der Minister Dr. Zorn sozialistische Planwirtschaft einführen, der Herr Staatssekretär Sedlmayr sich vielleicht auf den Boden der CSU und der Herr Staatssekretär Geiger sich unter Umständen auf den Boden der Verfassung stellen?

In Art. 106 der Verfassung heißt es:

Jeder Bewohner Bayerns hat Anspruch auf eine angemessene Wohnung.

Die Förderung des Baues billiger Volkswohnungen ist Aufgabe des Staates und der Gemeinden.

Nach dem Aktionsprogramm der SPD ist „eines der vordringlichsten Ziele der Planwirtschaft die Beseitigung des Wohnungselends.“ Die CSU fordert „Unterstützung für jede Form der Selbsthilfe im Bauwesen“ und lehnt jeden Bürokratismus ab. Wir haben bis jetzt bloß feststellen können, daß in den eineinhalb Nachkriegsjahren die Planwirtschaft nur sehr beschränkt Wohnraum geschaffen, die Selbsthilfe aber, für die wir eintreten, ganz erhebliche Erfolge gehabt hat.

(Zurufe: Schieber! Schieber!)

— Meine Herren! Darüber müssen wir uns im klaren sein: Sie können nicht behaupten, daß die armen Teufel in Nürnberg, die sich die Backsteine selbst zusammengesammelt haben, Schieber sind! Das ist nicht wahr! Da beschuldigen Sie Ihre eigenen Leute!

(Widerspruch.)

Das ist alles nicht wahr!

(Zuruf von der SPD: Die Leute von Nürnberg vertreten Ihr nicht!)

Wir haben es in Nürnberg gesehen, wie die einzelnen Menschen aufgebaut haben, wie sie sich das Material zusammengekratzt und zusammengesammelt haben. Das sind keine Schieber! Schämen Sie sich, solche Leute zu beschimpfen, die selbst mitarbeiten! Wenn jemand arbeitet, dann wird er sagen, das sind Schieber, die ihn beschimpfen!

(Zuruf: Demagogie!)

— Das ist keine Demagogie! Die wird ganz woanders getrieben! Ich habe genau den gleichen Standpunkt im Stadtrat zu Nürnberg vertreten. Es ist keine Demagogie!

(Dr. Horlacher: Aber Sie werden doch die Schieber nicht unterstützen wollen!)

Nach Art. 166 Abs. 3 der Verfassung hat „jeder Mann das Recht und die Pflicht, eine seinen Anlagen und seiner Ausbildung entsprechende Arbeit im Dienste der Allgemeinheit nach näherer Bestimmung der Gesetze zu wählen.“ Die CSU erklärt:

Die Befehlsgewalt des Staates über den einzelnen in der Wirtschaft darf nicht wiederkehren.

Die SPD hingegen fordert:

Die vorhandenen Arbeitsplätze müssen durch Lenkung, Schulung und Umschulung

— als ob wir diese Worte nicht satt hätten! —

zielbewußt eingesetzt werden.

(Zuruf Dr. Hoegner: Wie wollen Sie es denn bei dem Mangel an Bauarbeitern anders machen?)

Die Union lehnt das System der Dienstverpflichtungen nachdrücklich ab. Wie gedenken die CSU und ihr Staatssekretär im Arbeitsministerium, Herr Krehle, sich in diesen Fällen zu verhalten? Und was sagt der sozialdemokratische Arbeitsminister dazu?

Zu dem wichtigen Problem der Entnazifizierung nimmt die CSU in ihrem 30-Punkte-Programm wohl wegen ihrer einheitlichen Auffassung nicht weiter Stellung. Die SPD fordert, daß Mitläufer und Minderbelastete durch Sühnebescheide in summarischen Verfahren behandelt werden sollen. Der Minister der Koalition aber, Herr Lortz, lehnt die Sühne ab und stellt die Mitläufer als arme Opfer des Faschismus hin. In dem Aktionsprogramm der SPD hören wir den Ruf nach Beschlagnahme, nach Einweisung in Arbeitslager, nach Einziehung der Vermögen. Es sind dies nur allzu bekannte Begriffe, die die SPD bei ihren Forderungen für die Bedarfsdeckung und Planung gebraucht. Es winken uns Bayern also, wie ich gerade gesagt habe,

(Zurufe)

— passen Sie halt auf! — sozialdemokratische Planwirtschaft und die fattsam bekannten Praktiken, die wir als freie Demokraten in einem demokratischen Staat restlos ablehnen. Wie aber stellen sich die Koalitionspartner zu diesen Forderungen der SPD? Eine klare Linie kann in dieser Regierungspolitik unmöglich vorhanden sein, und es wird ein steter Handel um wichtige Fragen feststellen müssen, wer bei diesem Tauziehen der Stärkere ist. Wir verstehen unter Konzentration etwas anderes. Aber es ist ja für uns, die wir die letzten 15 Jahre miterleben mußten, nichts Neues, daß man den Sinn von Worten ohne Schwierigkeit in sein Gegenteil verkehren kann und es dem Volk solange erzählt, bis es daran glaubt. Allerdings, ganz so einfach wie damals ist es heute nicht mehr; denn wenn sich die Regierung auch einbildet, sich auf 95% der Wähler stützen zu können, so kann es doch weder der Presse und abseitsstehenden Parteien noch den einzelnen Wählern verboten werden, kritische Betrachtungen über diese neue Art von Demokratie anzustellen. Selbst wenn also die Behauptung der Regierung richtig wäre, ist heute die Unterrichtung der Bevölkerung über den inneren Zusammenhalt dieser Konzentration nicht nur durch heftige Kritik aus den eigenen Reihen, und zwar von beiden Seiten der großen Parteien, sondern auch durch anders gerichtete Parteien möglich.

Wie es mit dieser Konzentration wirklich aussieht, wiesen ja schon die Verhandlungen bei der Regierungsbildung selbst auf. Trotz aller Bemühungen, diesen Handel vor der Öffentlichkeit zu verbergen und den Preis, den jeder von ihnen für die Mitwirkung des anderen durch Preisgabe dieser oder jener Grundsätze bezahlen mußte, geheimzuhaltend, ist genügend an die Öffentlichkeit gedrungen, um das Vertrauen der Bevölkerung zu erschüttern. Ganz offensichtlich ist dieser Handel um die Konzentration geworden, als es sich zeigte, daß das gegenseitige Vertrauen der Koalitionsparteien so groß ist, daß man jeweils in jedem Ministerium ohne Rücksicht darauf, ob sich ein armes Land diesen Parteiluxus erlauben kann, Staatssekretäre eingesetzt hat. So sitzt in jedem Mini-

(Dr. Linnert [FDP])

sterium jeweils ein Gegenspieler der Gegenseite, was sich zweifellos bis in die einzelnen Abteilungen hinein nicht sehr günstig auswirken wird. Dabei verstößt nach unserer Ansicht die Zahl dieser Staatssekretäre gegen den Sinn der Verfassung, wenn man auch versucht, dies doch plausibel zu machen. Wir haben somit ein Kabinett von 10 Ministern und 14 Staatssekretären und können, was die Zahl der Regierungsvertreter anlangt, mit dem britischen Empire und Frankreich konkurrieren.

(Hört, hört!)

Es wäre interessant, im Staatshaushaltsausschuß auch den Herrn Finanzminister dazu zu hören, der doch die Sparsamkeit zu seinem Programm erhoben hat; denn billig ist diese Regierung nicht!

Sieht man sich nun die einzelnen Männer dieser Regierung an, so wird der Begriff der Konzentration noch fragwürdiger. Da sitzt z. B. der Minister für Landwirtschaft, Herr Dr. Baumgartner, zusammen mit dem Minister für Sonderaufgaben, Herrn Lorig. Dabei liegen diese beiden Minister sich vor Gericht in den Haaren!

(Zuruf: Nicht richtig!)

— Dann hat die Presse nicht richtig berichtet!

Ich habe die Reden des Herrn Lorig über Herrn Dr. Baumgartner selbst mit angehört, und ich weiß also, welche Hochachtung die beiden Herren sich entgegenbringen!

(Heiterkeit.)

Seine eigenen Worte waren: „Das ist der Versicherungsagent, der im Lande herumreißt und nichts versteht!“ Das hat er wortwörtlich in Nürnberg gesagt! Jetzt sind sie natürlich sachverständige Minister! Oder wie ist es möglich, daß Herr Lorig einen Eid auf die Verfassung in die Hand eines Präsidenten ablegt, der als sogenannter Sasager von Lorig und seinen Jüngern noch bei der Wahl zum Präsidenten in der größlichen Weise mit Psui-Rufen bedacht wurde?

(Lorig: Weil es in der Verfassung steht!)

Oder wie ist es möglich, daß dieser selbe Minister mit Männern zusammenarbeitet, die er wegen ihrer Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz als größte Nazi-verbrecher bezeichnet hat; oder man erinnere sich der Schlußsitzung der Verfassungsgebenden Landesversammlung, wo der damalige und jetzige Innenminister Seifried mit grobem Geschütz gegen Herrn Lorig aufzufuhr und dieser seinerseits die Antwort nicht schuldig blieb. Wahrhaftig, der Begriff der Konzentration scheint sehr dehnbar zu sein.

Ich glaube, es wird uns niemand verübeln, wenn wir unter diesen Umständen abgelehnt haben uns dieser Regierung anzuschließen. Wenn Herr Lorig behauptet, die Demokraten würden deswegen Opposition treiben, so sage ich darauf: Das hat er selbst noch gestern getan in seinen üblen Zwischenrufen, in denen er bemerkte, daß wir keinen Ministerstempel hätten! Herr Lorig weiß ganz genau, daß wir auch in der Regierung sein könnten, wenn wir gewollt hätten, genau wie er!

(Lorig: Sie wollten ja!)

— Wir haben es abgelehnt, weil wir uns in diese Regierung nicht hineinsetzen wollen.

(Zuruf: Weil Ihr Euch vor der Verantwortung drückt!)

Wir haben den Mut zur Verantwortung, und drum stehen wir hier! Das hört die Öffentlichkeit!

(Heiterkeit.)

Wir müssen uns vor der Öffentlichkeit verantworten, nicht vor ein paar Männern wie Ihr!

(Zuruf: Dann müßt Ihr es anders tun!)

Wie wir das zu tun haben, das richtet sich nicht nach verstaubten Programmen von 1893 oder etwas anderem; wir machen das nach unserer heutigen Auffassung!

(Erregter Widerspruch bei der SPD.)

— Lieber Gott, haltet doch Euren Schnabel mit dem dummen Gerede von den Kapitalisten und den Generaldirektoren!

(Unruhe. — Glocke.)

Bei uns sitzt nicht ein einziger; sehen Sie unsere Abgeordneten an!

(Erneute große Unruhe, heftige Zwischenrufe. — Glocke.)

Herr Vizepräsident, ich bitte mich vor solchen Zwischenrufen zu schützen!

I. Vizepräsident: Herr Abgeordneter Dr. Linnert, ich bitte doch etwas vorsichtiger mit den Ausdrücken zu sein!

Dr. Linnert (FDP): Es tut mir leid, wenn ich den Ausdruck „Schnabel“ gebraucht habe. Aber man soll uns nicht mit solchen üblen Schimpfwörtern kommen, daß wir Vertreter des Geldsacks seien; das geht jeden an, wer es auch sei. Das lehnen wir ab und dagegen wehren wir uns auf das schärfste! Weisen Sie uns einmal den Generaldirektor nach, der bei uns sitzt.

(Lorig: Dr. Bongartz!)

— Wo ist denn der Generaldirektor?

(Lorig: Vertreter der Großindustrie!)

— Vertreter der Großindustrie? Ach nee, das ist mir ganz neu! Aber ich lerne gerne hinzu!

Wir glauben nicht daran, daß dieses Konglomerat von Personen und widerstreitenden Programmen von langer Dauer ist. Wir hoffen vielmehr, daß recht bald eine politische Klärung eintreten wird, die das Vertrauen, das nun die Bevölkerung der neuen Form unserer Volksregierung entgegenbringen soll, rechtfertigen wird. Wenn wir Kritik üben an Sachen und Personen dieser Regierung, so geschieht es nicht um der Opposition willen; denn wir sind der Auffassung, daß eine demokratische Partei die Verpflichtung hat, ein wachsame Auge auf alle Vorgänge des staatlichen Lebens zu haben, um damit der Bevölkerung zu zeigen, daß Demokratie ohne Kritik keine Demokratie ist, sondern zur Diktatur führt, sei es einzelner Personen oder einzelner Parteistellen. Wir erblicken unsere Aufgabe in erster Linie darin, durch positive Vorschläge den Meinungen und Wünschen der hinter uns stehenden Menschen Geltung zu verschaffen. Es gibt viel mehr demokratisch gesinnte Menschen in Bayern, als es dem Stimmenverhältnis unserer Partei entspricht. Wir haben keinen Zweifel daran, daß unsere Stimmenzahl, vielleicht auch die anderer Parteien, eine wesentlich höhere gewesen wäre, wenn nicht eine der undemokratischen Bestimmungen der Verfassung, die Abwürgbestimmung des Art. 14, viele Menschen behindert hätte, den kleineren Parteien ihre Stimmen zu geben.

(Dr. Linnert [SPD])

Auch die Einteilung der bayerischen Wahlkreise bedarf dringend der Korrektur; denn sie begünstigt sehr einseitig die Christlich-Soziale Union. Es ist undemokratisch, wenn in Oberpfalz und Niederbayern schon auf 13 000 Stimmen ein Abgeordneter trifft und in anderen Wahlkreisen, wie Oberbayern, ein Mandat mehr als 20 000 Stimmen erlangen muß. Ich glaube, wir werden bei der Beratung des Wahlgesetzes in dieser Beziehung sehr ernsthafte Nachprüfungen anstellen müssen.

Im übrigen erwarten wir, daß die Regierung die Bedeutung der Opposition in dem Sinne, wie ich eben ausgeführt habe, auch anerkennt. Wir haben in der Verfassungsgebenden Landesversammlung gerade durch die Tätigkeit unseres Parteivorsitzenden Dehler bewiesen, daß wir zu dieser Mitarbeit in vollem Umfang bereit sind. Wenn wir abweichende Meinungen haben, werden wir sie eben verantworten, so gut wir können.

Wir begrüßen das Versprechen der Regierung, in Zukunft alle Beamtenstellen ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit nur nach Eignung zu besetzen. Gerade die Besetzung der verantwortlichen Ministeressel und Staatssekretariate mit Parteipolitikern verlangt, daß die hohen Stellen in den Ministerien nur von Fachleuten ersten Ranges bekleidet werden. Es ist ohnedies in unserem unglücklichen Vaterland in einem unerträglichen Maß die Arbeit der Dienststellen und Behörden beeinträchtigt, weil auf Grund der politischen Umstände an vielen Stellen die Fachleute fehlen und sich dadurch viele dieser Behörden bei allem guten Willen vor beinahe unlösbare Aufgaben gestellt sehen. Nur durch gut ausgebildete Beamte kann in die Verwaltung jene Stetigkeit gebracht werden, die allein ein zielstrebendes Arbeiten möglich macht. Auch die Bevölkerung wird es dankbar begrüßen, wenn sie endlich von Parteibuchbeamten befreit wird und wieder Vertrauen zu den Beamten und Angestellten gewinnen kann,

(Zurufe von der SPD)

— warum fühlen Sie sich denn betroffen? Ich habe kein Wort zu Ihnen gesagt! —, von deren Zuverlässigkeit, Wohl und Wehe unserer notleidenden Bevölkerung abhängt. Der jetzige fortwährende Wechsel und die oft sehr mangelnde Sachkenntnis, die Tatsache, daß immer wieder neue Richtlinien aufgestellt werden, hat dieses notwendige Vertrauen weitgehend zerstört; es muß aber unbedingt wieder ausgerichtet werden.

Leider müssen wir heute schon feststellen, daß bei der Besetzung hoher Posten in den Ministerien dieser Forderung nicht Rechnung getragen wird. Es glaubt doch niemand, daß z. B. die Besetzung der Stelle eines Ministerialrats im Verkehrsministerium durch den früheren Verkehrsminister Helmerich wegen der fachlichen Fähigkeiten des Herrn erfolgt ist; hier war nur die Parteizugehörigkeit ausschlaggebend.

(Zurufe: Oho!)

Das gleiche gilt für manche Stellen im Innenministerium, wo namentlich die Gesundheitsabteilung einem steten Wechsel unterworfen war und jetzt von Leuten besetzt werden soll, die weder die erforderliche Befähigung für dieses Amt nachgewiesen haben, noch auch nach ihrer bisherigen Tätigkeit geeignet erscheinen, als Nachfolger eines Mannes zu dienen, der wie Geheimrat Dieudonné, den ich noch persönlich in

seinem Amt kennengelernt habe, einst Weltruf genossen hat. Daß in dieser Abteilung ein Mann sein Anwesen treiben kann, der von fachkundiger Seite als Psychopath bezeichnet wird, kann wohl nur aus Beziehungen erklärt werden, die mit fachlicher Eignung nichts zu tun haben.

Wir lehnen es auch ab, den reinen Parteiminister im Wirtschaftsministerium als einen Fachminister anzuerkennen,

(Zuruf: Uha!)

obwohl gerade in diesem sehr wichtigen Ministerium eine gründliche Sachkenntnis dringend notwendig wäre.

(Zurufe von der SPD: Herr Erhardt hatte sie wohl!) — Erhardt hat keinen Tag zu uns gehört! Wir haben mit Herrn Erhardt gar nichts zu tun! Eingesetzt hat ihn der sozialdemokratische Ministerpräsident Dr. Hoegner,

(Dr. Hoegner: Nein, die Militärregierung!)

wir nicht! Wir lehnen die Verantwortung dafür ab! In Nürnberg hat Dr. Erhardt öffentlich erklärt, daß er nicht der Demokratischen Partei angehört.

(Zuruf: Nahesteht!)

— Ist das vielleicht ein Verbrechen, wenn er uns nahesteht? Er hat nichts mit uns zu tun. Er ist nicht von uns eingesetzt worden; wir tragen keinerlei Verantwortung für ihn. Es ist aber bezeichnend, daß man jetzt hinterher versucht, Untersuchungsausschüsse in Bezug auf ein Wirtschaftsministerium einzusetzen, das ja schließlich eineinhalb Jahre lang dem Herrn Ministerpräsidenten zur Verfügung stand. Das hätte man damals oft tun können.

(Zuruf: Wir haben das schon vormals getan!)

Wir blicken mit Besorgnis auf den Umstand, daß in den acht Ländern der zwei westlichen Zonen nur Sozialdemokraten als Wirtschaftsminister tätig sind,

(hört, hört!)

— ja, es kommt noch mehr! — die es jetzt schon fertigbrachten, den gewiß fachkundigen Vertreter Dr. Müller zum Abtreten zu zwingen, um auch diesen Posten mit einem Sozialdemokraten zu besetzen. Glauben Sie doch nicht, daß wir deswegen eine Wut haben; der geht ja auch wieder! Unsere Wirtschaft verträgt keine Experimente und nur größte Sachkunde kann uns wieder vorwärts helfen.

(Loritz: Lesen Sie doch Rathenau!)

— Ich weiß nicht, ob Sie ihn gelesen haben; ich wundere mich nur, daß Sie hier einen der ausgeprägtesten Generaldirektoren zitieren! Aber bei Ihnen wundere mich nichts! Dabei fehlt im Wirtschaftsministerium, das mit zwei Staatssekretariaten ausgestattet ist, gerade eine Vertretung desjenigen Teils unserer Wirtschaft, der zum Wiederaufbau dringend benötigt wird, nämlich des Handwerks. So sehr wir auch die Aufblähung der Regierung mit 14 Staatssekretariaten für unnötig halten, so sehr scheint uns ein Staatssekretariat für das Handwerk notwendig zu sein; wir geben gerne ein halbes Duzend anderer Staatssekretäre dafür her! Das Handwerk in Bayern, in dem fast 600 000 tätige Menschen arbeiten, hat Recht und Anspruch auf die gebührende Vertretung in der Regierung;

(sehr richtig!)

wir erheben diese Forderung sehr nachdrücklich.

(Zurufe.)

(Dr. Linnert [FDP])

Wenn wir sehen, daß die Gewerkschaften, obwohl sie nur 350 000 Mitglieder und damit etwa 8 % der wahlfähigen Bevölkerung umfassen, ein ganzes Ministerium und noch andere mit Staatssekretären besetzen, so erscheint uns die Forderung des Handwerks auf Errichtung eines Staatssekretariats nicht mehr wie recht und billig.

(Zurufe.)

Die Zahlen hat Herr Reuter, der Generalsekretär der Gewerkschaften,

(Zuruf: zu welchem Zeitpunkt?)

am Sonntag vor acht Tagen bekanntgegeben.

(Widerspruch bei der SPD.)

— Dann scheint Ihr Generalsekretär seine eigenen Zahlen nicht zu kennen. Ja, er hat noch mehr gesagt, wenn wir uns schon über diese Zahlen unterhalten wollen! Er hat nämlich am vergangenen Sonntag gesagt, daß es in Bayern 2,5 Millionen Angestellte, Arbeiter und Beamte gibt; davon gehören 350 000, also der siebente Teil, den Gewerkschaften an. Trotzdem sagen Sie immer, nur die Gewerkschaften vertreten die arbeitende Bevölkerung. Das ist ja gar nicht richtig.

Ein besonderes Augenmerk bitten wir die Regierung, darauf zu richten und ihren Einfluß bei allen Parteien, allen zuständigen Stellen ernsthaft darauf zu verwenden, daß endlich einmal das Denunziantentum ausgemerzt wird. Wir haben es in sehr vielen Fällen erlebt, daß gerade diese Angeberei viele wertvolle und einwandfreie Kräfte hindert, sich der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen, weil sie, um einen heute beliebten Ausdruck zu gebrauchen — man kennt ihn hier in diesem Kreise —, nicht angeschossen werden wollen.

Darum bekämpfen wir auch den Mißbrauch des freien Wortes, wie er sich hier und da in der Presse und auch im Rundfunk bemerkbar gemacht hat. Wir würden es überhaupt für richtig halten, daß die Regierung mit allem Nachdruck darauf dränge, daß der Rundfunk restlos in deutsche Hände übergeführt wird. Die Errichtung eines zweiten Rundfunks in Nürnberg, wie es ihn früher gab, scheint uns ebenfalls ganz wünschenswert; bei uns in Franken jodelt nämlich nicht alles.

Die rascheste Durchführung der hier vorgetragenen Forderungen in Politik und Verwaltung würde unseres Erachtens ehestens das Ausland veranlassen, auch den deutschen Stimmen sowohl bei der Gestaltung unseres gesamtstaatlichen Lebens als auch unserer außenpolitischen Beziehungen Gehör zu schenken. Dies wird umso mehr der Fall sein, je mehr die erlaubte Kritik an den Maßnahmen und Erwägungen der Siegermächte positive, der Regelung der internationalen Beziehungen dienende Vorschläge enthält.

Wir gedenken mit der Regierung aufs wärmste der Pfalz, die zum Gegenstand der Gedanken und Maßnahmen, die sich aus dem Problem der Sicherheit Frankreichs ergeben, geworden ist. Wir haben volles Verständnis für den Wunsch Frankreichs, sich gegen eine erneute Aggression zu sichern; wir verstehen auch die zum Teil aus den durch den Krieg verursachten Zerstörungen entstandenen wirtschaftlichen Bedürfnisse Frankreichs. Wir glauben aber, daß die

Erfüllung der hieraus resultierenden Wünsche durch Teillösungen, durch die wirtschaftliche Angliederung einzelner deutscher Gebiete nicht zu gewinnen ist. Nur die Einbeziehung eines in seiner Einheit wiederhergestellten, lebensfähigen deutschen Wirtschaftsgebiets in die Pläne einer dem Aufbau aller Staaten dienenden europäischen Zusammenarbeit, nicht das Trennen, sondern das Zusammenfügen und Ergänzen scheint uns geeignet, auch Frankreichs Wünsche zu befriedigen. Wir würden es begrüßen, wenn die von Herrn Churchill wieder angeregten Pläne der Vereinigten Staaten von Europa und die diesbezüglichen Bestrebungen des Grafen Coudenhove-Calergi in weitesten Volkskreisen Europas und Deutschlands Fuß fassen würden. Gerade wir freien Demokraten sehen es unserer ganzen Gesinnung nach als eine unserer schönsten Aufgaben an, an der Verwirklichung dieser Pläne mitzuarbeiten, um dadurch Europa und insbesondere Frankreich und Deutschland den heißersehnten, lange dauernden Frieden zu bringen.

Zu dieser Entwicklung können wir einen bedeutenden Beitrag leisten, indem wir die uns von der Befugungsmacht gegebenen Möglichkeiten ausschöpfen, durch deutsche, parlamentarisch zustandekommende Gesetze verschiedene Gebiete unseres politischen Lebens zu regeln. Wenn wir darnach streben, unser eigenstaatliches Leben baldmöglichst wiederhergestellt zu erhalten, so erscheint uns als das beste Mittel dazu, daß wir im Rahmen der uns zur Zeit belassenen noch sehr engen Grenzen von dem uns gegebenen Recht einen weisen Gebrauch machen. Die Art, wie wir das tun, und die Richtung, die wir dabei einschlagen, werden wesentlich das Tempo bestimmen, in dem die Befugungsmacht die zur Zeit noch durch sie oder von ihr kontrollierte unparlamentarische deutsche Instanzen ausgeübten staatsrechtlichen Funktionen auf deutsche parlamentarische Körperschaften überträgt. Aus der Regierungserklärung, insbesondere aus den Bemerkungen zu den Erklärungen, die General Clay vor dem Länderrat am 8. Januar 1947 gegeben hat, geht hervor, daß den Länderparlamenten zur Zeit gesetzgebende Befugnisse auf vielen der wichtigsten Gebiete nicht zustehen. Wir glauben aber, daß es dem politischen Grundgedanken der Sieger entspricht, wenn auch zu den Fragen, die gesetzgeberisch noch durch den Kontrollrat oder OMGUS, insbesondere aber zu denen, die durch die Zweizonenausschüsse oder die Länder geregelt werden, die Landtage als Sprachrohr der deutschen Bevölkerung ihre Meinung äußern. Die Zweizonenausschüsse setzen sich ja aus Vertretern der Länderregierungen zusammen, die das Stimmrecht für ihr Land ausüben. Es erscheint uns selbstverständlich, daß die Landesregierung, wenn sie ihre Vertreter in den Ausschüssen mit Weisungen versieht, dem Landtag Gelegenheit gibt, zu erörtern und ihr dann kund zu tun, welche Linie er bei Behandlung der einzelnen Probleme eingehalten wissen möchte. Das gleiche gilt für die Vertreter der Landesregierung beim Länderrat.

In diesem Zusammenhang müssen wir darauf hinweisen, daß wir weitgehende Mitwirkung des Parlaments und des Volkes bei der Erörterung und Beschlussfassung über die in den höherstufigen Gremien zu fassenden Entschließungen wünschen und zugleich die Forderung erheben, daß die Ausrichtung der von den einzelnen Ministerien zu vertretenden Auffassungen durch die Minister zu erfolgen hat. Es darf nicht mehr,

(Dr. Linnert [FDP])

wie in der nunmehr abgeschlossenen Übergangszeit wiederholt geschehen, vorkommen, daß die Referenten eine durchaus andere Politik verfolgen als ihre Minister und ihre von diesen abweichende persönliche Meinung in ihrer dienstlichen Eigenschaft in der Öffentlichkeit und in den Gremien des Länderrats vertreten, wie dies z. B. im Arbeitsministerium noch bis in die letzte Zeit vorgekommen ist. Die Ministerialbeamten, in welcher Stellung sie sich auch immer befinden und welche Verdienste sie auch haben mögen, sind nicht Exponenten einzelner politischer oder beruflicher Gruppen, sondern Vertreter des Staates, dessen Willen allein durch das Parlament, die Minister und den Ministerrat gestaltet wird und von den Beamten bei Erfüllung ihrer dienstlichen Aufgaben rückhaltlos zu vertreten ist. Darüber hinaus sollte die Regierung unverzüglich damit aufräumen, daß in grundsätzlichen Fragen die verschiedenen Minister und Ministerien verschiedene Standpunkte einnehmen, wodurch für den Bereich der verschiedenen Ministerien sehr unterschiedliche Bestimmungen gelten und mit Bezug auf gleiche oder ähnliche Tatbestände dem Grundsatz nach verschiedene Entscheidungen gefällt werden. Die Bevölkerung muß und will Klarheit darüber haben, was in den einzelnen Fragen nach Meinung der Regierung recht ist. Dies gilt insbesondere bezüglich der Handhabung der Entnazifizierung, zu der wir noch gesondert Stellung nehmen werden.

Gelegentlich der kommenden Beratung derjenigen Gesetze, die dem Zweck dienen sollen, die Verfassung in die Tat umzusetzen, werden wir Gelegenheit nehmen, auf die betreffenden Probleme einzugehen. Wir werden unser Augenmerk insbesondere auf die Gesetze richten, die der Tätigkeit des Senats gelten, wobei wir dafür eintreten, daß die in der Verfassung gegebenen Möglichkeiten, dem Senat überhaupt eine Bedeutung zu geben, voll ausgeschöpft werden. Wenn diese Bemühungen der Sicherung gegen einseitige Herrschaftsansprüche parteipolitischer Gruppen dienen, so sehen wir in der baldigen Einsetzung des Verfassungsgerichtshofs wie auch der gesamten Verwaltungsgerichtsbarkeit eine weitere Garantie dafür, daß den einzelnen Bürgern gleiche Rechte gesichert werden.

In der gleichen Linie, die Freiheit des Individuums zu sichern und die Mannigfaltigkeit der Eigenarten unseres Volkes zur Wirkung kommen zu lassen, liegt es, wenn wir die Ankündigung der Regierung, daß sie Maßnahmen zur Dezentralisierung der Verwaltung und zur Förderung der Selbstverwaltung ergreifen werde, nachdrücklich begrüßen. Es kommt uns nicht auf irgendwelche Rechte, sondern vielmehr darauf an, daß alle Landesteile den ihrer Eigenart entsprechenden Beitrag auf kulturellem wie wirtschaftlichem Gebiet leisten können. Wir verlangen insbesondere eine Gleichstellung der schwäbischen und fränkischen Volksteile mit den altbayerischen, die dadurch gerechtfertigt ist, daß gerade diese Landesteile den höchsten Steuerertrag für das Land Bayern erarbeiten. Die Zuteilung von Baustoffen und sonstigen Materialien z. B. für die schwer zerstörte Stadt Nürnberg steht in keinem Verhältnis zu den Zuteilungen an andere Gebiete.

(Hört, hört!)

Die Not in unserer Bevölkerung ist groß, am größten aber wohl bei denen, die als Ausgewiesene in unser

Land hereingezwungen wurden. Wer Sicherung des eigenen Besitzstandes, wer die Gewähr dafür wünscht, daß ihm auch erhalten bleibt, was er mit seiner Arbeit für sich und seine Familie geschaffen hat, muß anerkennen, daß auch alle anderen den gleichen Anspruch haben. Er muß darüber hinaus alles tun, auch zu Opfern bereit sein, um diesen berechtigten Anspruch auch der anderen durchzusetzen. Es wäre nach unserer Auffassung nicht mehr als recht und billig gewesen, daß alle Parteien Ausgewiesene und Flüchtlinge an so aussichtsreicher Stelle hätten kandidieren lassen, daß sie auch tatsächlich gewählt worden wären. Wir sind stolz darauf, daß wir als kleinste Fraktion unter unseren neun Abgeordneten einen Flüchtling zählen, womit wir es so weit gebracht haben wie die große CSU und die „soziale“ Sozialdemokratie zusammen, die nur einen Flüchtling in ihren Reihen zählen. Nicht nur aus Gründen der Menschlichkeit, sondern auch auf Grund vernünftiger Erwägungen müssen alle Alteingesessenen sich bereit finden, die Opfer an Gut, aber auch an Rücksichtnahme zu bringen, die allein es möglich machen werden, denen zu helfen, die ohne eigene Schuld durch das Schicksal um alles gekommen sind.

Indem wir so christlichen Geist zur Tat werden lassen, gewinnen wir das Recht, an die ganze Menschheit zu appellieren und sie zur Hilfe für unsere Notleidenden aufzurufen. In vielen Ländern haben sich Tausende von Menschen, meist Angehörige der siegreichen Völker, bereit gefunden, zu helfen. Wir sehen darin die Bekundung eines Geistes, der allein der Menschheit wieder den Frieden bringen und erhalten kann. Je stärker wir selbst diesen Geist bei uns zur Tat werden lassen, desto größeren Widerhall wird unsere ständige Bitte an die Siegermächte finden, daß nicht durch Liebesgaben allein die ärgsten Folgen der Not unserer Flüchtlinge gelindert werden, sondern daß sie durch rasche politische und wirtschaftliche Entscheidungen uns selbst die Möglichkeit geben, unsere Wirtschaft so aufzubauen, damit die um Millionen heimatlos gewordenen Menschen vermehrte Bevölkerung sich selbst ein menschenwürdiges Dasein erarbeiten kann. Es geht nicht allein um unsere materielle Existenz, sondern auch darum, daß ein jeder im Dienst am Frieden und am Wohlstand der gesamten Menschheit die Kräfte der Handfertigkeit wie des Geistes nutzen und dadurch seinem Leben wieder einen tieferen Sinn geben kann. Zuführen an Lebensmitteln und Kleidung helfen zwar im Augenblick, aber nur die Gewähr eines größtmöglichen Wirtschaftspotentials und der zu seiner Ausnützung notwendigen Rohstoffe kann unser Volk davor bewahren, an seiner Zukunft zu verzweifeln und zu einem Bettelvolk zu werden.

Wir erkennen die Arbeit des Staatskommissars für das Flüchtlingswesen durchaus an und wissen, daß wohl gerade er mit die schwierigste Aufgabe zu lösen hat, die jemals eine staatliche Dienststelle zu bewältigen hatte. Der schwierigste Teil dieser Aufgabe besteht darin, diesen vertriebenen Familien wieder ein geordnetes Heim und die Sicherheit eines bescheidenen Besitzes zu geben. Dies kann nach unserer Ansicht nur erreicht werden, wenn Siedlung und Bodenreform als Grundlage für die Unterbringung der Ausgewiesenen in weit großzügigerem Maße durchgeführt wird, als es bisher in Bayern der Fall war.

(Sehr richtig!)

(Dr. Einnert [SP])

Alle Veröffentlichungen, die wir bisher zu dieser Frage erfuhren, scheinen uns anzudeuten, daß man nur sehr ungern an Siedlung und Bodenreform herangeht. Dabei sind wir Demokraten der Ansicht, daß nicht nur für die Flüchtlinge, sondern auch für die gesamte übrige Bevölkerung die Herstellung einer menschenwürdigen Behausung das vordringlichste Gebot überhaupt ist. Wir verstehen unter Siedlung und Bodenreform nicht das, was man in der russischen Zone daraus gemacht hat, sondern wir denken dabei an Art. 155 der Weimarer Verfassung, der die klassische Fassung unserer Wünsche darstellt. Wir lassen uns nicht von einer Voreingenommenheit gegen den Großgrundbesitz in Bayern beeinflussen; denn es handelt sich für uns nicht um politische Forderungen, wenn wir Siedlung und Bodenreform verlangen, sondern einfach darum, allen Volksgenossen nach Möglichkeit ein menschenwürdiges Dasein zu schaffen.

Darüber hinaus sind wir der Ansicht, daß man in Bayern noch außerordentlich viel erreichen könnte, um die Grundlagen unserer Ernährung zu verbessern, wenn die noch gar nicht oder ganz ungenügend ausgenützten Böden durch Melioration ertragreich gestaltet werden könnten. Nach den uns zur Verfügung gestellten Zahlen haben wir mindestens 758 000 ha Bodenvorrat in Bayern, der in kürzester Frist in Ertragsland umgewandelt werden kann. Im ganzen sind über zwei Millionen ha vorhanden, allerdings nicht von der gleichen Güte wie diese 758 000 ha. Früher fehlte es an Arbeitskräften, um dieses Ziel zu erreichen; jetzt können wir den arbeitswilligen Flüchtlingen eine Existenz geben und uns selbst damit entlasten.

Ein besonderer Abelsstand in unserem Land ist die Anwesenheit von Hunderttausenden angeblich deportierter Menschen. Wir müssen die Forderung an die Regierung erheben, daß sie bei der Militärregierung mit allem Nachdruck verlangt, entweder diese Personen in ihre Heimat zurückzuführen

(sehr richtig!)

oder sie aber so bei uns einzugliedern, daß sie unseren Gesetzen und Bestimmungen unterliegen und geordneter Arbeit zugeführt werden können.

(Sehr gut!)

Wir brauchen ja nur auf den starken Anteil dieser Personen an den kriminellen Fällen und auf ihre Beteiligung am Schwarzmarkt hinzuweisen, um darzutun, wie berechtigt unsere Forderung ist.

Wenn im Bericht des Staatsministeriums der Justiz darauf hingewiesen wird, daß in der Rechtspflege ein starker Personalmangel bestehe, so dürfen wir wohl erwarten, daß das schon lange projektierte Gesetz über die Bestellung von Friedensrichtern möglichst rasch dem Landtag vorgelegt wird.

(Dr. Hoegner: Liegt schon vor!)

Damit werden die Berufsrichter von den Bagatellsachen entlastet und stehen für ernste Aufgaben zur Verfügung.

Der Bericht des Ministeriums für Unterricht und Kultus gibt uns Veranlassung, die Wiedereinführung von Elternbeiräten zu fordern.

(Dr. Hundhammer: Ist schon beschlossen!)

Wir erwarten davon eine fruchtbringende Verbindung zwischen Familie und Schule und eine große Unterstützung der unzureichenden Zahl der Lehrkräfte.

Zum Bericht des Staatsministeriums der Finanzen fragen wir an, warum in Bayern erst seit dem 1. Januar 1947 die Kirchensteuer als abzugsfähig von der Einkommensteuer anerkannt wurde, während in der englischen Zone auf Grund des gleichen Gesetzes Nr. 12 des Kontrollrats dies schon seit dem 1. Januar 1946 zugelassen ist. Es ist zweifellos noch ein Überbleibsel aus der Nazizeit, daß die Kirchensteuer nicht abgezogen werden durfte, weil man damit die Leute zum Austritt aus der Kirche veranlassen wollte. Wir hoffen also, daß das Finanzministerium diesem Teil der Gesetzgebung entsprechend der Regelung in der englischen Zone noch rückwirkende Kraft für das Jahr 1946 verleiht.

(Ministerpräsident Dr. Ehard: Das wurde von der Militärregierung nicht genehmigt. — Dr. Hoegner: Schon im Frühjahr 1946 hat der Ministerrat das der Militärregierung vorgelegt.)

— Dann müssen Sie es wieder versuchen.

Wir erwarten vom Finanzministerium, daß es alles tut, um die bayerischen Privatbanken, die einen ganz großen Anteil zum Aufbau der bayerischen Wirtschaft beigetragen haben, nicht nur am Leben zu erhalten, sondern sie nach Möglichkeit zu unterstützen. Ohne die Initiative der Privatbanken hätte unsere bayerische Wirtschaft niemals den großen Aufschwung nehmen können. Wir hoffen, daß die neugegründete Landeszentralbank in diesem Sinne mit den Privatbanken zusammenarbeitet. Das gleiche gilt auch für unsere Sparkassen, die sich wieder aktiv in das Geldgeschäft einschalten müssen, um wie früher vor allen Dingen den kleinen Geschäftsleuten und den Handwerkern wirtschaftlich zu helfen. Im Bericht des Arbeitsministeriums wird von einer grundsätzlichen Reform unserer Sozialversicherung gesprochen, die in enger Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften durchgeführt werden soll. Wir sehen keine Veranlassung, das bewährte Gebäude unserer Sozialversicherung so umzugestalten, wie es uns aus den bisherigen Entwürfen im Länderrat bekannt geworden ist. Die allgemeine Versicherung nach Robert Ley'schem Muster lehnen wir ganz entschieden ab. Wir haben auch kein Verständnis dafür, daß in dieser Frage nur die Gewerkschaften gehört werden sollen. Ein demokratischer Staat zieht alle an der Sozialversicherung beteiligten Kreise heran, und dazu gehören in erster Linie die in freier Wahl aufgestellten Vertreter aller Versicherten und die mit der Durchführung der Versicherung besonders vertrauten Kreise wie z. B. die Ärzteschaft, die nicht nur Lohnsklaven der Rassen sein wollen, sondern weiß Gott, und das wird den Ärzten ja immer vorgehalten, den Hauptanteil an der Durchführung der Versorgung tragen.

(Zuruf: Kümmern Sie sich auch um die Lohnsklaven in der Industrie?)

— Ein verantwortungsbewußter Arzt, und solche gibt es Gott sei Dank massenhaft, kümmert sich auch um diese Frage, das dürfen Sie mir glauben. Wir treten ein für die Erhaltung der bisher bestehenden Rassenarten, insbesondere für die Betriebskrankenkassen und Ersatzkrankenkassen der Angestellten, und wollen auch den Handwerkerinnungen, die wohl die ältesten Träger einer Sozialversicherung überhaupt sind, das Recht auf

(Dr. Einnert [SP])

eine eigene Sozialversicherung zugestehen. Die Bestrebungen im Arbeitsministerium auf diesem Gebiet werden wir mit scharfen Augen beobachten und die ganz einseitige Stellungnahme bekämpfen, die sich dort bisher gezeigt hat.

Immer wieder müssen wir mit allem Nachdruck darauf hinweisen, daß den Menschen das verlorene Vertrauen in die staatlichen Institutionen, in die Gerechtigkeit und in die Gesellschaft, daß sie ihnen Halt, Sicherheit und Schutz gewähre, wieder gegeben werden muß. Jeder Baustein unseres gesellschaftlichen Gebäudes muß von Schmutz oder Staub gereinigt werden. Nichts schadet dem Wachstum unseres jungen demokratischen Staates so sehr als das Pharisäertum, das mit dem Finger auf den Nächsten weist, der größere Schuld daran trägt, daß der Nationalsozialismus zur Macht gelangte und unsägliches Elend über die Welt brachte. Wir müssen uns von allem Gedankengut, das der Nationalsozialismus geschaffen oder erfunden hat, befreien, und der Weg zu diesem geistigen Wandel führt über Sühne oder gerechte Strafe. Aber hüten wir uns davor, die Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus darin zu erblicken, daß möglichst viele Menschen eine äußere Strafe erhalten; hüten wir uns gar davor, das Mittel zur Säuberung unseres Volkes darin zu sehen, daß viele unserer Mitmenschen deklassiert werden. Nur wenn die Entnazifizierung weit über die Kreise der Betroffenen hinaus einen Gesinnungswechsel bewirkt, der seine stärkste Stütze darin findet, daß neue, die Menschen verbindende Ideen allein ein besseres, sinnvolleres Dasein gewähren werden, kann sie eine wirkliche Befreiung von den Geistern der Vergangenheit fördern. Der Nationalsozialismus hat eine Aufspaltung unseres Volkes in Zünftige und Unzünftige, in Parteigenossen, die die Elite der Nation sein sollten, und in Volksgenossen, die geduldet als Menschen zweiter Klasse angesehen und danach behandelt wurden, geschaffen. Viele haben als Deklassierte all diese Jahre der seelischen Not nur überstehen können, weil die Hoffnung sie aufrecht erhielt, daß dereinst die Achtung vor der Würde des Menschen, die Gleichheit im Ansehen aller, Gerechtigkeit und Freiheit des Individuums wieder hergestellt würden. Dafür haben sie gelitten, dafür haben viele der Besten einen qualvollen Tod erlitten.

Wenn wir heute die Macht haben, zu strafen, wenn wir zugleich aber nach Sicherheit vor einem Wiederaufleben nationalsozialistischer Irrlehren und der Mißachtung aller Menschenrechte streben, so müssen wir uns hüten, die Aufspaltung unseres Volkes zu verewigen, indem wir, allerdings mit umgekehrtem Vorzeichen, die einen als vollwertige, die anderen als minderwertige Bürger abstempeln. Nicht darum geht es, Schuld zu leugnen, wo sie besteht, sondern dort, wo sie entschuldbar erscheint, die Bahn frei zu machen für den Beginn eines neuen Lebens. Dies allein und nicht der Versuch einer neuen, an Daten oder materiellen Merkmalen orientierten Klassifizierung wird der Tiefe des Problems, aber auch den Ermägungen der Vernunft und der Notwendigkeit innerer Umkehr gerecht. Wir hoffen, daß der Wunsch der Regierung auf Einigung aus diesem Geiste kommt; die Entnazifizierung muß frei von parteipolitischen Aspirationen in diese Richtung gelenkt werden. Die lange vergeblich erwartete Bestrafung derer, die wirklich Verbrechen begangen,

begünstigt oder ermöglicht haben, sowie derjenigen, die wirklich Nutznießer des verflorenen Regimes waren, muß rasch und doch sorgfältig durchgeführt und zu einem endgültigen Ende gebracht werden. Das wird aber nur der Fall sein, wenn die Regierung dafür sorgt, daß jeder, der seine Strafe abgehüßt hat, auch wieder mit allen Rechten und Pflichten in die Gesellschaft aufgenommen und eingegliedert wird.

Es muß damit Schluß gemacht werden, daß in den Bereichen der verschiedenen Ministerien unterschiedliche Entnazifizierungsmaßstäbe gelten. Das rechtskräftige Urteil der Spruchkammern muß der alleinige Maßstab sein, der bestimmend ist für die staatsbürgerlichen Rechte, die einem Betroffenen zustehen. Der gegenwärtige Zustand der Rechtsunsicherheit, der dem seiner Strafe Ledigen keineswegs die Gewähr dafür bietet, daß ihn beispielsweise die freie Ausübung seines Berufs, der Beitritt zu Organisationen, die Übernahme von Ehrenämtern gestattet wird, ist unwürdig, schafft Not und Verbitterung, wo Zuversicht allein dem Ganzen dienlich wäre. Wenn einzelne Stellen sich darauf berufen, daß sie nach Sonderbestimmungen der Militärregierung handelten, so ist es Sache der Regierung, bei der Militärregierung unter Darlegung der tieferen Zusammenhänge eine entsprechende Änderung dieser Richtlinien zu erbitten.

In diesem Zusammenhang glaube ich darauf hinweisen zu dürfen, daß es ein vordringliches Gebot ist, und ich darf annehmen, daß auch in diesem Sinne etwas geschieht oder noch geschehen wird, um unsere Hochschullehrerstellen doch nach etwas anderen Gesichtspunkten, als bisher der Fall gewesen ist, zu besetzen. Es ist ja ein Sammer, wenn man heute die Studierenden hört, wie sie unterrichtet werden, mit welchen Mitteln und mit welchen Lehrkräften. So können wir die Zukunft unserer Nation, und das ist doch schließlich die Jugend, besonders die akademische Jugend, nicht aufbauen. Es muß hier zu Gunsten der Jugend mit etwas weiterem Herzen verfahren werden. Ich richte die dringende Bitte an unsere Regierung, gerade in diesem Zusammenhang dafür Sorge zu tragen, daß das Herz der Militärregierung in diesem Punkte der Hochschullehrerbefetzung etwas offener ist, als das bisher der Fall war.

Wir freien Demokraten hoffen, daß eine auf diesen Gedanken fußende Entnazifizierungspolitik der Erneuerung unseres Volkes und Staates dienen wird. Wir wenden uns aber mit aller Schärfe dagegen, wenn der Sonderminister Herr Lorig versucht, unter Mißachtung des klaren Wortlauts des Säuberungsgesetzes gewissen Kategorien von Mitläufern in demagogischer Form Versprechungen zu machen, die er nur dann halten kann, wenn das Gesetz selbst tatsächlich geändert würde. Derartige Versprechungen erwecken für kurze Zeit Hoffnungen in den Betroffenen, denen aber nur eine schlimmere Enttäuschung folgen muß. Wir würden es begrüßen, wenn weitere Erleichterungen geschaffen werden könnten, lehnen es aber ab, Versprechungen zu machen, die nicht gehalten werden können. Der Abgeordnete Prechtel hat hier heute einen Antrag überreichen lassen, der sich mit Änderungen des Säuberungsgesetzes befaßt. Wir waren noch nicht in der Lage, die Vorschläge genau zu prüfen; aber wir glauben, ein flüchtiger Überblick überzeugt schon, daß hier Forderungen gestellt werden, denen wir zustimmen können. Das Säuberungsgesetz bedarf dringend der Änderung und einer klareren Fassung.

(Dr. Eimmert [FDP])

Aber bei diesem Sonderminister ist es nicht bloß bei Worten geblieben, sondern er hat auch Handlungen begangen, die nach unserer Ansicht geeignet sind, das Vertrauen in die ausführenden Organe bei der Durchführung des Säuberungsgesetzes schwer zu erschüttern. So hat Herr Loriz den Vorsitzenden und Ankläger der Spruchkammer in Mühldorf kurzerhand telegraphisch abgesetzt, ohne diese Seite überhaupt gehört zu haben. Diese flagrante Verletzung des einfachsten Rechtsstandpunkts, nämlich beide Teile zu hören, wird zwar von manchen Leuten als eine sogenannte Tat bezeichnet, ist aber in Wirklichkeit nichts weiter als krasses Unrecht. Solche Methoden haben wir 12 Jahre lang erlebt und eigentlich sollten wir genug davon haben. In die gleiche Kategorie gehört auch das Vorgehen gegen den als Hauptschuldigen verurteilten Arzt Dr. Sonntag in Rempten. Dieser Mann, dessen Handeln wir durchaus nicht entschuldigen wollen, wurde ohne Mantel und Hut im Winter gefesselt ins Gefängnis geführt. Solche Methoden sind Erinnerungen an die Nazizeit; sie müssen bei uns verschwinden.

(Staatsminister Loriz: Ein Nazi, und was für einer! Der Leute ins R3 gebracht hat! Informieren Sie da oben sich besser, bevor Sie reden!)

— Herr Loriz, wir haben uns schon informiert, es war nicht notwendig, einen Mann im Winter ohne Hut und Mantel gefesselt über die Straße zu führen. Das erinnert an die Methoden der Vergangenheit und ist auch ganz undemokratisch.

(Zurufe.)

Zu den Fragen der Wirtschaft haben wir noch einige grundsätzliche Bemerkungen zu machen. Wir hätten es begrüßt, wenn die Regierung klar und eindeutig die Richtung aufgezeigt hätte, in der sich ihre Wirtschaftspolitik bewegen soll. Aber die Schwierigkeiten sind wir uns im klaren. Wir wissen, daß keine noch so gut gemeinte Wirtschaftspolitik uns aus dem Elend herausführen kann, wenn die Siegermächte uns nicht die Grundlagen belassen, auf denen ein Wirtschaftsgebäude, das groß genug ist, alle Hungernden in sich aufzunehmen, verlässlich ruhen kann.

Aber auch in dem Bereich, der unserem eigenen Handeln überlassen ist, sind schwerwiegende Entscheidungen zu treffen. Gerade hier werden sich die Schwächen der gegenwärtigen Koalitionsregierung offenbaren und für die Zukunft unseres Volkes verhängnisvoll auswirken. Das Vertrauen in die wirtschaftliche Ordnung und die Absichten derjenigen, die diese Ordnung gestalten, ist eine der wesentlichen dynamischen Kräfte des Wirtschaftslebens. Die Programme der Regierungspartner enthalten aber gegensätzliche wirtschaftspolitische Grundsätze. Wir müssen unsere Frage wiederholen: Steht die Regierung auf dem Boden des Aktionsprogramms der SPD Bayerns oder auf dem der 30 Punkte der CSU? Will sie ihren Erwägungen und Maßnahmen eine Synthese beider Programme, die gar nicht zu schaffen ist, zugrunde legen? Wir erwarten hierüber eine klare Auskunft. Wir müssen nachdrücklichst davor warnen, in diesem Augenblick des wirtschaftlichen Chaos, bei dem gegenwärtigen Zustand von Handel und Gewerbe, der durch das Abreißen nahezu aller Fäden zwischen den verschiedenen deutschen Wirtschaftsgebieten entstanden ist, mit Wirtschaftstheorien und Dogmen zu experimentieren.

Für den Außenhandel hat man ja die unglaubliche Bestimmung des Hoegner'schen Verfassungsentwurfs, wonach der Außenhandel vom Staat geleitet wird, glücklich zu Fall gebracht. Aber wir lehnen auch für den Binnenhandel die Fortsetzung einer sogenannten Planwirtschaft restlos ab, die uns vielmehr überhaupt nicht als eine Wirtschaft, sondern als das Diktat unbegabter Bürokraten erscheint. Wenn wir für die freie Wirtschaft eintreten, so denkt niemand von uns an eine Wiederkehr des liberalistischen Manchesterturns vor hundert Jahren, das genau so verstaubt ist wie das damalige kommunistische Manifest, sondern wir stellen diesen Begriff in scharfen Gegensatz zur Zwangswirtschaft. Was auf dem Gebiet der Zwangswirtschaft alles möglich ist, haben die Veröffentlichungen in den Zeitungen zur Genüge aufgezeigt. Der Zeitpunkt, über die Frage zu sprechen, ob eine sozialistische Planwirtschaft, eine gelenkte oder eine freie Wirtschaft für die Gestaltung unserer wirtschaftlichen und sozialen Zukunft erfolgversprechender ist, wird erst dann gekommen sein, wenn ordnende Hände den Wirtschaftsapparat wieder funktionsfähig gemacht haben. Wir werden das abwarten müssen und wenn Sie „Das Kapital“ von Marx nachlesen, dann werden Sie darin finden, daß der Übergang zur sozialistischen Wirtschaft von einer aufblühenden und bis auf das Höchste gesteigerten Wirtschaft abhängig gemacht wird und niemals von einem niedergebrochenen, zusammengebrochenen Staat, in dem man nicht experimentieren kann und soll. Wir machen sonst noch mehr kaputt als schon kaputt ist.

Überall und bei allen Gelegenheiten haben wir unsere Bedenken in diesem Sinne geltend gemacht. Dies geschah nicht, weil wir die Auseinandersetzung mit dem sozialistischen Planwirtschaftsgedanken scheuten, denen wir von jeher als einzige Partei eindeutig entgegengetreten sind, nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen, sondern vornehmlich um der Errichtung demokratischer Lebensformen willen. Ehe nicht wenigstens das nackte Leben gesichert und eine gewisse Stabilisierung der Verhältnisse eingetreten ist, ist auch schon der Versuch derartiger grundsätzlicher Umstellungen nicht zu verantworten. Jeder Versuch einer politischen oder wirtschaftlichen Gruppe, der natürlichen Entwicklung vorzugreifen, erweckt den Verdacht, daß hier ein Teil der Bevölkerung die allgemeine Verwirrung, die Unübersichtlichkeit der Verhältnisse, die den Blick für die Bedeutung derartiger Maßnahmen trübt, benützt, um eigene Machtansprüche auf Kosten der übrigen Bevölkerungskreise durchzusetzen.

(Sehr richtig! bei der FDP.)

Wir erheben deshalb erneut die Forderung, daß in den bizonalen Organisationen, in denen nach Erklärung der amerikanischen und englischen Militärregierung die Deutschen selbständig arbeiten können, der Wille des Volkes zum Ausdruck kommt.

(Sehr richtig! bei der FDP.)

Aber schon zu Beginn einer parlamentarischen Tätigkeit müssen wir feststellen, daß es den Sozialdemokraten durch Benutzung der uns vor 1933 sattfam bekannten Parteitaktik gelungen ist, das für den Aufbau Deutschlands so wesentliche Zentralamt für Aufbau in Minden allein in ihre Hände zu bekommen. Es wurde damit der wirtschaftliche Wiederaufbau der beiden Zonen in die Hände einer Minderheitspartei gespielt,

(Dr. Linnert [FDP])

die wirtschaftspolitische Anschauungen vertritt, die durchaus nicht von der Mehrheit des deutschen Volkes in diesen Zonen gebilligt werden. Es steht eindeutig fest, daß hinter den Sozialdemokraten nicht die Mehrheit des deutschen Volkes steht. Wenn Sie demokratisch sein wollen, müssen Sie die Mehrheit anerkennen und nicht versuchen, sie auf Umwegen zu übertölpeln.

(Widerspruch bei der SPD. — Beifall bei der FDP.)

Es wiederholt sich dabei die Parteitaktik, die wir hier schon früher gekannt haben, die aus den verflochtenen Jahren so fattsam bekannte „einheitliche Meinungsbildung“ der Beteiligten. Denn zum Erstaunen aller stellten bei der ersten Sitzung nach den Wahlen in Minden die acht sozialdemokratischen Wirtschaftsminister einstimmig ihr Mißtrauen gegen den bisherigen Leiter des Zentralamts Dr. Müller fest, und sie wählten ebenso einstimmig ihren Parteifreund Dr. Agarz zum neuen Leiter. Jedermann weiß, daß die Wahlergebnisse weder in Bayern noch in Württemberg-Baden noch in Hessen der SPD und ihren Wirtschaftstheorien eine Mehrheit gebracht haben.

(Widerspruch bei der SPD. — Zuruf: in Hessen!)

Auch in Hessen haben Sie keine Mehrheit, außer Sie rechnen die Kommunisten dazu, die Sie ja nicht haben wollen. Wir fragen deshalb die Regierung: Welche Sicherungen haben Sie vorgesehen, daß der bayerische sozialistische Wirtschaftsminister in Minden den Willen der Mehrheit des bayerischen Volkes vertritt und nicht nur als Befehlsempfänger des Herrn Dr. Schumacher fungiert?

(Beifall bei der FDP.)

Warum ist Herr Dr. Zorn erst nach Hannover gefahren?

(Zuruf von der SPD: Er war nicht dort!)

Wir vertreten zunächst das bayerische Land und der bayerische Minister hat sich, so lautet unsere Verfassung, nach den Weisungen des Ministerpräsidenten zu richten.

(Dr. Hoegner: Er ist dem Landtag politisch verantwortlich!)

Ich kann mir nicht vorstellen, daß der Ministerpräsident des Landes Bayern dieser Wirtschaftspolitik seine Zustimmung gibt, deren Ergebnisse wir nun hier sehen.

Und was war die erste Tat des Sozialdemokraten Dr. Agarz? Er löste die Fachkommissionen auf, in denen auch die Vertreter der Wirtschaft Sitz und Stimmen hatten, um sie durch rein behördliche Gremien zu ersetzen, die natürlich nach seinem Willen zusammengesetzt sind. Die Fachkommissionen gaben die wünschenswerte Gelegenheit, die auf demokratischer Grundlage gewählten Selbstverwaltungsorgane der Wirtschaft an den wirtschaftlichen Aufgaben teilnehmen zu lassen, wie dies in Art. 154 der bayerischen Verfassung verlangt wird. Nun sehen wir, daß unter Führung der Sozialdemokratie die Diktatur der Bürokratie für die beiden Zonen vereinigt werden soll. Es sind führende Sozialdemokraten — und wir sind nicht arglos genug, anzunehmen, daß sie ohne Weisung der Parteiführung oder gar gegen deren Wunsch handeln, die Bürokratismus und Zentralismus wieder aufrichten, die kaum erst gestürzten Pfeiler autoritärer Regierung. Wen kann es da wundern, daß in diesem Mindener Hort des Zentralismus und der sozialdemokratischen Reaktion —

(Heiterkeit bei der SPD)

— jawohl, es gibt auch bei Ihnen eine Reaktion! Was das Wort Reaktion heißt, wissen Sie selbst. —

(Zuruf von der SPD: Sie machen Witze!)

— Warum soll ich keine Witze machen? Der Ernst des Lebens ist bitter genug, so daß es manchmal gar nicht schadet, wenn der Humor in Form von Rühr-eiern und Ochsenaugen oder in anderer Form zutage tritt. Wen kann es da also, sage ich, wundern, daß dort auch Personen wieder Fuß fassen, die interessanterweise zu den Stützen der nazistischen Planwirtschaft und der sogenannten Reichsstellen gehörten? Wo bleibt da der sozialistische Gedanke der bayerischen Sozialdemokratie? Es sind Angriffe in der „Neuen Zeitung“ und in anderen Blättern gegen die Zusammensetzung dieser Mindener Bürokratie erfolgt.

Wir haben bis jetzt leider feststellen müssen, daß auch im neuen Bayerischen Landtag die Beschlüsse, sich auf Wochen zu vertagen, wohl die wesentlichsten Beschlüsse waren. Wir verlangen, daß die vom Volk gewählten Vertreter auch wirklich Gelegenheit haben, ihre Meinung zu der gegenwärtigen politischen Situation und zu den vielen Gesetzen, die uns nun bevorstehen, in ausreichendem Maße kundzutun. Denn das sind wir unseren Wählern schuldig. Wir haben es bedauert, daß zwischen den einzelnen Tagungen so lange Pausen eingeschaltet wurden. Wir legen Wert darauf, daß der Landtag redet und beschließt. Der Landtag wird und muß sich auch die Zeit nehmen zu eingehenden Beratungen; denn das ist seine Pflicht. Sonst kommt es wirklich zur Diktatur der Abgeordneten, wie sie Herr Lortz früher in schärfsten Worten bekämpft hat.

Bei der Betrachtung der Regierungserklärung fällt uns wieder der im Grunde separatistische Geist gewisser Koalitionsparteien auf, den wir vor den Wahlen durch unser Eintreten für Gesamtdeutschland bekämpft haben. Der Herr Ministerpräsident bezeichnete die deutschen Gebiete östlich der Oder und Neiße, die unter polnischer Verwaltung stehen, als „ehemalige Reichsgebiete“. Das steht wortwörtlich darin.

(Ministerpräsident Dr. Ehard: Das ist nicht richtig!)

— Wir wenden uns mit Schärfe gegen derartige Ausdrücke, die einen Teil Deutschlands schon jetzt aufgeben, über dessen Schicksal noch nicht endgültig entschieden ist. So wie die Polen nach der völligen Zerstörung ihres Reiches über ein Jahrhundert lang sangen „Noch ist Polen nicht verloren“, so geben auch wir diesen wertvollen Teil Deutschlands so lange nicht auf, als uns ein Diktat der Siegermächte nicht dazu zwingt. Das Elend Deutschlands würde noch größer, wenn ihm dieser für seine Ernährung wertvolle Teil abgetrennt würde, der Jahrhunderte lang von Deutschen bearbeitet worden ist. Die Grundzüge der Atlantic Charter sollen doch für die ganze Menschheit gelten?

Die Fraktion der Freien Demokratischen Partei hat mit meinen Ausführungen versucht, ein Bild davon zu geben, wie wir uns den demokratischen Aufbau und Ausbau des Landes Bayern vorstellen. Wie wir schon in der Verfassungsgebenden Landesversammlung immer wieder betont haben, ist das Land Bayern nur ein Teil dessen, womit sich unsere Sorgen beschäftigen. Nach unserer Überzeugung kann auch Bayern nur leben, wenn Deutschland lebt. Vielleicht will man uns wieder den Vorwurf machen, daß wir nationalsozialistische Instinkte benützen wollen, um Wähler

(Dr. Linnert [SPD])

zu fangen, was ja, wenn Herr Dr. Lacherbauer recht hat, erst in vier Jahren wieder erfolgt. Diese törichte Behauptung, die auch der vorhergehende Ministerpräsident Dr. Hoegner in einem Interview zum Ausdruck brachte, braucht keine Widerlegung, wenn man sieht, daß auch die Sozialdemokratische Partei mit Dr. Schumacher und Dr. Hoegner ihre letzte Versammlung unter dem Thema abhielten: „Es geht um Deutschland“.

(Zuruf von der SPD: War bei uns immer so!)

— Dann sollte man aber nicht hingehen und Märchen erzählen, wie Herr Dr. Hoegner: Die Demokraten — von denen haben wir gar nicht erwartet, daß sie in den Landtag zurückkehren. Aber in Franken, ja da gab es früher Liberale und dann wurden sie Deutschnationale — das hat er wortwörtlich gesagt, vielleicht wird das auch wieder irgendwo berichtet, wo man es nicht liest —

(Heiterkeit)

und die Deutschnationalen wurden selbstverständlich zu Nazisten, und die Nazisten wurden zu Demokraten.

(Dr. Hoegner: Das ist leider die Wahrheit!)

Meine verehrten Anwesenden! Oberfranken und Mittelfranken sind die einzigen Wahlkreise, in denen auch die Sozialdemokraten mehr als 30% der Stimmen erhalten haben. Die Mehrheit der Sozialdemokraten stammt von dort. Sicher waren das keine Nazisten. Wie kann man an so verantwortungsvoller Stelle stehen und so billige Sprüche machen wollen!

(Wimmer: Wo sind die Liberalen von 1919 bis 1933 gewesen?)

— Herr Wimmer, ich kann Ihnen sagen: ich persönlich bin im Jahre 1931 aus der Demokratischen Partei ausgetreten, weil mir diese Richtung nicht gefallen hat. Es hat noch mehr Leute gegeben, denen sie nicht gefallen hat. Umsonst hat sie nicht soviel Stimmen verloren. Damit haben wir nichts zu tun, ich glaube, das dürfen Sie einem anständigen Menschen glauben, wenn er es Ihnen sagt.

Wir wissen, daß wir diesmal einem sogenannten Frieden entgegen gehen, der Härten für unser ganzes Volk bringen wird, deren Auswirkungen noch niemand voraussehen kann. Dieses Schicksal müssen wir gemeinschaftlich tragen und sollen das auch tun und lehnen alle Bestrebungen ab, die Deutschland in die Zeit nach 1648 zurückführen wollen. Wir wollen nicht einen Bund von Staaten, die sogar durch eigene Gesandte im Ausland vertreten sein können, sondern wir wollen einen Bundesstaat mit einer einheitlichen Regierung, die vom ganzen deutschen Volk gewählt und sich in mühsamer Kleinarbeit das Ansehen erwerben wird, das notwendig ist, um aufgenommen zu werden in den Bund freier Nationen. Von diesem Gesichtspunkt wird auch die Arbeit der Freien Demokratischen Partei in Bayern geleitet sein.

(Lebhafter Beifall bei der SPD.)

Präsident: Ich möchte mich gegen eine Bemerkung des Vorredners wenden: Die Vertagung des Landtags auf den 29. Januar ist durch einstimmigen Beschluß erfolgt. Außerdem möchte ich feststellen, daß der Abgeordnete Dr. Linnert jetzt in einer großen Rede an Kritik und Bemerkungen reichlich das nachgeholt hat, was er inzwischen versäumt hatte.

(Dr. Hoegner: Und an unparlamentarischen Ausdrücken ebenfalls.)

Das Wort hat der Herr Staatsminister Lorig.

Staatsminister Lorig: Meine Damen und Herren! Der Abgeordnete Dr. Linnert hat hier zwei Fälle genannt, in denen angeblich vom Sonderministerium und von mir aus Handlungen vorgenommen worden seien, die gegen das Rechtsempfinden verstoßen. Er hat den Fall Mühldorf und den Fall Dr. Sonntag genannt. Ich weiß, im Falle Mühldorf hat eine gewisse Presse, nicht alle Zeitungen, aber einige, sich ebenfalls an diesem Kesseltreiben gegen das Sonderministerium beteiligt. Aber es wäre Pflicht des Abgeordneten Dr. Linnert gewesen, von sich aus zu versuchen, den Dingen auf den Grund zu gehen und sich zu vergewissern, wie denn die Lage tatsächlich ist, bevor er so unerhörte Vorwürfe hier gegen die Regierung zu erheben wagt.

Wie war es im Falle Mühldorf? Ich will es Ihnen kurz schildern. Am Samstag, den 11. ds. Mts. kam der Landrat Gofzner, der nebenbei bemerkt von sämtlichen Parteien im Landkreis Mühldorf zum Landrat gewählt wurde, von der CSU genau so wie von der SPD und sogar auch von der KPD, wenn ich recht informiert bin, zu mir und zeigte mir eine einseitige Anordnung des dortigen Spruchkammervorsitzenden auf totales Beschäftigungs- und Arbeitsverbot gegen Gofzner. Ich habe dieses Material selbstverständlich sofort geprüft und konnte feststellen, daß diese Anordnung auf totales Arbeitsverbot, die den Landrat also praktisch seines Dienstes enthoben hat, gestützt war auf die Zeugenschaft eines gewissen Klinke, der politisch schwerstens und kriminell schwer belastet ist.

(Hört, hört!)

Dieser Mann hat sich der Anstiftung zu einer Abtreibung schuldig gemacht. Dieser Mann ist in betrunkenem Zustand mit einem Dienstwagen bei einer Hamsterfahrt an einen Baum gefahren und hat dabei einen Menschen fahrlässig getötet. Dieser Mann hat 1200 Reichsmark aus der öffentlichen Kasse dort entliehen und nicht mehr zurückgegeben. Dieser Mann war Träger des goldenen HS-Abzeichens und ist als fanatischer Nazi in den dortigen Kreisen bekannt. Dieser Herr Klinke —

(Zuruf: Stimmt nicht!)

— Das stimmt! Herr Klinke, so habe ich gemeint und Sie haben dazwischen gerufen: stimmt nicht! Ich höre leider ziemlich gut.

(Zuruf: Aber falsch!)

— Oh seien Sie froh, wenn nur das falsch ist, was Sie da gesagt haben! Ich muß Ihnen schildern, wie der Fall Mühldorf liegt. Herr Linnert, wenn Sie zwei Sätze noch warten würden in Ihrem jugendlichen Ungeflüm,

(Heiterkeit)

dann würde Ihnen sogleich klar, wie die Zusammenhänge sind. Dieser Klinke also wollte durch diese einseitige Anordnung zum Landrat gemacht werden. Dieser Klinke steckte zusammen mit dem öffentlichen Kläger August Kolb, und dieser öffentliche Kläger August Kolb hat die einseitige Anordnung erwirkt, indem er es verstand, den Vorsitzenden der dortigen Spruchkammer zur Unterschrift zu bewegen, ohne daß dieser den Fall prüfte. Das hat der Spruchkammervorsitzende selbst vor Zeugen erklärt. Selbstverständlich darf ein Spruchkammervorsitzender niemals einen

(Staatsminister Loritz)

Antrag des öffentlichen Klägers unterschreiben, ohne ihn vorher genauestens zu prüfen.

Wer ist nun dieser Herr August Kolb? Herr August Kolb wurde von mir sofort vorläufig seines Dienstes enthoben, ja, das stimmt, und zwar auf Grund sorgsamster Beweisaufnahme. Es wurde dabei festgestellt, um welche Persönlichkeit es sich bei diesem August Kolb handelt. Herr August Kolb hat nicht bloß unbefugt den Titel Rechtsanwalt geführt, obwohl er noch niemals ein juristisches Examen gemacht hat. Er berief sich hierbei auf eine angebliche Verfügung der Militärregierung, die überhaupt nicht ergangen ist. Niemals hat die Militärregierung in Bayern einen Nichtjuristen zu einem Rechtsanwalt gemacht, genau sowenig wie sie einen Laien jemals zu einem Arzt gemacht hat. Was hat dieser August Kolb sonst noch auf dem Kerbholz? August Kolb ist ein Mann, der sich nicht geschämt hat, gleichzeitig Leute vor den Entnazifizierungsinstanzen als angeblicher Rechtsanwalt zu vertreten und als Richter über diese selben Leute tätig zu sein. Das ist selbstverständlich das schwerste dienstliche Vergehen, dessen er sich überhaupt schuldig machen konnte. Dieser August Kolb hat es auf diese Weise verstanden, eine ganze Reihe von Obernazis reinwaschen zu lassen.

(Hört, hört!)

Hier ist der Wortlaut eines der Originaldokumente, die mir über diesen August Kolb, „Rechtsanwalt“ in Mühlendorf, zur Verfügung stehen. Hier schreibt August Kolb, Rechtsanwalt in Mühlendorf, an Herrn Josef Egger, einen Großhändler in nahrhaften Dingen, einstweilen vertraulich am 8. Januar 1947:

Wie Sie bereits durch uns erfahren haben, habe ich die Ausübung Ihrer Tätigkeit in der Spruchkammerauschussitzung vom 8. ds. Mts. zugesichert erhalten, vorbehaltlich der Bestätigung durch die Militärregierung. Die Spruchkammer wird Sie von diesem Beschluß aber erst dann in Kenntnis setzen, wenn sie die Bestätigung der Militärregierung in Händen hat.

Und nun kommt das Interessante:

Meine erfolgreiche Tätigkeit für Sie ist damit beendet, weshalb ich mir gestatte, in der Anlage Kostenrechnung beizufügen.

Hochachtungsvoll

Kolb, Rechtsanwalt.

Dieser Mann hat also als Richter in einer Sache entschieden, die er zuerst „anwaltschaftlich“ vertreten hat. Nachdem es ihm dann gelungen ist, den schwer belasteten Egger weißzuwaschen, hat er dann gleich noch eine fastige Rechnung inkassiert. Diese Rechnung interessiert Sie vielleicht auch. Hier steht: „Herrn Josef Egger.“ Darunter steht das Datum und dann folgt: „Gebührenrechnung. Gegenstand: Berufung...“ usw., „Gebühren: Information und Beratung (Art. 1 Rechtsanwaltsgebührenverordnung)“. Daß es „Gebührenverordnung“ heißt, geniert diesen so großen Rechtsanwalt natürlich nicht. Es heißt dann weiter: „Berufung zum Prüfungsausschuß (Art. 3 und 5 Rechtsanwaltsgebührenverordnung)“. So geht es weiter. Für die Vertretung vor dem Prüfungsausschuß folgt dann auch noch ein Betrag von 200.— Mark und am Schluß kommt dann die nette Summe von insgesamt 326.— Mark heraus, ein Betrag, der weitaus das übersteigt, was ein richtiger Rechtsanwalt, wohlgermerkt

kein falscher, in einem solchen Verfahren überhaupt fordern darf. Die Rechnung ist wiederum unterzeichnet: „Hochachtungsvoll, Kolb, Rechtsanwalt.“

Ich stelle fest: Dieser Mann hat sich damit eines Vergehens des vollendeten Betrugs schuldig gemacht; denn niemals darf jemand behaupten, er sei Rechtsanwalt, wenn er es nicht ist und sich auf die Rechtsanwaltsgebührenordnung stützen und Summen inkassieren, die noch dazu die Sätze der Gebührenordnung bedeutend übersteigen. Herr Kollege Linnert, Sie hätten sich von den Juristen Ihrer Fraktion entsprechend beraten lassen sollen, wie die Dinge hier liegen, bevor Sie solche Angriffe hier im Parlament gegen mich richteten!

Das ist also der Fall Kolb. Daß ein solcher Mann, der die Entnazifizierung mit Geschäft und zwar mit einem schmutzigen Geschäft verwechselt, untragbar ist, den so wichtigen Posten eines öffentlichen Klägers im Entnazifizierungsverfahren auch nur eine Sekunde länger zu bekleiden, werden Sie mir vielleicht zugeben, wenn anders Sie Sinn für Sauberkeit auf diesem Gebiet haben. Es ist eine Vertrauenskrise im Volk durch das ganze Land zu bemerken, die sich auf so manche Spruchkammer bezieht. Solche Dinge sind es, die diese Vertrauenskrise erst haben mit entstehen lassen. Die übrigen Mitglieder der Spruchkammer haben sich schärfstens gegen ein solches Verhalten des August Kolb verwahrt. Es hat aber lange nichts genügt. Der ganze dicke Akt steht zur Verfügung, Herr Abgeordneter Linnert, wenn Sie ihn lesen wollen.

(Dr. Linnert: Nein, nein!)

— Nein? Dann haben Sie bitte den Mut und widerrufen Sie das, was Sie gesagt haben!

(Dr. Linnert: Ich werde wortwörtlich wiederholen, was ich gesagt habe.)

— Dann werde ich Ihnen eine unparlamentarische Antwort darauf geben.

(Dr. Linnert: Sie müssen erst warten, was ich Ihnen sage. Unparlamentarisch ist sie ohnedies!)

Dieser August Kolb war untragbar und mußte sofort entfernt werden. Darüber sind sich wohl alle einig, die Sinn für Gerechtigkeit haben. Wenn einige Zeitungsschreiber hier weiterhin die Sache so zu verdröhnen suchen, wie dies ein gewisser Slawik in der letzten Nummer der „Süddeutschen Zeitung“ getan hat, dann bedauere ich, daß mir diese Zeitung nicht schon in der heutigen Nummer meine Gegenerklärung darauf abgedruckt hat. Slawik beruft sich da auf die frühere Spruchkammervorsitzende in Mühlendorf. Darüber lacht heute halb Mühlendorf. Es sind hier Abgeordnete aus dem Bezirk Mühlendorf, die die Verhältnisse kennen. Fräulein Rita Stampf war wegen ihres unsoliden Lebenswandels bekannt. Die Mühlendorfer haben sich gesagt: Das ist doch schon wirklich gspäßig, daß wir jetzt in die Spruchkammer hinein und uns entnazifizieren lassen müssen von einer, sagen wir einmal, Dame, mit der wir früher anderweitig Bekanntschaft gehabt haben.

(Heiterkeit)

Ich möchte mich nicht noch deutlicher ausdrücken. Solch ein Saustall herrscht in Mühlendorf auf diesem Gebiet! Es ist traurig genug, wenn ein Journalist so wenig Sinn für seine journalistische Sorgfaltspflicht hat, daß er sich nicht erst vorgängig vergewissert, wie denn die Dinge eigentlich liegen.

(Staatsminister Lorig)

Das zum Falle Mühlendorf. Ich glaube, das ganze Parlament ist mit mir einig, daß nur dann eine gerechte Entnazifizierung stattfinden kann, wenn die Leute, die über die Entnazifizierung zu entscheiden haben, zuerst selbst in jeder Beziehung sauber sind.

(Lebhafte Zustimmung.)

Und nun zum Fall Memmingen! Was hier der Abgeordnete Linnert vorgebracht hat, ist ebenso skandalös wie unbegründet und leichtfertig; lassen Sie mich das sagen! Wie war es in Memmingen? In Memmingen wurde von der dortigen Spruchkammer ein gewisser Dr. Sonntag verurteilt, eine Person, die schwerstens gegen das Befreiungsgesetz verstoßen und Duzende von Menschen in der Nazizeit unglücklich gemacht hat. Dieser Mann wurde zu einer hohen Freiheitsstrafe — mehrere Jahre Arbeitslager — mit Recht verurteilt. Nun kam wegen irgendeines Formfehlers oder aus einem sonstigen Grunde die Sache zum Kassationshof, und plötzlich war dieser Dr. Sonntag, der schon zu einer hohen Arbeitslagerfreiheitsstrafe verurteilt war, wieder in Freiheit und fuhr zum großen Ärger der gesamten Bevölkerung in ganz Deutschland herum. In Memmingen fanden Protestkundgebungen aller Parteien statt. Soviel mir bekannt ist, haben auch Ihre eigenen Parteifreunde in Memmingen sich darüber aufgeregt, Herr Dr. Linnert, falls Sie überhaupt in Memmingen schon eine Ortsgruppe haben. Es fanden sogar Kundgebungen der Gewerkschaften statt. Ich habe den Fall, unmittelbar nachdem ich hier dieses Ministerium übernommen habe, genauestens untersucht und bin zu dem Ergebnis gelangt, daß Sonntag einer der übelsten Nazis ist, die im ganzen Allgäu herumgelaufen sind. Dieser Mann wurde auf meine persönliche Anordnung dann durch entsprechenden Bescheid des Spruchkammervorsitzenden wiederum in Haft genommen, nachdem er zuerst schon bis Wiesbaden oder noch weiter ausgerückt war und die große Gefahr bestand, daß er über irgendeine Zonengrenze hinüberhüpft und uns nicht mehr greifbar ist.

Das ist zum Fall Sonntag zu sagen. Die ganze Bevölkerung, soweit sie antinazistisch ist, einschließlich der kleinen Mitläufer, hat sich in Memmingen darüber gefreut, daß Sonntag wieder in Haft genommen wurde. Und nun kommt diese leichtfertige Behauptung eines Abgeordneten hier! Sie müßten sich selbst erst vergewissern, wie die Dinge waren.

(Dr. Linnert: Sie müssen erst hören, was ich gesagt habe.)

— Ich habe genug gehört, ich bin nicht taub. Daß Sonntag gefesselt wurde, war Sache des betreffenden Polizisten. Ich habe jedenfalls seine Verhaftung durch den Spruchkammervorsitzenden vornehmen lassen. Sache des betreffenden Polizisten war es dann, ob er den Mann fesselte oder nicht. Ich kann Ihnen nur eines sagen, Herr Abgeordneter: Wenn Sie wüßten, wie viele Versuche solcher Leute vorliegen, zu entweichen und über irgendeine Zonengrenze zu gehen; wenn Sie weiter wüßten, wie das Wachpersonal oft von ihnen bedroht wird, dann würden Sie es vielleicht verstehen.

(Dr. Dehler: Sonntag ist aber von Wiesbaden nach Memmingen zurückgekommen!)

— Darf ich Ihnen eines sagen, Herr Dr. Dehler: Ich würde an Ihrer Stelle mit Zwischenrufen vorsichtig sein.

(Dr. Dehler: Was soll das heißen?)

— Das werde ich Ihnen gleich sagen. Ich hätte an Ihrer Stelle als Generalankläger beim Kassationshof niemals alles das gedeckt, was tatsächlich unter Ihrer Amtsführung passiert ist.

(Hört, hört! — Dr. Dehler: Das ist eine Drohung!)

— Das ist keine Drohung, sondern eine Feststellung von Tatsachen. Ich selbst bin außerordentlich froh, daß hier von einer Partei ein Antrag gestellt worden ist — und wir unterschreiben diesen Antrag voll und ganz — wonach untersucht werden soll, was sich alles vor dem 21. Dezember 1946, also vor dem Tage meiner Berufung hier zum Sonderminister, im Sonderministerium usw. abgespielt hat.

(Dr. Dehler: Bitte sagen Sie: Was habe ich gedeckt, das zu beanstanden ist?)

— Eine ganze Reihe von Maßnahmen.

(Dr. Dehler: Sagen Sie eine!)

— Es sind Entlassungen usw. vorgekommen, ohne daß Sie diese Maßnahmen sofort rückgängig zu machen versucht hätten.

(Dr. Dehler: Dummes Zeug!)

— Das wird Ihnen im einzelnen dieser Untersuchungsausschuß mitteilen.

(Dr. Dehler: Eine typische Lorig-Antwort! — Dr. Linnert: Er weiß gar nichts, aber er behauptet einfach.)

Dieser Fall ist wiederum bezeichnend dafür, wie man die Wahrheit zu entstellen versucht. Ich erkläre nochmals: Die Wiederverhaftung Sonntags war ein Gebot der Gerechtigkeit und der Vorsicht. Wir müssen verhindern, daß solche Menschen im Lande herumreisen und nazistische Propaganda treiben.

(Sehr richtig!)

Ich habe auch darüber zu machen, daß Art. 7 Abs. 3 des Befreiungsgesetzes, der sich gegen neu-nazistische Umtriebe wendet, auch verwirklicht wird. Alle Leute in Memmingen haben dieses Vorgehen verstanden. Es ist Ihnen überlassen geblieben, es zu mißdeuten. Aber eines möchte ich Ihnen sagen, Herr Abgeordneter Linnert: Wenn Sie in Zukunft solche Dinge aufgreifen und hier mir vorzuwerfen versuchen, dann vergewissern Sie sich bitte erst, ob der Mann, den Sie zu decken versuchen, es verdient.

(Dr. Linnert: Ich decke keinen Menschen.)

— Doch, Herrn August Kolb! Sie haben sich dagegen gewehrt, daß dieser Mann vorläufig seines Dienstes enthoben wurde.

(Dr. Linnert: Nein!)

— Ich rufe das Haus als Zeugen dafür auf, daß der Abgeordnete Linnert dagegen protestiert hat, daß dieser Mann als Spruchkammervorsitzender seines Amtes enthoben wurde.

(Dr. Linnert: Unwahrheit. — Große Unruhe. — Glocke.)

Präsident: Durch derartige Zwischenrufe wie „Unwahrheit“ usw. wird die Frage nicht geklärt. Herr Abgeordneter Dr. Linnert, Sie haben Gelegenheit, dann das Wort zu ergreifen.

(Dr. Linnert: Ich bitte darum.)

Staatsminister Lorig: Der Herr Abgeordnete hat insbesondere auch Gelegenheit, die Protokolle einzusehen. Und es steht ihm hier das gesamte Material zur Verfügung und hätte ihm zur Verfügung gestanden, wenn er es für der Mühe wert gefunden hätte, deswegen im

(Staatsminister Lortz)

Sonderministerium anzutelefonieren. Stützen Sie sich bitte, Herr Abgeordneter Linnert, in Zukunft nicht mehr auf Leute, die Titelhochstapler und Betrüger sind, und reden Sie nicht mehr zu Gunsten von Leuten wie Sonntag, der einen der schwersten Nazifälle darstellt, die es im ganzen Allgäu überhaupt gibt.

(Dr. Linnert: Das weise ich zurück! Ich habe mich noch nie auf solche Leute gestützt.)

Das möchte ich Ihnen hierzu antworten.

(Starker Beifall.)

Präsident: Bevor ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Schlögl das Wort erteile, möchte ich auf etwas hinweisen. Bis jetzt haben die Führer der Fraktionen, die zur Regierungserklärung gesprochen haben, sich meist an das Konzept ihrer Rede gehalten. Als Präsident des Landtags hätte ich schon den Wunsch, daß die folgenden Reden etwas freier gehalten werden, damit nicht, wie dies bei der Rede des Abgeordneten Dr. Linnert der Fall gewesen ist, nur die Zwischenrufe zur Belebung der Situation beitragen. Ich bitte also, die Reden etwas freier zu halten.

Das Wort hat nunmehr der Abgeordnete Dr. Schlögl.

Dr. Schlögl (CSU): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mitglieder dieses hohen Hauses! Nachdem ich zu dem Abgeordneten Linnert eine gewisse romantische Sympathie habe, möchte ich auf einige seiner Ausführungen eingehen, bevor ich zu meinem Referat komme. Er hat ganz interessant die Koalition gekennzeichnet und dabei nach meinem Dafürhalten verschiedene Gedankenfehler gemacht. Es ist z. B. ein großer Gedankenfehler, zu fordern, daß zwei Parteien, die sich zu einer Koalition und zu gemeinsamer Arbeit zusammenschließen, auch ein gemeinsames Programm haben müssen. Das ist nicht notwendig und ganz ausgeschlossen. Die CSU und auch die Sozialdemokratische Partei haben verschiedene Parteiprogramme. Wenn wir mit diesen Parteiprogrammen in eine Koalition eintreten, ist ihre Beibehaltung doch eine Selbstverständlichkeit. Hätten die Freien Demokraten, was ich gewünscht hätte, gleichfalls mitgemacht, so hätten wir nie zu fordern gewagt, daß sie ihr Programm aufgeben.

Dann hat mich eine Angelegenheit, die in der Presse erörtert und auch sonst irgendwo herumgesprochen wird, etwas erheitert, nämlich die manchmal in der CSU auftretenden — ich sage einmal — Zwifligkeiten. Ich weiß, die Presse ist voll davon. Die CSU ist eine große Familie. In jeder Familie gibt es aber einmal ein bißchen Streit. Ihre Spekulation aber, wir würden uns so auseinanderstreiten, daß wir nicht mehr zusammenhalten könnten, Herr Abgeordneter Dr. Linnert, ist eine Fehlspekulation.

(Zurufe von der CSU: Sehr richtig!)

Sie würden sich täuschen, Herr Abgeordneter Dr. Linnert, wenn Sie auf diese Spekulation sündigen würden. Es würde Ihnen dann so gehen, wie wenn man sich in den Streit von Geschwistern einmischt. In dem Augenblick, wo man sich einmischt, bekommt man Prügel. So würde es Ihnen auch hier gehen.

(Heiterkeit.)

Die Spekulationen auch der Tagespresse sind fehl am Platz. Wir haben etwas mehr Leben als andere Par-

teien. Aber das kümmert Sie nichts, das machen wir unter uns aus. Außerdem sind wir ziemlich groß und aus allen möglichen Teilen zusammengekommen. Kurz und gut, Herr Abgeordneter Dr. Linnert, es handelt sich da um Fehlspekulationen, und ich bitte Sie, in einer öffentlichen Landtagsitzung nicht darüber zu sprechen, weil ich weiß, wie die Tagespresse so feinfühlig auf alles eingeht, was irgendwie von uns herauskommt, und wie die Journalisten zu einem kommen, um dies und jenes in die Zeitung zu bringen. Wir streiten uns noch öfters in der CSU; aber wenn Sie, Herr Abgeordneter Linnert, sich einmischen, dann halten wir zusammen und Sie bekommen tatsächlich Prügel.

(Große Heiterkeit. — Zuruf: Schutzpatron der CSU!)

— Das ist unser Geheimnis. Das werden Sie nicht verstehen.

Noch eine Tatsache, die der Herr Abgeordnete Linnert nicht versteht. Ich habe vorhin betont, daß ich so froh gewesen wäre, wenn auch die FDP bei uns in der Koalition sitzen würde. Warum? Seien wir einmal ganz ernst! Wir haben noch keinen Friedensvertrag und leben in den Zeiten der Kapitulation. Alle großen Demokratien haben uns ein Beispiel gegeben, daß in solchen Situationen das ganze Volk und sämtliche Parteien trotz verschiedener Parteiprogramme zusammenstehen müssen. Es wäre das eine Selbstverständlichkeit. Daß Sie außerhalb dieser Koalition stehen, bedauere ich aus dem einfachen Grunde, weil Sie auch zu uns gehören. Sie haben wohl über manchen Punkt eine andere Auffassung wie wir, aber das bräuchte Sie nicht zu hindern, bei uns mitzuarbeiten. Es würde damit nach außen dokumentiert, daß wir den Ernst dieser Zeit verstehen und daß in solch kritischen Situationen das ganze Volk zusammensteht. Wenn Sie eine sachliche Opposition treiben, habe ich nichts dagegen einzuwenden. Aber Sie sehen ja, Herr Abgeordneter Linnert, wie schnell man den Boden der sachlichen Opposition verläßt, auf das persönliche Gebiet hinübergreift und Dinge behauptet, auf die dann die Staatsregierung in der Form erwidert, wie dies der Herr Staatsminister Lortz getan hat.

(Dr. Linnert: Das hat mich nicht gewundert.)

Wir haben allen Anlaß, zusammenzustehen, weil wir in einer so kritischen Lage sind. Gerade Sie von den Freien Demokraten, die so stark für das Privateigentum eintreten, hätten allen Grund, bei uns zu sein. Es steht für mich fest, daß eines Tages der Ansturm gegen dieses Privateigentum erfolgen wird; da können Sie hier Reden halten, wie Sie wollen. In Bayern hat heute nur noch ein verschwindender Teil der Bevölkerung überhaupt Privateigentum. Das sind etwas über eine Million Menschen. Der andere Teil der Bevölkerung hat überhaupt keinen Besitz, ja einzelne Teile sind vollständig verarmt. Da muß mit der Zeit ein Ansturm gegen das Privateigentum einsetzen.

(Sehr richtig!)

Aus diesem Grunde haben gerade wir von der Bauernseite her mit aller Energie darnach getrachtet, eine große Gemeinschaft aller Abgeordneten zu bilden und eine Koalition einzugehen. Wir haben nämlich dem Bauernstand gegenüber die Verantwortung zu tragen und sind der Auffassung, daß das Privateigentum selbstverständlich nur dann gehalten werden kann, wenn in der Bevölkerung keine Klust besteht.

(Zurufe: Sehr richtig!)

(Dr. Schlögl [CSU])

Gerade Sie als fanatischer Anhänger des Privateigentums sollten das zur Rettung der Kreise, die Sie vertreten, verstehen. Ich sage gar nicht, daß Sie das Kapital vertreten wollen, Sie wollen aber das Eigentum Ihrer Anhänger vertreten. Dann aber gehören Sie hier in die große Gemeinschaft mit herein. Glauben Sie, wir können es uns in einer Zeit schwerster Ernährungskrise leisten, daß Verbraucher und Erzeuger auseinanderfallen und in gegenseitigem Kampfe stehen?

(Sehr richtig!)

Das sind Tatsachen, Binsenwahrheiten, Herr Abgeordneter Linnert! Ich habe Ihnen vorhin gesagt, daß ich eine romantische Sympathie für Sie habe. Seien Sie in Ihrer Opposition doch sachlich! Auch wir von der CSU werden manchmal Kritik üben. Ich werde es in meinem Referat jetzt tun und werde nicht mit allem so einverstanden sein, wie es die Regierung uns vorsetzt; denn wir sind ja als Abgeordnete dazu berufen, das Volk zu vertreten. Wir werden manchmal sachliche Kritik an der Regierung üben müssen, das ist selbstverständlich. Aber an sich gehört das ganze bayerische Volk in einer großen Koalition zusammengeschlossen, schon im Interesse des Eigentums, das Sie so stark vertreten.

Wenn wir in der Verfassung manche Gesichtspunkte verankert haben, vor allem in dem Kapitel Wirtschaft, so deswegen, weil wir erkennen, daß nach rein privatkapitalistischen Methoden in Zukunft nicht mehr regiert werden kann.

(Lebhafte Zustimmung.)

Darüber gibt es keinen Zweifel. Ich bin sicherlich ein absoluter Anhänger des Privateigentums, aber ich sehe ein, daß das Eigentum nur dann gerettet werden kann, wenn wir auch mit allen den Kreisen tatsächlich zusammenarbeiten, die kein Eigentum haben. Ich muß diese Kreise davon überzeugen, welche große Rolle das Privateigentum spielt. Ich kann aber nicht auf die Rednertribüne heraufgehen und diese Menschen hier vor den Kopf stoßen. Diese Worte sind aber nur gefallen, weil ich manchmal eine gewisse Sympathie für Sie habe, die ich romantisch nenne.

Meine Damen und Herren! Ich habe an sich eine ganz andere Aufgabe hier übernommen, nämlich zur Regierungserklärung zu sprechen, soweit sie sich mit der Landwirtschaft befaßt. Die Regierungserklärung versucht, uns hiezu verschiedene größere Gesichtspunkte zu geben. Ich muß die Regierung darauf hinweisen, daß wir heute in der Landwirtschaft überhaupt nur dann weiterarbeiten können, wenn die Regierung es versteht, die Existenz der Bauern zu erhalten. Die Landwirtschaft hängt im übrigen innig mit der gesamten Wirtschaft zusammen und deswegen werde ich in meinen Ausführungen manche Dinge streifen, die unmittelbar nichts mit der Landwirtschaft zu tun haben.

Bayern ist auch heute noch zu einem großen Teil Agrarland. Wir wissen, daß, wenn das nicht der Fall wäre, es ausgeschlossen gewesen wäre, unsere Bevölkerung überhaupt zu ernähren. Ich muß feststellen, daß es gerade die bayerischen Bauern waren, die sofort nach der Kapitulation zu arbeiten begonnen haben und daß es der bayerischen Landwirtschaft gelungen ist, die Ernährungskrise zum größten Teil so zu bannen, daß nicht eine Hungersnot entstanden ist. Ich darf daran erinnern, daß Oberst Quarles von der

Militärregierung auf der Sitzung des ersten Bauernparlaments am 10. und 11. Dezember 1946 in München Worte für die bayerische Landwirtschaft gefunden hat, die ich hier im Wortlaut zitieren möchte. Er hat ausgeführt:

Ich möchte dem Herrn Landwirtschaftsminister und den bayerischen Bauern hiemit meinen aufrichtigen Dank für die ausgezeichnete Arbeit aussprechen, die sie bei der Lebensmittelaufbringung unter den denkbar schlechtesten Verhältnissen geleistet haben. Durch diese Arbeit ist der schlimmste Hunger in Deutschland abgewendet worden. Es ist ausschließlich ihren Bemühungen zu danken, daß das Programm der Kartoffeleinkellerung durchgeführt werden konnte. Die US Army hat ihr Möglichstes getan, um die notwendigen Transportmittel zur Verfügung zu stellen. Aber Lastkraftwagen ohne Kartoffeln wären absolut wertlos gewesen. Darum wünsche ich, daß Sie meine Anerkennung allen Bauern in Bayern weitergeben möchten. Ich weiß, daß der bayerische Bauer volles Verständnis für die Lage seiner deutschen Landsleute hat. Er ist sich dessen bewußt, daß Hunger in anderen Gegenden Deutschlands nicht nur auf ihn selbst zurückfallen würde, sondern daß er selbst darunter leiden müßte. Ich kann den bayerischen Bauern daher nur darum bitten, daß er auch weiterhin seine großzügige Hilfe seinen deutschen Landsleuten sowie dem Landwirtschaftsminister gewährt, bis endlich die Lebensmittellage in Deutschland wieder in normale Bahnen kommt.

So hat der amerikanische Oberst zum ersten Bauernparlament gesprochen. Ich glaube, daß diese anerkennenden Worte das gesamte bayerische Volk angehen. Ich glaube, darüber hinaus gehen diese Worte auch das gesamte Deutschland an. Denn für mich steht fest und ich werde Ihnen zahlenmäßig beweisen, daß die Ernährung in Baden, in Württemberg und in Hessen, zum Teil auch im Rheinland und in Berlin, zusammengebrochen wäre, wenn hier nicht die bayerischen Bauern geholfen hätten. Denn wir haben große Teile unserer Lebensmittel dorthin ausgeführt. Ich darf feststellen, daß bis Ende 1946 bereits 329 000 Tonnen Brotgetreide, das sind 68% des Brotgetreidelieferungssolls, durch die bayerischen Bauern abgeliefert wurden, gegenüber einem fünfjährigen Jahresdurchschnitt von 56%.

Sie sehen, die bayerischen Bauern haben in der Zeit der Demokratie mehr geleistet als in der Nazizeit, wo sie kommandiert wurden, wie es überhaupt nur möglich war. Das ist eine Tatsache, die festgestellt werden muß. Bei den Kartoffeln betrug die Ablieferung bis zum selben Zeitpunkt 1,2 Millionen Tonnen, das sind fast 80% des Ablieferungssolls gegenüber einer Ablieferung von 58% im Vorjahr. Von diesen Kartoffellieferungen gingen außerhalb Bayerns ungefähr 160 000 Tonnen. Wir erinnern uns noch alle an den Kartoffelalarm Ende November/Anfang Dezember vorigen Jahres. Damals hat der bayerische Bauer tatsächlich eine Leistung vollbracht, die einzigartig dasteht.

Nun komme ich auf einen ganz wichtigen Punkt zu sprechen. Es ist undenkbar, daß der Zustand, wie er jetzt ist, weiter so bleibt, daß die Lebensmittel außerhalb Bayerns geliefert werden und wir hierfür nichts bekommen. Wir müssen von der Regierung

(Dr. Schlögl [CSU])

Chard verlangen, daß, wenn wir Lebensmittel ausführen, wir wenigstens für die Landwirtschaft, aber auch für unsere ganze Bevölkerung dafür etwas bekommen. So geht es nicht weiter, daß wir immer nur geben und die anderen dafür nicht einmal „Danke schön“ sagen. Denn die bayerischen Bauern wurden, trotzdem sie so abgeliefert und ganz Deutschland unterstützt haben, aufs schwerste angegriffen. Ich möchte die Regierung Chard bitten, daß sie unter allen Umständen sich stark macht: wenn die da oben etwas von uns zu essen haben wollen, sollen sie auch etwas dafür liefern. Auf Dank sind wir nicht angewiesen, wir brauchen auch keine Anerkennung. Wir können mit Zahlen aufwarten. Ohne Kompensation geht es nicht weiter, denn in der Landwirtschaft fehlt es an allen möglichen Dingen. Ich sage sogar: wenn es noch ein Jahr so weiter geht wie bisher, werden wir sehen, wie stark der Ausfall der landwirtschaftlichen Lieferungen ohne die Schuld der Landwirtschaft sein wird. Wir haben Mangel an Düngemitteln, Saatgut, Textilien, Maschinen und Geräten. Das ist eine Tatsache, die kann nicht weggeleugnet werden.

Was haben wir noch zu fordern? Es steht fest, daß wir in der Landwirtschaft vom früheren Wirtschaftsminister überhaupt nicht berücksichtigt worden sind. Man hat uns trotz aller Vorstellungen und Verhandlungen des bayerischen Bauernverbandes immer mit leeren Redensarten abgepeist. Ich begrüße es daher, daß die SPD einen Antrag gestellt hat, einen Untersuchungsausschuß einzusetzen, um dieses Geschäftsgebahren des früheren Wirtschaftsministeriums genau zu untersuchen. So könnte es tatsächlich nicht weitergehen. Es ist nicht wahr, daß Bauern, wie uns beschrieben worden ist, große Schuhlager haben. In einigen Gegenden, wo das Heer demobilisiert worden ist, kann das der Fall sein, aber sonst herrscht gerade auf dem Gebiet der Textilien und des Schuhwerks eine derartige Not, daß die Bauern ihre Kinder nicht einmal in die Schule schicken können. Die Verhältnisse in der Landwirtschaft sind so, daß manche Arbeiten aus diesem Grunde überhaupt nicht gemacht werden können. Der Innenminister hat einen Erlaß hinausgegeben, daß das ganze Holz, das zu Tausenden von Kubikmetern draußen liegt, von den Bauern abgefahren werden soll. Bevor man nicht den Leuten, auch den landwirtschaftlichen Dienstboten, entsprechendes Schuhwerk gibt, ist so etwas überhaupt nicht möglich. Gehen Sie in ein Bauerndorf! In der Stadt sehen Sie die Leute nicht so daherkommen wie draußen. Sie haben zum Teil alte Fuchslappen, alte Fenstervorhänge um die Füße gewickelt. Sie sind nicht einmal mit Holzschuhen versorgt. Wir werden daher vom Wirtschaftsminister fordern, daß wir hier unter allen Umständen eingeschaltet werden und daß die Verteilung auch auf die Landwirtschaft erstreckt wird. Man darf uns nicht immer wieder sagen, ihr Bauern lebt auf der Insel der Seligen, weil die Bauern momentan etwas zu essen haben. Wenn man uns Bauern zwingt, alles, was in der Landwirtschaft erzeugt wird, für alle die Dinge, die wir brauchen, sogar für Hufnägel abzugeben, dann brauchen wir keine Zwangswirtschaft für die Landwirtschaft, dann können wir gleich zur freien Wirtschaft übergehen, damit der Bauer das Nötige, was er braucht, bekommt. So wie bisher geht es nicht weiter.

Wir fordern daher von der Regierung Chard, daß wir Bauern auch einen Einfluß in diesem Wirtschaftsministerium bekommen. Ich habe das dem Herrn Ministerpräsidenten schon persönlich vorgetragen. Wir wollen keine neuen Beamten schaffen, wir fordern nur, daß ein Beauftragter der bayerischen Landwirtschaft im Wirtschaftsministerium wenigstens zu den Sitzungen herangezogen wird. Wir wollen keinen Ministerialrat, wir wollen keinen Staatssekretär, wie Herr Kollege Dr. Linnert gemeint hat, daß die Handwerkskreise einen Staatssekretär bekommen müssen. Unsere Regierung ist der Quantität nach schon so groß, daß wir sie nicht auch noch ausweiten wollen. Es gibt keinen Zweifel: man kann diese Dinge auch anderweitig regeln. Meinetwegen kann der Beauftragte der Landwirtschaft einen Titel haben, aber er soll keine Mittel bekommen. Der bayerische Staat muß einmal noch recht sparsam umgehen. Wir können uns diesen Luxus der Ausweitung nicht leisten. Letzten Endes stellen die Steuerzahler den Staat dar. Der Staat selbst hat praktisch nicht viel. Es müssen diejenigen, die in der Wirtschaft stehen, alle Ausgaben aufbringen. Wir hoffen, daß diese unsere Forderung möglichst bald in irgendeiner Form realisiert wird. Es gibt nun überall Beiräte in den verschiedensten Ministerien. Ich bin nicht für dieses System, weil ich sage, dafür ist die Volksvertretung da. Wir sind die geeigneten Beiräte, weil wir den Mund auf tun und dem Minister es sagen können, wenn uns etwas nicht paßt.

Wenn man schon Beiräte schafft, ist es merkwürdig, daß die Amtsstuben bis heute übersehen haben, daß es eine Organisation der Bauern gibt, die stärker als die Gewerkschaften ist, und daß diese Organisation der Bauern nicht zur Mitarbeit herangezogen wird. Es muß sich in den Ministerien langsam herumsprechen, daß es einen bayerischen Bauernverband gibt. Dank der Mitarbeit der Regierung Hoegner gibt es sogar eine Berufsvertretung der Landwirtschaft. Ich hoffe, daß der Herr Ministerpräsident sehr bald die Ministerien und die übrigen Behörden anweist, daß diese Berufsvertretung auch gehört wird. Wir mögen die wichtigsten Beamten haben, ohne den Rat von Praktikern geht es oft nicht, besonders bei den Behörden draußen auf dem Lande. Wir müssen soweit kommen, daß die Berufsvertretung der Landwirtschaft tatsächlich überall dort eingeschaltet wird, wo ihre Belange auf dem Spiele stehen, nicht deswegen — es ist uns das nach der Verfassung verboten —, weil wir mitregieren wollen — es regieren schon so viele Leute, daß wir Bauern nicht auch noch dabei sein müssen. Wir müssen erreichen, daß diese Berufsvertretung überall von den Landräten und anderen Behörden in entsprechender Weise gehört wird, daß nicht bloß vom grünen Tisch aus regiert wird. Es ist sehr einfach, vom grünen Tisch aus zu regieren. Da schafft man an, und was man angeschafft hat, soll einfach ausgeführt werden. Diese Zeiten sind vorbei. Das ist das Kunststück der Nazis gewesen, anzuschaffen und zu regieren. Heute verlangen wir schon, daß die großen Berufsstände unter allen Umständen eingebaut und gehört werden.

Nun habe ich eine große Bitte, nämlich daß endlich einmal die Arbeitsgemeinschaft zwischen den Bauern und den Gewerkschaften zustande kommt. Diese beiden großen Berufsstände, hört man immer, sollen zusammenarbeiten. Wir können aber nicht den Gewerkschaften nachlaufen. Es besteht ja auch ein

(Dr. Schlögl [CSU])

Verfassungsartikel, der vorschreibt, daß diese Berufsstände zusammenarbeiten. Ich hoffe, daß wir das irgend einmal in die Realität umsetzen.

Dann komme ich noch zu einem anderen Kapitel. Ich habe gehört, daß ein Treuhändergesetz geschaffen worden ist. Ich weiß nicht, ob es wahr ist. Die Zustände mit den Treuhändern gehen nicht so weiter. Es gibt da Dinge, die zum Himmel schreien. Schade, daß der Herr Landwirtschaftsminister nicht da ist. Eine große Kunstmühle hat einen Treuhänder. Wo früher drei Direktoren saßen und ein ganzer Aufsichtsrat da war, arbeitet jetzt ein Treuhänder allein. Wenn der Mann nicht ein vollständiger Fachmann oder wenn er moralisch nicht einwandfrei ist, dann macht er ein Durcheinander, daß man nicht mehr sagen kann, der Mann hätte etwas zu treuen Händen verwaltet. Es kommt sogar vor, daß Treuhänder Liegenschaften weiterverpachten und sich nicht mehr darum kümmern. Ich habe einen Fall erlebt, der geradezu skandalös ist. Einer der mustergültigsten Bauern im Allgäu hat einen Treuhänder bekommen, weil er Pg. seit 1937 ist. Der Treuhänder hat nicht gestattet, daß er auf seinem eigenen Hof als Knecht weiter arbeitet. Dieser Bauer ist heute Schweineknecht in einem 10 km entfernten Hof. So geht es nicht. Der Wirtschaftsausschuß der Verfassungsgebenden Landesversammlung hat in seinen Sitzungen vom 17./18. Oktober 1946 — Herr Kollege Dr. Linnert, Sie waren sogar dabei — den Beschluß gefaßt, daß bei der Einsetzung von Treuhändern in der Landwirtschaft die Organe des bayerischen Bauernverbandes die Treuhänder stellen sollen. Bis heute ist dieser Beschluß noch nicht zur Durchführung gekommen. Es soll schon ein Treuhändergesetz gemacht worden sein.

(Ministerpräsident Dr. Ehard: Wir kämpfen seit Monaten um ein Treuhändergesetz)

Wir wollen zusammen kämpfen.

(Dr. Ehard: Gerne, gerne!)

— Es geht nicht mehr so weiter, und zwar deswegen nicht, weil sonst die ganze Wirtschaft zusammenbrechen muß. Manche Treuhänder fassen die Sache bloß so auf und führen die Verwaltung derart, daß möglichst bald, auch mit Hilfe von Frauen, die man heranzieht, alles vergeudet wird. Ich glaube, wir sind uns in der Treuhänderfrage einig. Man darf freilich nicht verallgemeinern, es gibt auch gute Treuhänder. Aber was ich erlebt und was ich an Zuschriften erhalten habe, würde Ihnen zeigen, daß es so nicht weitergehen kann.

Dann habe ich noch eine weitere Bitte. In der bayerischen Verfassung stehen manche Artikel, die wir langsam durchführen müssen. Ich darf um die Genehmigung des Herrn Präsidenten bitten, das abzulesen, weil ich die ganze Verfassung nicht im Kopf habe. In Art. 144 ist die Verbesserung der Berufsausbildung der Landwirtschaft, in Art. 163 die Einführung der Berufsschulen für die Landwirtschaft angekündigt. Diese Bestimmungen dürfen nicht auf dem Papier stehen bleiben. Ich habe im Gegenteil die Meinung, daß die Landwirtschaft, wenn sie die kommende Agrarkrise überwinden will, eine möglichst starke Ausbildung besonders in fachlicher Beziehung erfahren muß. Wir stellen uns daher vor, daß anstelle der Feiertagschulen möglichst bald Berufsschulen treten. Wenn ein Schlossermeister in der Stadt ein Anrecht auf eine Ge-

werbeschule hat, so hat der Bauer auch ein Anrecht darauf, daß die jungen Bauernsöhne fachlich fortgebildet werden. Deshalb bitte ich, möglichst bald die Berufsschulen einzuführen. Wir werden schon Mittel und Wege dafür finden, wenn auch der Herr Finanzminister zunächst sagt, daß kein Geld dafür vorhanden ist. Dann werden die Zeiten vorbei sein, in denen man über den dummen Bauern spricht. Nur wer die Berufsschule mit Erfolg absolviert hat, kann in Zukunft Bauer sein. Ein Bauer wird sich nur dann halten können, wenn er ein gewisses Bildungsniveau hat. Allerdings fordern wir, daß nicht das Kultusministerium diese Berufsschulen schluckt. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß es sich dabei um eine Angelegenheit der Landwirtschaft handelt, die vom Landwirtschaftsministerium zu übernehmen ist. Ich möchte den alten Streit bezüglich der landwirtschaftlichen Schulen hier nicht aufreißen. Sie wissen, daß wir hier immer einen Kampf zwischen dem Kultusministerium und dem Landwirtschaftsministerium gehabt haben. Herr Kollege Dr. Linnert, hier haben wir zwei Minister mit dem gleichen Parteiprogramm, vielleicht bringen wir sie zusammen, daß sie einmal nicht streiten.

(Heiterkeit.)

Dann herrscht auf dem Lande eine große Rechtsunsicherheit, Herr Ministerpräsident. Wir haben heute noch das Reichserbhofgesetz, das ein nationalsozialistisches Gesetz ist. Ich habe schon in der Verfassungsgebenden Landesversammlung gefordert, dieses Gesetz einmal aufzuheben. Wie soll heute ein Bauer seinen Hof übergeben können? Die Notare machen dreierlei Übergabeverträge, einen nach dem BGB., einen nach dem Erbhofgesetz und einen nach dem gesunden Menschenverstand. Ich weiß nicht, ob die Ablösung des Reichserbhofgesetzes so erfolgt, daß der gesunde Menschenverstand eingeschaltet wird. Wenn es so weitergeht, bekommen wir Streitigkeiten über Streitigkeiten auf dem Lande. Viele Bauern sind zum Wirtschaften zu alt geworden. Ihre Söhne sind gefallen, und wenn nun so ein Bauer seinen Hof nach freiem Ermessen einem nahen Familienangehörigen übergeben will, kann er das nach dem Erbhofgesetz nicht. Wir müssen daher von der bayerischen Regierung fordern, daß endlich einmal das Erbhofgesetz verschwindet.

Dann haben wir auch noch immer den Reichsnährstand. Der Reichsnährstand ist allerdings in Liquidation. Wenn es aber dabei so geht wie bei den meisten Liquidationen, wird am Schluß überhaupt keine Masse übrig bleiben. Das Vermögen, das früher anderen Organisationen gehört hat und das die Nazis gestohlen haben, gehört jetzt nicht dem bayerischen Staat. Unser Landwirtschaftsminister selbst sitzt in einem Gebäude, das den Bauern gehört. Herr Ministerpräsident, das sind unhaltbare Zustände! Hier wollen wir einmal eine Tat sehen. Sie werden mir erzählen, daß man das bis zum Kontrollrat treiben muß usw. Ich bin aber überzeugt: die Besatzungsmacht ist so demokratisch eingestellt, daß man dort das Eigentum zurückgibt, das einem nicht gehört. Der bayerische Staat darf nicht auch noch Nutznießer des Nationalsozialismus werden. Sonst würde ich beantragen, daß Herr Minister Lorig sofort ein Spruchkammerverfahren gegen den Herrn Ministerpräsidenten eröffnet.

(Heiterkeit.)

(Dr. Schlögl [CSU])

Zur Klärung der Situation darf ich noch eine Feststellung treffen über den Bayerischen Bauernverband, von dem die liebe Tagespresse, die sonst jede Kleinigkeit groß bringt, auch die wichtigsten Beschlüsse, wenn man sie ihr zuleitet, nicht aufnimmt. Ich darf daher grundsätzlich sagen, was der Bayerische Bauernverband eigentlich ist und was er will, damit man es in der Öffentlichkeit versteht. Herr Präsident, ich darf das bitte ablesen. In meinem Referat, das ich nicht ablesen darf, habe ich niedergelegt, daß der Bayerische Bauernverband nunmehr als Standes- und Berufsvertretung der bayerischen Bauern seinen organisatorischen Aufbau weitestgehend abgeschlossen hat. Der Bayerische Bauernverband steht niemals im Dienst irgendeiner politischen Partei. Das möge man sich gesagt sein lassen. Derartige Versuche werden am gesunden Sinn der Landwirtschaft von selbst scheitern. Der Bayerische Bauernverband kennt keine parteipolitische Bindung, er ist eine Querverbindung durch alle politischen Parteien. Ich möchte in aller Öffentlichkeit erklären, daß alle Versuche der Großstadt, die Bauern für parteipolitische Experimente zu mißbrauchen, vergeblich sind. Wir haben nur eine einzige Bindung, das ist die Bindung an den Berufsstand. Politisch kann sich jeder Bauer orientieren, wie er will. Störungen seitens der Parteien im Berufsstand werden wir mit aller Entschiedenheit zurückzuweisen wissen. Die Bauern werden dafür sorgen, daß der demokratische Gedanke gepflegt und immer weiter verankert wird. Wenn immer wieder versucht wird, den Bayerischen Bauernverband in den Dienst einer politischen Partei zu spannen, so lehne ich das grundsätzlich ab. Das wäre satzungswidrig. Wir sind eine überparteiliche Organisation. Bei uns kann jeder politisch tun, was er will, weil wir in einem demokratischen Staat leben. Das soll einmal verstanden werden.

Die bayerische Staatsregierung hat ferner in ihrer Regierungserklärung so wunderbar schön den Ausbau des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens festgelegt. Ich bin damit vollständig einverstanden, möchte aber der bayerischen Staatsregierung hierzu eine Anregung geben. Wir haben in der Verfassung einen Art. 155. Auf der anderen Seite haben wir Zustände, die beispielsweise hier in München himmelstreichend sind. Herr Kollege Wimmer, werden Sie nicht blaß, es betrifft nicht die Stadt München, sondern die Regierung. Die Stadt München muß ihren Gemüsebedarf in der Hauptsache aus der Bamberger Gegend beziehen. Wir müssen endlich einmal so weit kommen, daß dieser Art. 155 Leben bekommt. Wir würden den Siedlern, den Flüchtlingen und den Ausgewiesenen helfen, und auch der Stadt München wäre geholfen, wenn wir ein Bedarfsdeckungsgebiet München schaffen würden. Wir könnten dem Herrn Ministerpräsidenten über 22000 Tagwerk Land verraten, das man dazu verwenden könnte. Es ist unhaltbar, daß um die Stadt München herum Weidplätze erhalten werden, bloß damit einer schön auf die Jagd gehen kann.

Wir müssen einmal, gerade auf dem Gebiet der Flüchtlingshilfe, zu einer praktischen Tat kommen. Ich verrate Ihnen kein Geheimnis, wenn ich Ihnen sage, daß gerade die Bauern ein offenes Herz für die Ausgewiesenen haben. Unter ihnen befinden sich ja auch 122000 fremde Bauern, die alle landhungrig sind.

Unsere Bauern wären genau so, wenn es ihnen so gehen würde wie diesen Flüchtlingen. Gerade diese 122000 ausgewiesenen Bauern werden mit der Zeit eine Gefahr für alle; denn wenn ein Bauer kein Land hat und arbeiten will, dann wird er in der Regel ganz radikal. Darum sollte man hier einmal praktisch mit der Siedlung beginnen, zumal es wenig Kosten verursacht und es sollten die Stadt München und die bayerische Staatsregierung, wie es in Art. 155 vorgesehen ist, zusammen ein Programm entwickeln, um im Interesse der Flüchtlinge praktisch etwas zu tun. Wir sprechen alle von den Flüchtlingen, jede Partei hat ein so großes Herz für sie. Die Flüchtlinge aber wollen einmal praktische Taten sehen. Es gibt genug Möglichkeiten, ihnen zu helfen.

Mit besonderer Sorge verfolge ich die Entwicklung unserer Forstwirtschaft. Wenn wir mit unseren Wäldern so weiterwirtschaften, dann haben wir in drei Jahren keinen Wald mehr. Wir müssen Mittel und Wege finden, die Dinge anders zu machen. Es geht nicht an, für den Brennstoffbedarf ein Programm erst aufzustellen, wenn bereits der Winter vor den Türen steht. Jetzt schon müßten wir für den Brennstoffbedarf des nächsten Jahres Sorge tragen. Die Stadt München allein kann das nicht leisten, es muß die bayerische Staatsregierung mitwirken und es muß ein Programm geschaffen werden, um den Raubbau der Forstwirtschaft endlich einmal einzudämmen. Sonst gibt es auch bei uns in drei Jahren tatsächlich keine Forsten mehr, und wir haben die historische Schuld dafür zu tragen, daß es bei uns wird wie in Italien, wo es keine Wälder mehr gibt.

(Wimmer: Es gibt in Bayern noch Gegenden, wo das Holz im Wald verfault.)

— Ja, es liegen tausende und aber tausende Kubikmeter draußen. Es ist Anweisung ergangen, das Holz abzufahren. Jeder drückt sich aber von der Bauernarbeit, so gut es geht.

Dann habe ich noch eine Bitte in puncto Flüchtlinge. Es ist schade, daß wir noch keinen Staatssekretär für das Flüchtlingswesen haben. Da muß ich den Herrn Ministern sagen: Meine Herren, so geht es nicht weiter, daß man die Flüchtlinge schematisch da und dort hineinpfertcht. Es muß langsam eine Umgruppierung der Flüchtlinge kommen.

(Sehr richtig!)

Die Städter müssen mehr in die Stadt und die Bauern hinaus zu den Bauern kommen. Sie dürfen nicht glauben, daß unsere Bauernburschen Heilige sind. Wenn so ein Stadtmädchen, etwa vom Sudetengau, draußen herumläuft mit so schöner eleganter Kleidung, mit hohen Stöckelschuhen, bemalt usw., da fallen manchmal die Bauernburschen herein.

(Weiterkeit.)

Daran gibt es gar keinen Zweifel. Das wollen wir aber nicht. Wir wollen das Gesicht des Landes unbedingt erhalten wissen. Die Landbevölkerung soll das Gesicht behalten, wie es ehemals war. Wenn man draußen mit Kinos und Theatern und all den Vergnügungen anfängt, die in der Stadt gegeben sind, dann hört sich die Bauernarbeit von selber auf. Kürzlich war ich mit einem amerikanischen Kontrolloffizier zusammen. Er hat geklagt, daß sie in Amerika heute zum Teil schon niemand mehr aufs Land bekommen. Wir bekommen die gleichen Verhältnisse, wenn die

(Dr. Schlögl [CSU])

Regierung sich nicht sehr stark macht und eine Umgruppierung der Flüchtlinge vornimmt. Darunter sind — ich habe die Zahl schon genannt — allein 122 000 Bauern. Die gehören hinaus. Die Bauern unter sich verstehen sich dann besser. Da haben die Mädchen nicht so bemalte Lippen usw., wie man es in der Stadt antrifft und wie man es dort für schön hält. Ich bin ein alter Mann, ich verstehe das weniger;

(Heiterkeit.)

die Jugend wird das vielleicht eher verstehen. Aber das Gesicht des Landes muß gewahrt bleiben. Ich warne die Volksvertretung davor, solche Gesichtspunkte außer acht zu lassen. Sonst bekommt das Land keine Bäuerin mehr; denn die Bäuerin hat heute eine ganz schwere Aufgabe zu erfüllen. Meines Erachtens ist es Sache aller Parteien, unter allen Umständen dafür zu sorgen, daß der Bauernhof und das Dorf so erhalten bleiben, wie wir auch als Bauernsöhne aufgewachsen sind.

(Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren — Herr Ministerpräsident, ich bitte weiter zu schreiben —: Nach Art. 77 Abs. 2 der Verfassung ist etwas vorgesehen, wofür ich im Verfassungsausschuß schwer gekämpft habe. Ich habe mir damals sogar eine Nüge des derzeitigen stellvertretenden Ministerpräsidenten zugezogen. Ich bin immer schon ein Anhänger der Dezentralisierung der Wirtschaft und der Verwaltung gewesen.

(Sehr richtig!)

Wir brauchen keine Wasserköpfe hier in München.

(Zuruf: Die gibts genug, die sind schon da! — Heiterkeit.)

Wir brauchen auch keinen Wasserkopf, der sich Ministerium nennt. Da kommt es vor, daß ein Minister, der schon lange im Amt ist, nicht einmal seine eigenen Referenten kennt. Wir haben es bei Minister Erhard gesehen. Er war so lange im Amt und hat nicht gewußt, daß er tatsächlich Nazis in seinem Ministerium dabei gehabt hat. Wir brauchen arbeitsfähige kleine Ministerien. Ein Ministerium soll sich nur um Dinge kümmern, die den Staat angehen. Wie schnell sind die Minister beleidigt! Wenn man zu irgendeinem Minister kommt und ihm sagt, das gehört nicht zu Ihrem Aufgabenbereich, dann ist er gleich ungehalten, obwohl er doch unter der Kontrolle des Parlaments steht. Ich behaupte, ein großer Teil unserer Ministerien ist mit Dingen befaßt, die sie — parlamentarisch darf man das nicht sagen —

(Heiterkeit.)

überhaupt nichts angehen.

(Sehr wahr!)

Da muß einmal ein Ausschuß des Parlaments kommen, der da hineinleuchtet. 3. B. unser Landwirtschaftsminister kümmert sich um Maschinenhandel! So etwas hat es noch nie gegeben. Ich könnte auch an den Wirtschaftsminister und an alle möglichen Dinge denken. Im Bayernland schaut es aus, daß es einem manchmal grausen möchte.

(Heiterkeit.)

Nun, meine Damen und Herren, wünsche ich dringendst — der Herr Ministerpräsident hat es bereits einmal versprochen —, daß die Stellung der Land-

räte draußen gestärkt wird. Wir wollen übrigens, daß der Landrat bald wieder Bezirksamtmannt heißt. Das ist auch ein Wunsch, den wir heute vorbringen. Was wir Landrat nennen, ist kein Landrat nach dem preussischen System. Wir müssen den Mann erst ummodelln, damit er überhaupt in irgendeiner Form zum Landrat wird. So geht es nicht weiter, daß die Landräte, die als Inhaber der ganzen Staatsgewalt vor der Bevölkerung dastehen, so behandelt werden. Da gibt es neben dem Landrat einen Kommissar; der behandelt das, und einen Kommissar, der jenes behandelt. Da gibt es einen Wohnungsreferenten usw., und jeder tut, was er will. Wozu haben wir eine Demokratie? Haben wir nicht draußen einen Kreisrat? Was tun heute die Kreisräte? Sie verwalten das Krankenhaus und daneben noch ein paar Bezirksstraßen. Es gehört aber in dieses kleine Kreisparlament alles hinein, was die Staatsgewalt, die Staatsautorität verkörpert. Der Landrat ist dann beaufsichtigt und kontrolliert vom Kreisrat. Also, Herr Ministerpräsident, führen Sie das möglichst schnell durch, damit wir auf dem Land endlich einmal richtige Verhältnisse bekommen.

Dann liegt mir noch etwas am Herzen, das muß ich auch dem Herrn Ministerpräsidenten sagen — er ist ja Jurist, der mich da versteht —: Ich frage Sie, Herr Ministerpräsident, als Abgeordneter: Wer weiß heute überhaupt noch, was rechtens ist, welche Gesetze, welche Verordnungen noch gelten? Früher gab es Gesetzes-sammlungen. Ich weiß, wir haben die Papierknappheit. Dennoch müssen Sie, Herr Ministerpräsident, dafür sorgen — und hier wird Ihnen der Landtag alles bewilligen —, daß wir einmal eine Gesetzes-sammlung erhalten, aus der man ersehen kann, was gültig ist und was nicht.

(Sehr richtig!)

Was habe ich gerade als Generalsekretär des Bauernverbands Scherereien, weil ich selbst nicht weiß, was gültig ist. Wie kann man es da einem Landrat draußen verargen, wenn er falsche Entscheidungen trifft! Herr Ministerpräsident, Sie müssen viel Geduld mit den Landräten haben, weil diese selbst nicht wissen, ist diese Verordnung noch gültig oder nicht?

In einem Staat, wie wir ihn haben, in einem sogenannten Polizeistaat, ist ja noch alles möglich. Ich hoffe, daß der Herr Ministerpräsident und die neue Regierung — da wird vielleicht der Kollege Dr. Linnert einverstanden sein — möglichst danach trachten, daß wir endlich einmal aus dem Polizeistaat-system herauskommen.

(Dr. Linnert: Sehr richtig!)

Wenn die Demokratie einen Sinn haben soll, muß der Einzelne sich dessen bewußt sein, daß er selbst Verantwortung trägt.

(Sehr richtig!)

So aber kommt es vor, daß man als armer Abgeordneter jeden Tag einen Stoß Briefe bekommt, die man in die Ministerien tragen muß. Die Leute sollen sich doch selbst helfen. Ich nehme den Fall an, ein Bauernburche hat irgendein Mädchen aus der Stadt geheiratet und will sich scheiden lassen; denn sie geht nicht in den Kuhstall, weil sie die Sache nicht versteht. Meine Damen und Herren, dafür bin ich doch nicht zuständig!

(Heiterkeit.)

(Dr. Schlögl [CSU])

Aber so ist es, unsere Leute sind so unselbständig in Stadt und Land, daß überall ein Minister da sein muß, der ihnen beispringt. Ich bitte Sie, Herr Ministerpräsident, den Polizeistaat langsam zu beseitigen. Die Leute sollen selbst einmal fühlen, was es heißt, in der Demokratie zu arbeiten. Wenn man die Verantwortung in Wirtschaft und Verwaltung hinausverlagert, dann lernen unsere Kreisräte auch einmal kennen, daß es eine Demokratie gibt.

(Bravo!)

Das wären so einige Gesichtspunkte, die ich angeführt habe, in aller Ruhe und Sachlichkeit,

(Heiterkeit)

ganz unaufgeregt. Herr Kollege Linnert, Sie werden sehen, wir machen es der Regierung Ehard nicht leicht. Aber wir stehen trotzdem hinter der Regierung, weil ich heute gar keine andere Form finde als eine Koalition. Die Gründe habe ich Ihnen auseinandergesetzt. Wir werden die Regierung häufig kritisieren, und der Ministerpräsident und sein Stellvertreter und die anderen Staatsminister werden uns diese Kritik in keiner Weise übelnehmen. Dafür sind sie ja da, daß wir sie kritisieren.

(Heiterkeit.)

Es ist doch nicht so, daß wir die Regierung nicht kontrollieren könnten. Deswegen, Herr Kollege Linnert, sind Ihre Befürchtungen ganz illusorisch. Wir sind ja die Herren, das sind die Minister; die sind — ich darf keinen despektierlichen Ausdruck gebrauchen — doch mehr oder minder nur die besseren Funktionäre des Parlaments.

(Heiterkeit.)

Nun, meine Damen und Herren, Herr Ministerpräsident, noch etwas: Wir brauchen möglichst bald ein Bodenbewirtschaftungsgesetz.

(Sehr richtig!)

So geht es nicht weiter, daß Leute, die in der Stadt etwas sind, etwa ein Generaldirektor — weil die Herren von der Sozialdemokratie diese Leute so lieben —

(Heiterkeit und Zurufe)

oder ein Mehgermeister in der Großstadt München oder irgendein anderer einen Mordsbauernhof hat. Wer nicht selbst in irgendeiner Weise mit der Landwirtschaft zu tun hat, darf in Zukunft keinen Bauernhof haben.

(Lebhafte Zustimmung.)

Das, Herr Kollege Linnert, hat mit der Sozialisierung gar nichts zu tun, sondern ist vernünftig.

(Dr. Linnert: Ganz einverstanden!)

Wir müssen zusammenarbeiten. Glauben Sie, die Herren von der SPD haben nicht auch vernünftige Gedanken?

(Heiterkeit. — Zuruf: Das kommt vor!

— Erneute Heiterkeit. — Zuruf: Im übrigen ist die Bodenreform ein Bestandteil der Verfassung!)

— Das kann ruhig in der Verfassung stehen, Herr Kollege. Sie wissen ja, wie es bei den Ministern geht. Sie wollen das nicht verwirklichen, was in der Verfassung steht.

(Heiterkeit. — Zuruf Dr. Hundhammer.)

— Ja, Herr Kollege Hundhammer, Du bist ja erst kurz im Ministerium.

(Heiterkeit.)

Du wirst in einem Jahr genau so sein wie alle anderen!

(Große Heiterkeit.)

Wenn man Minister wird, ist alles mit guten Vorsätzen gepflastert — vielleicht ginge es mir genau so —, aber wenn man droben sitzt, ist man Minister, und wir armen Abgeordneten haben, wenn wir uns seinem Throne nähern, unsere Scherereien. Darum müssen wir unsere Forderungen immer wieder in aller Öffentlichkeit erheben. Wenn die Regierung Ehard Dummheiten macht, Herr Kollege Linnert, werden Sie sehen, wie wir dreinfahren, und die Kollegen von der SPD werden auch so frei sein.

(Heiterkeit.)

Da hätten Sie gar nicht in Opposition zu gehen brauchen!

(Beifall.)

In einem Punkt hat der Kollege Linnert einmal etwas Vernünftiges ausgeführt,

(Heiterkeit)

das sind die Zustände in Minden. Da sage ich auch: Hier muß unser Ministerpräsident und der Ministerrat darüber wachen, daß kein Staatssekretär und kein Minister nach dem Norden hinaufgeht, ohne daß er bestimmte Weisungen bekommt;

(sehr richtig!)

denn in Norddeutschland werden wir meistens ausgeschmiert.

(Heiterkeit.)

Daran gibt es gar keinen Zweifel. Wir haben nicht die Gewandtheit im Ausdruck wie die Norddeutschen,

(erneute Heiterkeit)

auch unser Zungenschlag ist etwas langsamer.

Ich fordere dringend, gerade von der landwirtschaftlichen Seite, daß tatsächlich nur Minister und Staatssekretäre hinaufgehen, die bestimmte Weisungen haben.

(Sehr richtig!)

Wie ich höre, soll da oben ein Beamtenkörper entstanden sein, der an die 1500 Personen umfaßt. Davon sollen ein großer Teil ehemalige Nazis sein. Meine Damen und Herren, das geht doch nicht. Ich habe manchmal ein Verständnis dafür, warum einer in die Partei gegangen ist, aber eines steht für mich fest: Wer einmal Parteigenosse war und zwölf Jahre mit diesem System regiert hat und das Kommandieren im Kopfe hat, der ist nicht in der Lage, eine leitende Stellung inne zu haben.

(Sehr richtig!)

Da muß auch unser Ministerpräsident nachschauen. Ich weiß wohl, er wird auch da wieder Ausreden gebrauchen. Meine lieben Freunde! Ich stehe auf dem Standpunkt, daß es keine Ausreden gibt. Wir müssen das fordern. Bei uns ist die Entnazifizierung doch auch sehr scharf. Es sollen da Abteilungsdirektoren sein, die 12 Jahre lang den Nazis gedient haben. Wir verurteilen das. Wir wollen, daß die bayerische Staatsregierung sich hier stark zeigt; denn diese Leute können in der Demokratie keinen leitenden Posten bekleiden, weil sie die Demokratie nicht verstehen.

(Dr. Schlögl [CSU])

Wir haben heute noch viele Schwierigkeiten mit all den Nazi-Ideen. Ich sehe es an manchen Referenten im Ministerium. Wie sind die noch eingestellt? Sie tun so, als ob den Beamte — den Beamtenstand achte ich sehr hoch — der Allmächtige wäre. Kürzlich ist mir folgendes passiert: Ich habe so einen kleinen Landrat — entschuldigen Sie den Ausdruck! — besucht. Da hat mich der dortige Posten nicht einmal hineingelassen. Ich habe ihm darauf erklärt, daß ich Abgeordneter bin; da hat er gesagt: „Das ist mir wurstig.“ Da mußte ich die Polizei holen, damit ich hineingekommen bin. — So ist noch mancher Ministerialrat und Oberregierungsrat da, der noch so tut, als ob das Dritte Reich noch bestünde. Wenn die Beamten nicht verstehen, sich in der Demokratie unterzuordnen, dann sollen sie ihren Dienst quittieren.

(Beifall.)

Darüber gibt es gar keinen Zweifel. Wir wollen unter allen Umständen demokratisch gesinnte Beamte haben und nicht alte Feldwebel oder Hauptfeldwebel!

(Beifall.)

Präsident: Ich nehme an, daß der Herr Abgeordnete den „Hauptfeldwebel“ nicht auf mich bezogen hat.

(Heiterkeit.)

Dr. Schlögl (CSU): — Dieser Gedanke ist mir gekommen, wie ich den Präsidenten angeschaut habe, weil einmal jemand das von ihm behauptet haben soll. Aber selbstverständlich als Abgeordneter füge ich mich dem Herrn Präsidenten ohne weiteres.

Ich bitte dringend, daß wir uns mit dem Beamtenproblem in der Form einmal gut auseinandersehen; denn soweit darf es nicht gehen, meine Herren Minister. Der Herr Kollege Linnert behauptet ja, daß die Regierungskoalition nicht lange dauert; aber wenn wir wieder eine Regierung bilden, dann darf es nimmer vorkommen, daß wir schließlich noch die Beamten fragen müssen, ob sie da mittun oder ob sie nicht mittun. So gehen die Dinge nicht weiter. Ich habe es erlebt, was die Zeitungen brachten: 20 Beamte gehen vom Sonderministerium weg, weil Kollege Loriz Minister geworden ist. Es gibt dann überhaupt keine Koalition mehr, wenn wir die Beamten fragen müssen. Minister kommen und gehen; der Beamte ist der Träger, der immer drin ist. Er hat sich in die Politik nicht einzumischen und nicht eine Querverbindung zu machen. Deswegen begrüße ich auch den Antrag der SPD. Es muß hier aufgeräumt werden. Und wenn sich Beamte einmischen, dann stehe ich auf dem Standpunkt, gehört mehr als ein Disziplinarverfahren eingeleitet. Die Leute gehören fristlos entlassen. Denn es geht nicht, daß sie sich auch noch in unsere Politik einmischen. Da kommen wir überhaupt nicht mehr vorwärts. Der Beamte muß demokratisch sein durch und durch und anerkennen, daß für eine Regierungsbildung die Volksvertreter da sind. Alle anderen Dinge sind illusorisch. Wir werden dafür sorgen, daß wir hier tatsächlich klare Verhältnisse bekommen.

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie haben gesehen, ich habe in sehr aufrichtiger Freundschaft von dieser Koalition gesprochen und zwar deswegen, weil ich die Überzeugung habe, wir Abgeordneten müssen uns alles von der Seele reden, nicht damit gesprochen wird, sondern damit die Ministerien Anhalts-

punkte bekommen. Ich werde für die Durchführung dessen sorgen — ich lasse mir mein Stenogramm her-nach geben, was ich da heute alles gesagt habe — und ich werde den Herrn Ministerpräsidenten immer wieder daran erinnern, ob er das schon durchgeführt hat oder das oder jenes durchzuführen gedenkt. Wir werden in den Ausschüssen immer wieder darauf zurückkommen. Wir haben viele Sorgen, weil unser Volk so in Not ist. Wenn wir uns zu dieser Schicksalsgemeinschaft hier zusammengeschlossen haben, dann spekuliere niemand darauf, daß diese Gemeinschaft sehr bald zertrümmert wird. Wir können uns wieder auseinanderreden, wenn wir tatsächlich wieder einmal etwas bessere Verhältnisse haben. Aber solange die Not da ist, solange wir nicht einmal einen Friedensvertrag haben, stehe ich auf dem Standpunkt, daß alles, was aufbaumüßig ist — und der Kollege Linnert ist gar nicht so schlimm, wie er herschaut; drum habe ich ja gesagt, ich hätte eine romantische Sympathie für ihn — zusammenstehen muß. Ich bedauere, daß die Freie Demokratische Partei nicht dabei ist; dann täten sich ihre Fraktionsredner auch viel leichter. Sehen Sie, ich habe mich mit meinen Ausführungen sehr leicht getan. Ihnen wird das viel mehr verübelt werden wie mir. So sind in Wirklichkeit die Dinge. Meine Ausführungen haben nicht allein den Zweck, der Landwirtschaft zu dienen. Wenn ich z. B. die Dezentralisierung der Wirtschaft und Verwaltung verlangt habe, so deswegen, weil ein Urbajumare insbesondere wegen der Franken das im Verfassungsausschuß gefordert hat. Denn sie fühlen sich immer benachteiligt. Alle Augenblicke liest man Resolutionen und zwar manchmal Resolutionen, die so halb an Landesverrat hingehen. Wegen der Franken ist das geschehen. Ihr fränkischen Abgeordneten, rührt Euch, damit die Angelegenheit durchgeht. Ich bin bereit, als Bajumare Sie zu unterstützen, und zwar in jeder Form. Was ein Wasserkopf ist, wird von mir abgelehnt.

Das wäre der Sinn meiner Ausführungen. Sie entschuldigen, daß ich Sie so lange aufgehalten habe. Schuld daran ist der Präsident. Ich habe ein wunderbares Referat ausgearbeitet gehabt, durfte es aber nicht vorlesen wie die anderen Redner. Ich bin an und für sich ein Verammlungsredner; da kommt man auf alle möglichen Gedankengänge. Glauben Sie mir, wenn ich nicht als politisch Verfolgter so sehr überzeugt wäre, daß die Demokratie die Grundlage unseres weiteren Denkens sein muß und wir erst am Anfang dieses Denkens sind, hätte ich nicht so in dieser etwas zügellosen Art gesprochen.

Ich glaube, daß die Männer, die jetzt in der Regierung sitzen, alles tun werden und auch Vertreter dieser Demokratie sind, an der ich hänge, nicht deswegen, weil ich zufälligerweise der CSU angehöre. Ich kann morgen bei einer anderen Partei sein; das geht niemand etwas an. Soweit bin ich Demokrat. Ich würde sogar wünschen, die Abgeordneten würden nach den Personen und nicht nach der politischen Partei gewählt werden. Aber dazu brauchen wir noch lange; das erleben wir gar nicht mehr. So wie die Dinge heute liegen, befinden wir uns in einer ernststen Situation und in dieser ernststen Sorge bin ich hier aufs Rednerpult heraufgestiegen. Die Herren Minister werden mich verstanden haben. Ein ehrlicher Bayer meint es immer gut. Ich bitte die Regierung, nicht bloß immer von der Landwirtschaft, von den braven Bauern

(Dr. Schlögl [CSU])

zu sprechen — solche Worte sind schon genug gewechselt worden —, wir wollen endlich einmal auf dem Gebiet der Landwirtschaft, weil wir soviel leisten und leisten wollen, auch Taten sehen. Das wünsche ich und hoffe, daß es die neue Regierung in erster Linie auf ihr Programm setzt. Dann werden wir Feuer und Flamme sein für alle diejenigen, die in der Regierung sitzen. Der Landwirtschaftsminister ist gar nicht in der Lage, alles durchzuführen; drum habe ich immer den Ministerpräsidenten angesprochen, der nach der Verfassung ja die Führung hat. Ich bitte ihn dringend, uns zu helfen, damit diesen Übelständen abgeholfen wird, die Demokratie tatsächlich schon den Fundus unseres Denkens darstellen kann und daß wir in diesem Sinne auch unser bayerisches Volk aus den Schwierigkeiten herausführen können.

(Lebhafter Beifall.)

Präsident: Ich glaube, der Herr Abgeordnete hat insofern unrecht, als es gut und richtig war, daß ich ihn gewissermaßen dazu gezwungen habe, sich nicht ans Konzept zu halten. Wir wollen auch in Zukunft möglichst so verfahren, wobei nicht ausgeschlossen sein soll, daß einzelne Teile abgelesen werden.

Nun frage ich das hohe Haus, ob wir abbrechen sollen oder —

(Zurufe: Abbrechen!)

— Dann schlage ich dem Hause vor, die Sitzung abzubrechen. Heute nachmittag eine Sitzung anzusetzen ist unmöglich. Ich schlage daher dem Hause vor, die nächste Vollsitzung morgen Vormittag 9 Uhr am gleichen Ort mit gleicher Tagesordnung wie heute abzuhalten: Fortsetzung der politischen Aussprache und die Anträge der Abgeordneten Stock, sowie die Anträge, die unterdessen eingelaufen sind. Die wollen wir dann den Ausschüssen überweisen. Das Haus wird damit einverstanden sein, daß ich sie jetzt nicht alle verlese. — Ich stelle die Zustimmung des Hauses fest.

Ich brauche noch die Ermächtigung des Hauses, daß das Gesetz betreffend die Verlängerung des Flüchtlingsnotgesetzes heute Nachmittag im Staatshaushaltsausschuß behandelt werden kann. Erhebt jemand Widerspruch dagegen, daß ich das auf die Tagesordnung nehme und an den Haushaltsausschuß überweise? — Das ist nicht der Fall. — Ich bitte den Haushaltsausschuß, sich heute Nachmittag mit diesem Gegenstand zu beschäftigen. — Sonst liegen keine Bemerkungen mehr vor.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung um 12 Uhr 48 Minuten.)

